

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1995

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1994	53	Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr deutlich gebessert. Im vorliegenden Beitrag werden die wesentlichen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz dargestellt.
System der Lohn- und Gehaltsstatistiken	68	Das bestehende System der Lohn- und Gehaltsstatistiken informiert über die Verdienstenwicklung und -struktur in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen.
So wohnen Haushalte mit Kindern	72	In jedem vierten rheinland-pfälzischen Haushalt leben Kinder unter 18 Jahren. Der Beitrag informiert über die Wohnsituation dieses Haushaltstyps.
Öffentliche Wasserversorgung 1991	77	Der Trinkwasserbedarf nimmt als Folge der demographischen Entwicklung zu. Für 1991 errechnet sich ein Pro-Kopf-Verbrauch von 138 Liter am Tag.
Anhang	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1994

Nach dem stärksten Konjunkturunbruch der Nachkriegszeit im Jahre 1993 hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland im vergangenen Jahre schneller und durchgreifender gebessert als vielfach erwartet worden war. Ersten Berechnungen zufolge nahm das Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet 1994 gegenüber dem Vorjahr real um 2,3 % zu. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es einen Anstieg um 8,9 %. Für Gesamtdeutschland errechnet sich ein reales Wachstum von 2,8 % im vergangenen Jahr.

Auch die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat die Rezession überwunden. Das Bruttoinlandsprodukt stieg real um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr und somit stärker als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Haupttriebkraft zur Überwindung des Konjunkturtiefs war die gestiegene Auslandsnachfrage. In den ersten drei Quartalen haben die Exporte gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um nahezu ein Fünftel zugenommen. Die Importe sind gleichzeitig um knapp ein Zehntel gestiegen, was auf eine sich allmählich erholende Binnenkonjunktur hindeutet.

Der Konjunkturaufschwung hat noch nicht zu einer eindeutigen Trendwende am Arbeitsmarkt geführt, jedoch machten sich im Jahresverlauf Stabilisierungstendenzen bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit erreichte Anfang 1994 ihren Höhepunkt, sank dann bis zum Herbst und stieg Ende des Jahres, vorwiegend saisonal bedingt, wieder etwas an. Am 31. Dezember 1994 waren 132 900 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Die Arbeitslosenquote sank binnen Jahresfrist von 8,5 % auf 8,4 %.

Mehr über dieses Thema auf Seite 53.

System der Lohn- und Gehaltsstatistiken

Das System der Lohn- und Gehaltsstatistiken ist dadurch gekennzeichnet, daß vierteljährliche, jährliche und mehrjährige Erhebungen der Verdienste in der Industrie bzw. im produzierenden Gewerbe, im Handel sowie bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe aufeinander abgestimmt sind. Zusätzlich finden jährlich Verdiensterhebungen im Handwerk und in der Landwirtschaft statt. Bei diesen verschiedenen Erhebungen werden unterschiedliche Tatbestände erfaßt, um einerseits bestehende Strukturen und andererseits kurzfristige Entwicklungen in regelmäßigen Zeitabständen darstellen zu können.

Der vorliegende Beitrag beschreibt das bestehende System der Lohn- und Gehaltsstatistiken. Es werden Gemeinsamkeiten der einzelnen Erhebungen aufgezeigt und Unterschiede dargestellt. Darüber hinaus wird ein Ausblick auf die zum Aufbau eines einheitlichen europäischen Berichtssystems bisher absehbaren Veränderungen gegeben. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 68.

Rekordergebnis für Baugenehmigungen im Wohnungsbau Bauaufsichtsbehörden genehmigten 1994 den Bau von über 42 000 Wohnungen Die meisten Baugenehmigungen im Westerwald, in Mainz-Bingen, Bad Kreuznach und Mayen-Koblenz

Im Jahre 1994 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von insgesamt 42 656 Wohnungen, fast 24 % mehr als 1993 (34 448). In neuen Wohn- und Nichtwohngebäuden liegen 38 152 Wohnungen (1993: 30 700), 4 504 Einheiten sollen durch Baumaßnahmen an bereits vorhandenen Gebäuden entstehen. Die Zuwachsrate für genehmigte Wohnungen im Neubaubereich betrug 24,3 %, die Anzahl der Wohnungsbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erhöhte sich gegenüber 1993 (3 748) um gut 20 %.

Es wurden 8 634 Einfamilienhäuser genehmigt (+ 12,6 %) und im Zweifamilienhausbau 3 558 Gebäude mit 7 116 Wohnungen (+ 34,2 %). Die meisten neuen Wohnungen (21 106) liegen in 3 110 Wohngebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten. In dieser Kategorie betragen die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr + 29,4 % für Wohnungen und + 32,7 % für die Gebäude. Insgesamt wurden 1994 Baugenehmigungen für 15 322 neue Wohngebäude erteilt, fast 21 % mehr als im Jahre 1993 (12 673).

Die meisten Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Baumaßnahmen) wurden im Westerwaldkreis erteilt (2 849). Es folgen die Landkreise Mainz-Bingen (2 523), Bad Kreuznach (2 427), Mayen-Koblenz (2 420), Alzey-Worms (1 961) und Neuwied (1 956). Unter den kreisfreien Städten lag Trier (1 128) knapp vor Ludwigshafen (1 102), Mainz (1 064) und Worms (1 003).

Seit 1987 (13 301 Wohnungen) stieg die Wohnungsbaunachfrage in Rheinland-Pfalz Jahr für Jahr. Nach 18 235 Wohnungen (1989), 27 046 Wohnungen (1991) und 34 448 Wohnungen (1993) überschritten die Genehmigungen 1994 erstmals seit 1972 (44 905) wieder die Zahl 40 000. hes

**Neuer Investitionsrekord im Wohnungsbau
8,2 Mrd. DM für neue Wohngebäude**

Die Investitionen in den Wohnungsbau haben 1994 in Rheinland-Pfalz Rekordniveau erreicht. In den Neubau von Wohngebäuden fließen (ohne die Kosten für Grundstücke und ohne Baunebenkosten) fast 8,2 Mrd. DM (1993: 6,4 Mrd. DM). Für den Bau neuer Einfamilienhäuser sind Finanzmittel in Höhe von 3,1 Mrd. DM vorgesehen, für neue Zweifamilienhäuser haben die Bauherren gut 1,6 Mrd. DM veranschlagt.

Im Mietwohnungsbau (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen) betragen die Investitionen über 3,3 Mrd. DM. 1994 lagen die veranschlagten reinen Baukosten für Einfamilienhäuser um 16,6 % und für Zweifamilienhäuser um 39 % über dem geplanten Investitionsvolumen des Vorjahres (2,7 bzw. 1,2 Mrd. DM). Bei den Geschoßwohnbauten errechnet sich gegenüber 1993 (2,5 Mrd. DM) eine Zuwachsrate von gut 35 %.

Die Preissteigerungsrate für Ein- und Zweifamilienhäuser betrug gegenüber 1993 jeweils 3,5 %, für Mietwohngebäude mußten 1994 durchschnittlich 2 % mehr aufgewendet werden. Je Quadratmeter Wohnfläche kosteten Ein- und Zweifamilienhäuser im Schnitt 2 514 bzw. 2 260 DM, die Baukosten für Mehrfamilienhäuser betragen je Quadratmeter 2 161 DM.

Einschließlich der Baukosten für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (940 Mill. DM) und für neue Wohnheimgebäude (72 Mill. DM) beziffern sich die geplanten Wohnungsbauinvestitionen auf insgesamt 9,2 Mrd. DM. Das ist der höchste Betrag, der in Rheinland-Pfalz jemals innerhalb eines Genehmigungsjahres für den Bau von Wohnungen vorgesehen war. hes

**15 300 neue Wohngebäude genehmigt
Hohe Zuwachsraten für Eigenheime und Mietwohngebäude**

Im Jahre 1994 beeinflusste die anhaltend gute Baukonjunktur sowohl den Eigenheimbau als auch den Bau von Mietwohngebäuden positiv. Es wurden 8 634 Einfamilienhäuser genehmigt (+ 12,6 %), rund 1 000 Gebäude mehr als 1993. Die Anzahl der zum Bau freigegebenen Wohngebäude mit zwei Wohnungen erhöhte sich um rund 900 Gebäude (+ 34,2 %) auf 3 558 (1993: 2 652).

Im Mietwohnbau kamen 3 110 Gebäude mit drei und mehr Wohneinheiten zur Genehmigung, das sind fast 33 % mehr als im Vorjahr (2 343). Insgesamt sollen 15 302 neue Wohngebäude entstehen (ohne Wohnheimgebäude), 2 641 mehr (+ 21 %) als 1993.

Seit 1987 erteilten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Baufreigaben für insgesamt 89 065 Wohngebäude. Dabei zeigt sich für Einfamilienhäuser ein relativ homogener Genehmigungsverlauf mit jeweils über 7 000 Gebäuden pro Jahr, der – unabhängig von der jeweiligen Konjunktur – den anhaltend starken Wunsch nach Eigenheimen dokumentiert. hes

Haushalte mit Kindern häufiger Wohnungseigentümer

Von insgesamt 1 545 700 Haushalten in Rheinland-Pfalz waren zum Zeitpunkt der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993 729 800 Hauptmieterhaushalte (47 %), 815 900 Haushalte (53 %) lebten in Wohneigentum.

In 221 200 Eigentümerhaushalten lebten am Stichtag ledige Kinder unter 18 Jahren, in Mietwohnungen wurden 178 500 Haushalte dieses Typs gezählt. Die Eigentümerquote von Haushalten mit Kindern beträgt 55 % und liegt damit um zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Haushalte.

Hinsichtlich der Wohnsituation von Eigentümer- bzw. Mieterhaushalten sind Kinder in Eigentümerwohnungen bevorteilt. Im Schnitt haben Eigentümerfamilien mit einem Kind eine Wohnfläche von 126 m² bzw. 37 m² je Person. Haushalte mit zwei Kindern nutzen im Mittel 134 m² (32 m² je Person), bei drei Kindern sind es 139 m² (27 m²) und bei vier und mehr Kindern stehen durchschnittlich 150 m² (22,5 m²) zur Verfügung.

In Mietwohnungen nutzen Familien mit einem Kind 84 m² oder 28 m² je Person, bei zwei Kindern ist die Wohnung im Schnitt 92 m² groß (23 m² je Person). Haushalte mit drei oder vier und mehr Kindern haben mit 102 bzw. 104 m² wesentlich kleinere Wohnungen als Eigentümer. Die für die Kinder reservierte Fläche unterscheidet sich in Eigentümer- und Mietwohnungen um 1 m². Die Kinderzimmer waren durchschnittlich 14,8 bzw. 13,7 m² groß. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 72.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1994

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Nach dem stärksten Konjunkturereinbruch der Nachkriegszeit im Jahre 1993 hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland im vergangenen Jahr schneller und durchgreifender gebessert als vielfach erwartet worden war. Die Rezession hatte Deutschland zu einem relativ späten Zeitpunkt getroffen, als viele andere Industrieländer sich bereits wieder in der Aufschwungphase befanden. Diese zeitliche Verzögerung, die sich durch den sogenannten Wiedervereinigungsboom ergab, begünstigte die rasche Überwindung des Konjunkturtiefs, denn die Auslandsnachfrage lieferte wichtige Impulse und bildet weiterhin eine kräftige Stütze für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung, im früheren Bundesgebiet 1994 gegenüber dem Vorjahr real um 2,3 % zu, nachdem es 1993 gegenüber 1992 noch um 1,7 % zurückgegangen war. In den neuen Ländern und Berlin-Ost setzte sich das Wachstum verstärkt fort: Nach 5,8 % im Jahre 1993 wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1994 preisbereinigt um 8,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Für Gesamtdeutschland errechnet sich ein reales Wachstum von 2,8 % im vergangenen Jahr.

Daß sich die Wirtschaft im früheren Bundesgebiet in einem konjunkturellen Aufschwung befindet, belegen auch die vierteljährlichen Veränderungsdaten des realen Bruttoinlandsprodukts: Im Laufe des Jahres stieg die Zuwachsrate von 2,2 % im ersten Quartal, über 2,3 % im zweiten und dritten Quartal, auf 2,5 % im vierten Quartal, jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die stärksten Impulse zur wirtschaftlichen Belebung gingen, wie bereits erwähnt, vom Export aus. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen lag 1994 deutlich über dem Vorjahreswert, aber auch die Einfuhr ist stark gestiegen. Eine Expansion der Binnen nachfrage kam erst im Jahresverlauf hinzu, die vor allem von den Bauinvestitionen getragen wurde. Maßgebend waren hier die Investitionen in Wohnbauten. Bei den Ausrüstungsinvestitionen war eine weitere Abnahme zu verzeichnen, diese fiel allerdings weit weniger stark aus als im Vorjahr, und gegen Ende des Jahres erfolgte eine Trendumkehr. Zwar wurde vornehmlich in Rationalisierungsvorhaben und Ersatzbeschaffung investiert, bei steigender Auslastung der Produktionskapazitäten und optimistischer werdender Einschätzung der Zukunftsperspektiven dürften jedoch zunehmend auch Erweite-

rungsinvestitionen eine Rolle spielen. Unterdurchschnittlich trugen der private Verbrauch und der Staatsverbrauch, auf die immerhin knapp drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts entfallen, zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Angesichts niedriger Lohnsteigerungen bei nach wie vor merklichem Preisanstieg und zunehmender Belastung mit öffentlichen Abgaben war jedoch eher mit einem Rückgang der privaten Konsumnachfrage zu rechnen. Die geringe reale Zunahme des privaten Verbrauchs war nur zu Lasten der Ersparnisbildung möglich.

In den neuen Ländern und Berlin - Ost hielt die rege Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr an. Wie in den Vorjahren hatten die Bauinvestitionen, auch hier vornehmlich in Wohnbauten, großen Anteil an der expansiven Entwicklung. Fortschritte im wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß sind auch an den zunehmenden Ausrüstungsinvestitionen ablesbar. Aufgrund einer verbesserten Einkommenslage der privaten Haushalte ist auch der private Verbrauch stärker als im Vorjahr gewachsen, während vom Staatsverbrauch nur wenig Impulse zur Belebung ausgingen. Nicht zuletzt dank der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im früheren Bundesgebiet sind auch die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gestiegen. Deutlich höhere Einfuhren führten zu einem hohen negativen Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr), so daß die letzte inländische Verwendung von Gütern nach wie vor erheblich größer ist als das in den neuen Ländern erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt. Per Saldo kamen 1994 gut 45 % der in den neuen Ländern und Berlin - Ost letztlich verbrauchten oder investierten Güter aus der übrigen Welt (einschließlich alte Bundesländer).

Der Preisaufruf auf der Verbraucherstufe hat sich erst gegen Ende des vergangenen Jahres etwas beruhigt. Maßvolle Tarifabschlüsse schafften zwar gute Voraussetzungen, jedoch wirkten andere Faktoren wie die Mineralölsteuererhöhung Anfang 1994 dem entgegen. Die Inflationsrate in den neuen Ländern, die in den Vorjahren deutlich über der im früheren Bundesgebiet gelegen hatte, ist im vergangenen Jahr spürbar gesunken und hat sich nun der westdeutschen angenähert.

Auf den Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern hat die bessere wirtschaftliche Lage noch nicht durchgeschlagen, jedoch hat sich der Beschäftigungsabbau im Laufe des Jahres abgeschwächt, und am Jahresende erhöhte sich die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt kaum

Ergebnisse der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Berichtsmerkmal	Einheit	1994 ^P	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994 ^P
Rheinland-Pfalz				
Bruttoinlandsprodukt				
In jeweiligen Preisen	Mrd. DM	148,2	0,9	5,0
In Preisen von 1991	"	136,4	-1,8	3,4
Früheres Bundesgebiet				
Bruttoinlandsprodukt				
In jeweiligen Preisen	Mrd. DM	2 979,4	1,4	4,4
In Preisen von 1991	"	2 708,9	-1,7	2,3
Verwendung des Inlandsprodukts				
(In Preisen von 1991)				
Privater Verbrauch	"	1 496,0	0,2	0,9
Staatsverbrauch	"	485,1	-1,2	1,1
Anlageinvestitionen	"	524,9	-8,3	1,3
Ausrüstungen	"	203,1	-17,6	-2,5
Bauten	"	321,8	-0,8	3,9
Ausfuhr ¹⁾	"	958,8	-3,2	7,4
Einfuhr ¹⁾	"	770,1	-5,3	7,2
Bruttosozialprodukt				
In jeweiligen Preisen	"	2 948,6	0,8	3,7
In Preisen von 1991	"	2 681,0	-2,3	1,6
Preisentwicklung				
Privater Verbrauch	1991=100	109,9	3,2	2,6
Bruttosozialprodukt	"	110,0	3,2	2,1
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volks-einkommen)				
(In Preisen von 1991)				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	2 200,2	-0,5	3,3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	1 552,7	1,5	1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	647,5	-5,4	9,1
	"	1 850,3	2,7	2,2
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bruttoinlandsprodukt				
In jeweiligen Preisen	Mrd. DM	340,6	16,3	11,5
In Preisen von 1991	"	255,9	5,8	8,9
Verwendung des Inlandsprodukts				
(In Preisen von 1991)				
Privater Verbrauch	"	211,2	2,7	4,4
Staatsverbrauch	"	94,3	-1,2	1,8
Anlageinvestitionen	"	155,1	14,1	15,6
Ausrüstungen	"	52,6	7,0	7,8
Bauten	"	102,5	18,5	20,0
Ausfuhr ¹⁾	"	66,9	5,5	22,6
Einfuhr ¹⁾	"	277,7	5,0	9,4
Bruttosozialprodukt				
In jeweiligen Preisen	"	349,0	15,1	10,9
In Preisen von 1991	"	263,3	4,9	8,1
Preisentwicklung				
Privater Verbrauch	1991=100	.	.	.
Bruttosozialprodukt	"	.	.	.
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volks-einkommen)				
(In Preisen von 1991)				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	279,1	13,2	8,7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	263,0	7,6	8,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	16,2	x	9,2
	"	291,6	10,7	5,0

1) von Waren und Dienstleistungen, einschließlich innerdeutscher Transaktionen.

noch. Die Kurzarbeit, bei der sich die konjunkturelle Erholung erfahrungsgemäß früher niederschlägt, hat stark abgenommen. Zum Jahresende gab es 2 545 100 von den Arbeitsämtern im früheren Bundesgebiet registrierte Arbeitslose, dies sind 31 400 mehr als vor einem Jahr. Im Jahre 1993 hatte die Zahl der Arbeitslosen noch um 488 200 zugenommen. Die Arbeitslosenquote, auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, betrug im Dezember 9,2 % gegenüber 9,1 % vor einem Jahr. Die Zahl der Kurzarbeiter ist um knapp 440 000 oder 79 % gesunken und belief sich Ende 1994 noch auf 116 600. Gleichzeitig waren den Arbeitsämtern 211 700 Stellen zur Besetzung gemeldet worden, 28 300 mehr als vor Jahresfrist. In den neuen Ländern und Berlin - Ost hat die Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr leicht zugenommen. Am 31. Dezember waren bei den Arbeitsämtern 1 014 600 Männer und Frauen auf der Suche nach bezahlter Arbeit gemeldet, 160 600 weniger als Ende 1993. Die Arbeitslosenquote sank binnen Jahresfrist von 16,2 auf 14,2 %. Auch hier ist die Kurzarbeit stark zurückgegangen, nämlich um 66 600 oder 53 % auf 59 000 am Jahresende. Der Bestand an offenen Stellen hat ebenfalls zugenommen. Ende des Jahres gab es 51 300 noch nicht besetzte Positionen, dies waren 15 000 mehr als im Dezember 1993.

Die Lage in Rheinland - Pfalz

Auch die rheinland - pfälzische Wirtschaft hat die Rezession überwunden, die 1992 einsetzte und einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,8 % im Jahre 1993 zur Folge hatte. Nach den Ergebnissen der sogenannten Schnellrechnung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, die erste Anhaltspunkte über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Bundeslandes im abgelaufenen Jahr liefert, verlief die Entwicklung in Rheinland - Pfalz 1994 günstiger als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Demnach ist das Bruttoinlandsprodukt real um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Mit 136,4 Mrd. DM (bewertet in Preisen von 1991) übertraf der Wert der gesamtwirtschaftlichen Leistung das vor der Rezession erreichte Niveau. Haupttriebkraft zur Überwindung des stärksten konjunkturellen Einbruchs seit Bestehen des Landes war auch hier die gestiegene Auslandsnachfrage, die dem exportorientierten verarbeitenden Gewerbe deutliche Zuwachsraten bescherte.

Infolge der erheblich gestiegenen Auslandsnachfrage nach rheinland - pfälzischen Erzeugnissen haben die Exporte in den ersten drei Quartalen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um nahezu ein Fünftel zugenommen. Da das Wachstum der Auslandsumsätze des verarbeitenden Gewerbes im letzten Quartal 1994 im Vergleich zu den ersten drei Quartalen nochmals deutlich zunahm, ist im Jahresdurchschnitt mit einer mindestens ebenso hohen Zuwachsrate zu rechnen. Die Importe sind gleichzeitig um knapp ein Zehntel gestiegen, was auf eine sich allmählich erholende Binnenkonjunktur hindeutet. Im verarbeitenden Gewerbe wurde die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts vor allem vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und hier insbesondere von der chemischen Industrie bestimmt. Ein hohes Exportwachstum wurde aber

auch im Maschinenbau einschließlich ADV und beim Straßenfahrzeugbau mit Kfz-Reparatur registriert.

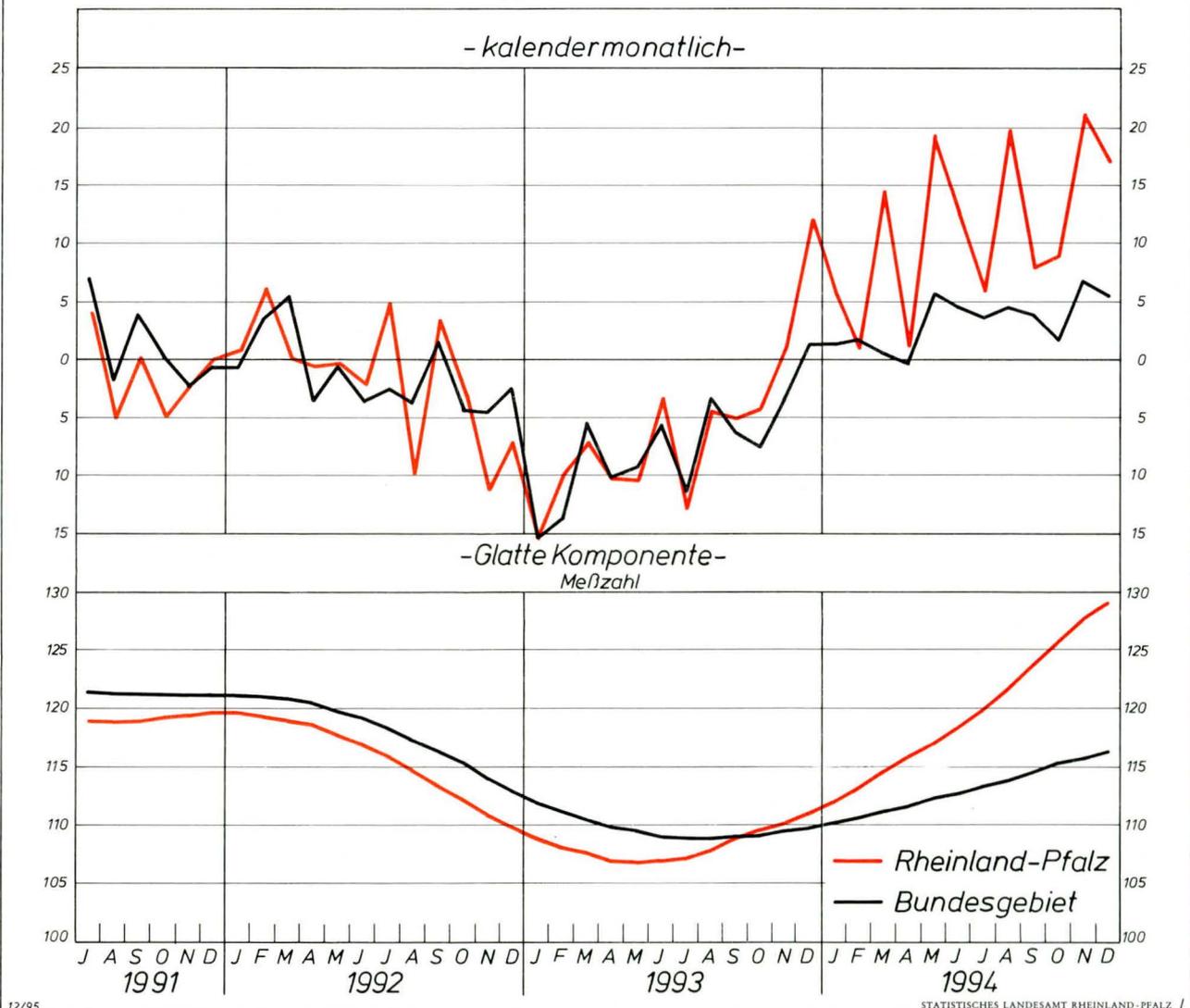
Obwohl die schwache Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre 1994 offensichtlich in einen erneuten Aufschwung eingemündet ist, hat sich der Abbau der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe weiter fortgesetzt. Allerdings sind ab Februar 1994 im Vorjahresvergleich stetig abnehmende Veränderungsrate zu beobachten. Die stärksten Verluste verzeichnete wie im Vorjahr das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, und hier insbesondere der Maschinenbau einschließlich ADV (- 9,2 %) sowie der Straßenfahrzeugbau mit Kfz-Reparatur (- 8,6 %). Deutliche Beschäftigungsrückgänge gab es außerdem im Grundstoff- und Produktionsgütersektor, vor allem in der chemischen Industrie (- 4,8 %). Im Baugewerbe ist der Personalabbau dagegen - dank der besonders günstigen Situation im Wohnungsbau - nahezu zum Stillstand gekommen, während die wirtschaftliche Entwicklung im Einzelhandel und Gastgewerbe von weiteren Personalreduzierungen begleitet war.

Nach einem Rückgang um 6,8 % im Jahre 1993 sind 1994 die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe bei noch immer relativ stabilen Erzeugerpreisen wieder deutlich um 4,3 % gestiegen, und damit in wesentlich stärkerem Maße als im Durchschnitt der alten Bundesländer (+ 2,8 %). Das Umsatzwachstum wurde in Rheinland-Pfalz vor allem vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und hier insbesondere von der chemischen Industrie (+ 8,1 %) getragen, die in den letzten Jahren noch erhebliche Verluste hatte hinnehmen müssen. Erfolge bei Kosteneinsparungen und höhere Verkaufsmengen haben die Ergebnisse in dieser Branche erheblich verbessert.

Im Baugewerbe sorgte eine besonders rege Wohnungsbautätigkeit dafür, daß die Betriebe wieder eine positive Umsatzentwicklung aufweisen konnten. Während die Umsätze im gewerblichen Bau nochmals deutlich zurückgingen und der öffentliche und Verkehrsbaubau das Vorjahresergebnis nur geringfügig übertraf, verzeichnete der Wohnungsbau inzwischen wieder eine zweistellige Zuwachsrate.

Konjunkturverlauf 1991 bis 1994

Index der Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Auch im Einzelhandel wurde 1994 wieder eine leicht verbesserte Geschäftstätigkeit gemeldet. Das Umsatzwachstum war jedoch überwiegend preisbedingt. Nach deutlichen Rückgängen im Vorjahr stiegen die Umsätze hier nominal wieder um 1,3 % an, während sie real – das heißt nach Abzug der Preissteigerungsrate – den Vorjahresstand nur leicht übertrafen. Am günstigsten entwickelten sich dabei der Einzelhandel mit Tabakwaren, die Drogerien sowie die beim Einzelhandel nachgewiesenen freien Tankstellen. Im Textil-Einzelhandel sanken die Umsätze nominal um 0,8 %.

Stabilisierung am Arbeitsmarkt

Der Konjunkturaufschwung hat noch nicht zu einer eindeutigen Trendwende am Arbeitsmarkt geführt, jedoch machten sich im Jahresverlauf Stabilisierungstendenzen bemerkbar. Die Zahl der Erwerbstätigen ging 1994 gegenüber dem Vorjahr um 14 000 oder 0,9 % zurück. Im Jahresdurchschnitt lag sie bei insgesamt 1,494 Millionen. Die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1993 stark angestiegen war, erreichte Anfang 1994 ihren Höhepunkt mit über 145 000 Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz. Bis zum Herbst sank die Zahl auf rund 125 000 und stieg in den Monaten November und Dezember, vorwiegend jahreszeitlich bedingt, wieder etwas an. Am 31. Dezember 1994 waren insgesamt 132 900 Männer und Frauen ohne Arbeit, 800 oder 0,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, sank binnen Jahresfrist geringfügig von 8,5 % auf 8,4 %. Während in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes die Arbeitsplatzverluste auch 1994 anhielten, weiteten die Bauwirtschaft und Teile des Dienstleistungssektors die Beschäftigung aus.

Von den 132 900 Arbeitslosen am Jahresende waren 76 400 oder 57,5 % Männer und 56 500 oder 42,5 % Frauen. Die Arbeitslosenquote lag bei den Männern mit 8,2 % unter der bei den Frauen mit 8,7 %. Von den

Arbeitsmarkt Ende Dezember

Berichtsmerkmal	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1993	1994
Arbeitslose	132 936	28,7	-0,6
Vollzeitarbeit	120 436	30,9	-0,1
Teilzeitarbeit	12 500	11,4	-5,3
Männer	76 425	33,1	-0,4
Frauen	56 511	23,2	-0,8
Offene Stellen	15 591	-2,0	10,4
Vollzeitarbeit	13 758	-3,3	9,6
Teilzeitarbeit	1 833	9,8	16,3
Kurzarbeiter	5 714	25,7	-83,6
Männer	4 229	38,1	-85,7
Frauen	1 485	-16,1	-72,1
Problemgruppen unter den Arbeitslosen			
Ausländer	15 032	41,0	0,8
Jugendliche unter 20 Jahren	4 770	16,9	3,3
Schwerbehinderte	9 041	17,4	7,7

Jugendlichen unter 20 Jahren waren 7,3 % auf der Suche nach einer Arbeitsstelle, also weniger als im Durchschnitt aller Erwerbspersonen. Umgekehrt ist es bei den Ausländern, von denen 15,4 % arbeitssuchend gemeldet waren. Deutlich zugenommen (+ 3 900 oder 16,1 %) hat die Zahl der Arbeitslosen, die 55 Jahre und älter sind. Ende 1994 machte diese Gruppe 21,2 % aller Arbeitslosen aus. Die Unterscheidung nach dem Arbeitsverhältnis zeigt, daß zwei Drittel der Arbeitslosen Arbeiter und ein Drittel Angestellte sind. Waren im Rezessionsjahr 1993 überwiegend Arbeiter vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen, sind im vergangenen Jahr verstärkt Arbeitsplätze für Angestellte verlorengegangen.

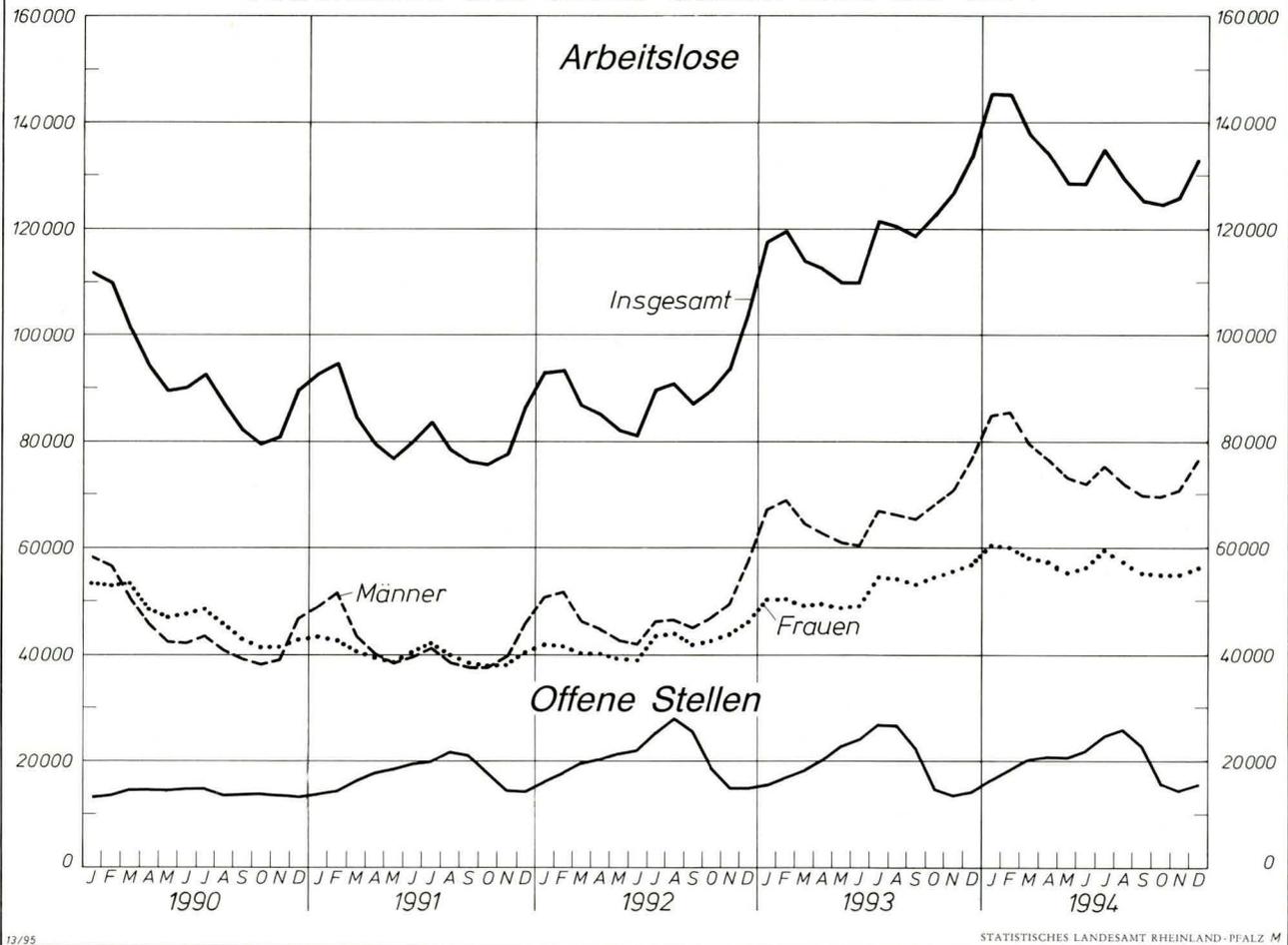
In den Arbeitsamtsbezirken des Landes verlief die Entwicklung 1994 unterschiedlich. Von Ende 1993 bis Ende 1994 ist die Zahl der Arbeitslosen nur in den Arbeitsamtsbezirken Mainz (+ 1 046), Ludwigshafen (+ 646) und Landau (+ 118), also in südlichen Landesteilen, gestiegen. Mit 7,4 %, 7,8 % bzw. 8,1 % lag die Arbeitslosenquote in diesen Bezirken aber weiterhin unter dem Landesdurchschnitt. In allen anderen Regionen war eine leichte Abnahme zu verzeichnen, am stärksten in Bad Kreuznach (- 837), Kaiserslautern (- 642) und Trier (- 369). Kaum zurückgegangen (- 80) ist die Zahl der Arbeitslosen im Raum Pirmasens. Mit einer Quote von 13,3 % war diese Region auch 1994 weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die niedrigsten Quoten weisen die Arbeitsamtsbezirke Montabaur (6,6 %), Neuwied (7,1 %) und Koblenz (7,3 %) auf.

Deutlich niedergeschlagen hat sich die verbesserte wirtschaftliche Lage in einem Abbau der Kurzarbeit. Nach einem Anstieg um 26 % im Vorjahr ist für 1994 ein Rückgang um 29 200 oder 83,6 % festzustellen. Im Dezember waren noch 5 700 Arbeitnehmer davon betroffen. Infolge der wirtschaftlichen Erholung meldeten die Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern auch wieder mehr freie Arbeitsplätze. Insgesamt waren es im Laufe des Jahres 138 000, also 6 800 mehr als im Vorjahr. Ende 1994 belief sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen auf 15 600, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Arbeitsverwaltung nicht alle Stellenangebote angezeigt werden. Insgesamt konnte im vergangenen Jahr 115 700 Arbeitssuchenden eine neue Beschäftigung durch die Arbeitsämter vermittelt werden (+ 8 400 zum Vorjahr). Auch durch arbeitsmarktpolitische Bemühungen wurde versucht, den Arbeitsmarkt zu entlasten. So nahmen Ende 1994 knapp 21 200 Personen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Der Anteil der vorher arbeitslosen Teilnehmer an den Lehrgängen zur Fortbildung oder Umschulung, die versuchten, ihre Chancen auf einen erfolgreichen beruflichen Wiedereinstieg zu verbessern, stieg von 44 % im Jahr 1993 auf 68 % im vergangenen Jahr. Außerdem wurden am Jahresende 2 400 Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zumindest vorübergehend beschäftigt, 550 mehr als ein Jahr zuvor.

Erstmals mehr als 1 000 Konkurse

Nach der deutlichen Zunahme im Jahre 1993 infolge der gesamtwirtschaftlichen Rezession ist die Zahl der

Arbeitslose und offene Stellen 1990 bis 1994



Konkurse im vergangenen Jahr nur noch geringfügig gestiegen. Erstmals wurden mehr als tausend Konkurse in einem Jahr registriert. Insgesamt meldeten die rheinland-pfälzischen Amtsgerichte 1 003 Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens, 12 mehr als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 1994 wurde der entsprechende Vorjahreswert um 19 überschritten, im zweiten Halbjahr um sieben unterschritten. Die vorläufigen Forderungen, die von den Gläubigern geltend gemacht bzw. von den Gerichten geschätzt wurden, stiegen um 7,1 % auf 640 Mill. DM. Je Konkursfall ergab sich damit eine durchschnittliche Forderungshöhe von knapp 639 000 DM. Bei 239 beantragten Konkursverfahren, also knapp einem Viertel, kam es zur Eröffnung des Gerichtsverfahrens, während die übrigen 764 Anträge abgelehnt wurden, da die vorhandene Masse nicht ausreichte, um zumindest die Verfahrenskosten zu decken und somit die Gläubiger völlig leer ausgingen.

Mit 761 Fällen betrafen gut drei Viertel aller Konkurse Unternehmen, 242 entfielen auf andere Gemeinschuldner (überwiegend natürliche Personen und Nachlässe). Die Unternehmenskonkurse nahmen gegenüber 1993 um 45 zu, hingegen war bei den anderen Gemeinschuldnern ein Rückgang um 33 Fälle zu verzeichnen. Die meisten zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen waren im Baugewerbe (201 Fälle), im Handel (177 Fälle) und im Dienstleistungsbereich (174 Fälle)

tätig. Die stärksten Zuwächse waren ebenfalls im Baugewerbe (+ 47 Fälle) und im Handel (+ 11 Fälle) sowie im Bereich Verkehr, Nachrichtenübermittlung (+ 29 Fälle) zu verzeichnen. Dagegen sank die Zahl der insolventen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, das im Vorjahr besonders stark betroffen war, um 50 auf 119.

Zu den Insolvenzen zählen außer den Konkursen auch die gerichtlichen Vergleichsverfahren, bei denen mindestens 35 % der Schulden gedeckt sein müssen. Im vergangenen Jahr wurden fünf Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gemeldet. Diese Möglichkeit der Sanierung, die vom Schuldner beantragt werden muß, strebten vier Unternehmen und eine natürliche Person an.

Langfristige Kredite bevorzugt nachgefragt

Die Deutsche Bundesbank hat im vergangenen Jahr ihre Politik der geldpolitischen Lockerung fortgesetzt und den Diskont- und Lombardsatz weiter gesenkt. Während die kurzfristigen Zinsen zurückgingen, ist das Niveau der langfristigen Zinsen deutlich gestiegen.

Die Ausleihungen von rheinland-pfälzischen Kreditinstituten an inländische Nichtbanken stiegen innerhalb des vergangenen Jahres um 6,4 % und erreichten Ende

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Kreditinstitute				
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	117 459	7,5	6,4
kurzfristig	"	20 750	-0,7	3,5
mittelfristig	"	9 450	-9,2	-7,8
langfristig	"	87 259	12,5	8,9
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	106 975	3,9	2,8
Sichtgelder	"	19 211	9,2	3,5
Termingelder	"	40 248	-3,8	-4,4
Spareinlagen	"	47 516	10,0	9,5
Zahlungsschwierigkeiten				
Konkurse	Anzahl	1 003	23,1	1,2
Vergleichsverfahren	"	5	300,0	25,0
Gesamtforderungshöhe bei den Konkursen	Mill. DM	640	-12,9	7,1

Dezember den Betrag von 117,5 Mrd. DM. Per Saldo haben die Bankkunden 1994 neue Kredite in Höhe von 7 Mrd. DM aufgenommen. Die Kreditvergabe der Banken und Sparkassen wurde weiterhin eindeutig von langfristigen Darlehen geprägt. Nach einem Zuwachs um 12,5 % im Vorjahr nahmen diese im vergangenen Jahr um 8,9 % zu, wodurch ihr Anteil am gesamten Kreditvolumen auf 74 % wuchs. Zu der überdurchschnittlichen Entwicklung im langfristigen Bereich trug die anhaltend rege Baunachfrage bei. Die kurzfristigen Kredite verzeichneten dagegen nur einen Anstieg um 3,5 %. Der Bestand an mittelfristigen Ausleihungen reduzierte sich sogar um 7,8 %, so daß diese Kredite nur 8 % des Gesamtvolumens ausmachten.

Bei der Geldanlage waren die Präferenzen der Bankkunden ähnlich denen des Vorjahres. Weiterhin expansiv entwickelten sich die Spareinlagen mit einem Plus von 9,5 % gegenüber 1993. Mit 47,5 Mrd. DM entfielen gut 44 % der Gesamtguthaben (ohne durchlaufende Kredite) auf diese hauptsächlich von Privatpersonen gewählte Anlageform. Dagegen sind die Termingelder, die von Unternehmen bevorzugt werden, um 4,4 % zurückgegangen. Nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr stieg der Bestand an kurzfristig verfügbaren Sichteinlagen. Insgesamt wurden 1994 per Saldo 2,9 Mrd. DM bei den rheinland-pfälzischen Geldinstituten angelegt, so daß der Bestand an Einlagen von Nichtbanken um 2,8 % auf 107 Mrd. DM am Ende des Jahres stieg.

Deutlich mehr Umsätze im verarbeitenden Gewerbe durch Exporte

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich der Ende 1993 infolge der regen Exporttätigkeit einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zur Jahresmitte verstärkt fortgesetzt, wozu neben den weiterhin hohen Ausfuhraten in

zunehmenden Maße auch die allmählich anspringende Inlandskonjunktur beigetragen hat.

Trotz der erheblich verbesserten Geschäftslage hat sich der Abbau der Arbeitsplätze im Jahre 1994 – wenn auch mit allmählich abnehmenden Veränderungsraten – weiter fortgesetzt. Im Monatsdurchschnitt waren 1994 um 21 500 oder 6,0 % weniger Personen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten tätig als ein Jahr zuvor, was in etwa der Entwicklung im früheren Bundesgebiet entspricht. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost hat die Beschäftigung um 9 % abgenommen. In Rheinland-Pfalz vollzog sich der Beschäftigungsrückgang in erster Linie beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (- 8 %) und hier insbesondere beim Maschinenbau einschließlich ADV (- 9,2 %) und beim Straßenfahrzeugbau mit Kfz-Reparatur (- 8,6 %). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 5,1 %) sorgte die chemische Industrie (- 4,8 %) für einen Rückgang der Beschäftigung. Beim Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe stand einer weiterhin negativen Entwicklung in der Schuhindustrie (- 14,3 %) ein geringes Plus von 1,3 % in der Kunststoffwarenindustrie gegenüber.

Die Zahl der von den Arbeitern im Laufe des Jahres geleisteten Stunden ging mit 4,3 % nicht im gleichen Maße zurück wie die Zahl der Arbeiter (- 6,5 %), was auf eine höhere durchschnittliche Arbeitsleistung als im Vorjahr hindeutet. Entsprechend ist die von den Betrieben ausgezahlte Bruttolohn- und -gehaltssumme im zweiten Jahr nacheinander gesunken, und zwar um 2,6 %. Dabei nahmen die Löhne mit 3 % stärker ab als die Gehälter (- 2,2 %). Im Jahre 1993 waren die Rückgänge allerdings noch etwa doppelt so hoch.

Der Gesamtumsatz der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten ist im vergangenen Jahr wieder um 4,3 % auf 103,5 Mrd. DM und damit in stärkerem Maße als im Durchschnitt der alten Bundesländer (+ 2,8 %) gestiegen. Trotz des wesentlich stärkeren Personalabbaus in Westdeutschland ist der Umsatz in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 17 % angewachsen. Das Wachstum ging in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich vom Auslandsmarkt aus, wo die Umsätze der Betriebe um 12,7 % expandierten, während die Inlandsumsätze in der gleichen Zeit stagnierten. Auf dem Inlandsmarkt war erst im letzten Quartal des vergangenen Jahres ein anhaltender Anstieg zu beobachten. Die Exportquote erhöhte sich von 33,9 % im Vorjahr auf 36,7 % und liegt damit weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer von 28,4 %.

Das Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe ging 1994 vor allem vom Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe aus, wo allein 3 Mrd. DM oder 8,2 % mehr als im Vorjahr umgesetzt wurden. An diesem Ergebnis war wiederum die chemische Industrie mit einem Umsatzzuwachs von 2,2 Mrd. DM maßgeblich beteiligt. Aber auch die eisen-schaffende Industrie (+ 12,7 %) und die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden wiesen einen günstigen Verlauf auf. Dagegen verzeichnete der Investitionsgütersektor mit einer Umsatzsteigerung von 675 Mill. DM oder 1,9 % eine vergleichsweise beschei-

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
im früheren Bundesgebiet
1991 = 100

Berichtsmerkmal	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1993	1994
Insgesamt (ohne Strom, Gas, Fernwärme und Wasser)	102,4	0,1	0,6
Grundstoff- und Pro- duktionsgütergewerbe	98,4	-2,6	2,3
Mineralölerzeugnisse	103,9	-1,2	6,2
Chemische Erzeugnisse	96,8	-2,4	0,8
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	104,2	1,3	0,2
Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräte und -einrichtungen	94,3	-2,2	-3,2
Maschinenbauerzeug- nisse (einschließlich Ackerschlepper)	106,8	2,2	0,8
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	106,5	2,4	0,4
Verbrauchsgüter produ- zierendes Gewerbe	102,3	0,4	0,3
Kunststofferzeugnisse	98,5	-0,6	-1,1
Lederwaren und Schuhe	105,9	2,0	1,0
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	103,4	0,1	0,2
Investitionsgüter	104,8	1,6	0,4
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	106,0	1,6	1,5

dene Entwicklung. Mit einem Wachstum von 5,5 % schnitt hierbei der Maschinenbau einschließlich ADV noch am besten ab. Aber auch der Straßenfahrzeugbau einschließlich Kfz-Reparatur konnte nach den starken Umsatzeinbußen des Jahres 1993 wieder eine Zuwachsrate von 1,6 % vorweisen.

Eine positive Umsatzentwicklung wiesen auch der Verbrauchsgüter produzierende Sektor (+ 2,3 %) sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 2 %) auf. Während die Kunststoffwarenindustrie (+ 5,6 %) vom konjunkturellen Aufschwung profitierte, setzte sich in der Schuhindustrie die vor allem strukturell bedingte negative Entwicklung mit einem Rückgang von 4,9 % weiter fort.

Auftragsentwicklung deutet auf eine Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs hin

Die Bestellungen von Produkten des verarbeitenden Gewerbes nahmen im abgelaufenen Jahr stärker zu als der Umsatz, was auf eine weitere Verbesserung der Erlöse in diesem Wirtschaftsbereich hindeutet. Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten registrierten 1994 einen Gesamtwert der Auftragseingänge von 91,2 Mrd. DM. Das sind 7,1 Mrd. DM oder 8,4 % mehr als im Vorjahr. Dabei erhöhten sich die Bestellungen aus dem Ausland allein um ein Fünftel auf 34,3 Mrd. DM. Aber auch die Aufträge aus dem Inland (+ 2,5 %) haben infolge der allmählich

anspringenden Binnenkonjunktur wieder zugenommen. Im Dezember wurde hier sogar eine Zuwachsrate gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von über 10 % beobachtet.

Am stärksten wurde der positive Verlauf der Auftrags-eingänge vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 3,6 Mrd. DM oder 11,9 %) beeinflusst. Zu dieser Entwicklung trug vor allem die chemische Industrie (+ 2,5 Mrd. DM oder 11,8 %) bei. Deutliche Auftragssteigerungen verzeichnete aber auch der Investitionsgütersektor (+ 2,8 Mrd. DM oder 9,8 %), woran der Maschinenbau einschließlich ADV (+ 12,8 %) und der Straßenfahrzeugbau mit Kfz-Reparatur (+ 12,6 %) gleichermaßen beteiligt waren. Mit Abstand folgten der Verbrauchsgütersektor (+ 3,7 %) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 1,4 %).

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte noch relativ stabil

Trotz des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs sind die Erzeugerpreise nahezu stabil geblieben. Der Gesamtindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser) hat sich im Jahresdurchschnitt 1994 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % erhöht (1993: + 0,1 %).

Innerhalb der Industriebauptgruppen verlief die Entwicklung jedoch uneinheitlich. Während die Preise im Grundstoff- und Produktionsgütersektor (+ 2,3 %)

Verdienste und Arbeitszeiten in der Industrie
(ohne Bauindustrie) im Oktober 1994

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Arbeiter				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	24,67	4,3	3,4
Grundstoff- und Pro- duktionsgüterindustrie	"	26,45	4,4	2,4
Investitionsgüter- industrie	"	25,44	4,6	2,8
Verbrauchsgüter- industrie	"	21,61	4,0	5,2
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	"	22,37	5,3	4,8
Bruttowochenverdienst	"	967	0,9	7,0
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	39,2	-3,3	3,4
Mehrarbeitsstunden	"	2,0	6,3	0,3
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	5 812	2,2	2,2
Grundstoff- und Pro- duktionsgüterindustrie	"	6 258	1,3	1,8
Investitionsgüter- industrie	"	5 641	2,6	1,7
Verbrauchsgüter- industrie	"	5 176	2,4	4,1
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	"	5 297	3,9	2,4

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte } Monats-Arbeiter } durchschnitt	1 000	335	- 7,3	- 6,0
	"	220	- 8,9	- 6,5
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	348	- 10,8	- 4,3
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. DM	19 937	- 4,4	- 2,6
Löhne	"	10 847	- 6,6	- 3,0
Umsatz	"	103 521	- 6,8	4,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	39 658	- 5,7	8,2
Chemische Industrie	"	29 206	- 4,5	8,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	"	35 486	- 10,5	1,9
Maschinenbau ²⁾	"	9 772	- 4,7	5,5
Straßenfahrzeugbau	"	15 767	- 15,5	1,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	"	17 627	- 5,1	2,3
Herst. von Kunststoffwaren	"	4 996	- 7,0	5,6
Herst. von Schuhen	"	1 321	- 3,9	- 4,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	10 749	- 0,5	2,0
Auslandsumsatz	"	37 956	- 5,8	12,7
Produktion	1985=100	120,3	- 6,3	11,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	117,5	- 5,1	6,6
Chemische Industrie	"	120,9	- 3,7	6,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	"	118,2	- 7,2	22,5
Maschinenbau ²⁾	"	160,9	4,3	55,0
Straßenfahrzeugbau	"	76,2	- 19,7	10,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	"	115,9	- 9,4	4,0
Herst. von Kunststoffwaren	"	155,2	- 9,2	8,7
Herst. von Schuhen	"	41,1	- 13,0	- 12,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	162,2	- 3,1	6,4
Energieverbrauch	1000 tSKE	7 019	- 10,6	7,0
Kohle	"	1 017	- 4,1	- 2,3
Heizöl	1 000 t	420	- 17,1	0,5
Strom	Mill. kWh	13 709	- 4,9	6,8
Gas	Mill. m ³	3 098	- 13,7	11,2
Früheres Bundesgebiet				
Beschäftigte } Monats-Arbeiter } durchschnitt	1 000	6 370 ^P	- 7,2 ^P	- 6,4 ^P
	"	4 124 ^P	- 9,0	- 7,2 ^P
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	6 411 ^P	- 11,4	- 5,3 ^P
Umsatz	Mill. DM	187 271 ^P	- 6,8	2,8 ^P
Produktion	1985=100	115,0	- 6,9	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost				
Beschäftigte } Monats-Arbeiter } durchschnitt	1 000	670 ^P	- 21,9	- 9,0 ^P
	"	459 ^P	- 20,9	- 8,4 ^P
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	769 ^P	- 17,3	- 4,4 ^P
Umsatz	Mill. DM	114 766 ^P	5,5	17,0 ^P
Produktion		103,5	10,0	18,4

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen.

nach erheblichen Rückgängen im Vorjahr vor allem infolge der erheblichen Verteuerung der Mineralölzeugnisse (+ 6,2 %) wieder deutlich anzogen, verzeichneten die übrigen Industriebauptgruppen einen durchschnittlichen Verlauf. Neben den Mineralölprodukten haben sich vor allem Lederwaren und Schuhe (+ 1 %), chemische Produkte und Maschinenbauerzeugnisse (jeweils + 0,8 %) überdurchschnittlich verteuert. Weiter verbilligt haben sich dagegen Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (- 3,2 %) sowie Kunststoffzeugnisse (- 1,1 %).

Investitionsgütersektor mit größtem Produktionswachstum

Am stärksten hat sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den Produktionszahlen niedergeschlagen. Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stellten im vergangenen Jahr um 11,1 % mehr Waren her als ein Jahr zuvor. Im früheren Bundesgebiet konnte die Produktion dagegen nur um 3 % ausgeweitet werden. In Rheinland - Pfalz trat wegen der erheblich verbesserten Absatzmöglichkeiten auf dem Auslandsmarkt die Trendwende im Dezember 1993 mit einer Zuwachsrate von 11,9 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ein. Nach deutlichen Schwankungen in den ersten Monaten des neuen Jahres setzte sich der positive Trend im Mai 1994 endgültig durch und erreichte mit einer Wachstumsrate von 21 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat im November 1994 seinen vorläufigen Gipfelpunkt. Aber auch der Dezember lag mit + 16,9 % noch weit über dem Jahresdurchschnitt.

Den mit Abstand günstigsten Produktionsverlauf verzeichnete 1994 mit + 22,5 % das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, wozu der Maschinenbau einschließlich ADV mit + 55 % maßgeblich beitrug. Dieses weit überdurchschnittliche Produktionswachstum geht jedoch ausschließlich auf eine durch eine Organisationsänderung in einem großen Unternehmen bedingte Sonderentwicklung im ADV - Bereich zurück, die bereits im Jahre 1993 begonnen hat und sich im vergangenen Jahr verstärkt fortsetzte. Beim Maschinenbau ohne ADV, dessen Produktionsergebnis vom Vorjahr nochmals um 3,7 % unterschritten wurde, zeichnete sich bis jetzt dagegen noch keine Wende zum Positiven ab. Anders verhält es sich mit dem Straßenfahrzeugbau einschließlich Kfz - Reparatur, wo die negative Produktionsentwicklung des Jahres 1993 mit dem ersten Quartal des vergangenen Jahres endete. Ab April wurden hier überwiegend zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat registriert, so daß das Produktionsergebnis des Vorjahres wieder um 10,1 % übertroffen wurde.

Mit + 6,6 % wiesen die Betriebe des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ebenfalls einen günstigen Produktionsverlauf auf, der wie immer im wesentlichen von der chemischen Industrie (+ 6,1 %) bestimmt wurde. Weit überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichneten hier die eisenschaffende Industrie und NE - Metallverarbeitung (+ 17,9 %) sowie der Industriezweig Ziehereien, Kaltwalzwerke und Mechanik (+ 13,2 %).

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe lag mit + 6,4 % dicht hinter dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, wobei das Ergebnis diesmal maßgeblich vom Genußmittelgewerbe bestimmt worden ist. Das Ernährungsgewerbe konnte seinen Output dagegen nur um 2,4 % steigern, was vor allem auf die negative Entwicklung bei den Molkereien (- 10,5 %) und den Fleischwarenherstellern (- 9,6 %) zurückzuführen ist. Ein deutliches Produktionsplus meldeten dagegen die Mineralbrunnen und Hersteller von Mineralwasser und Limonaden (+ 7,3 %), die vor allem von dem „Jahrhundertssommer“ des letzten Jahres profitierten.

Das geringste Produktionswachstum unter den Industriehauptgruppen verzeichnete mit + 4 % das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe. Zu dem trotzdem noch positiven Ergebnis trugen in erster Linie die Glasindustrie (+ 17,7 %), die Kunststoffwarenindustrie (+ 8,7 %) und die Holzverarbeitung (+ 5,1 %) bei, während die Schuhindustrie (- 12,4 %) ihren Schrumpfungprozeß unvermindert fortsetzte. Deutliche Produktionseinbußen gab es außerdem in der Edelmetallindustrie (- 20 %), der Lederverarbeitung ohne Schuhindustrie (- 10,5 %) und im Bereich Feinkeramik (- 11 %).

Bauwirtschaft stabilisiert

Die noch vor Jahresfrist festzustellende unstete Entwicklung im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe hat sich im Jahre 1994 insgesamt gefestigt und verläuft in positiver Richtung. Mitgetragen von der wieder besser laufenden Gesamtwirtschaft erreichte das Bauhauptgewerbe Zuwächse im Auftragseingang (11,1 %) sowie bei dem baugewerblichen Umsatz (3,9 %) und der Lohn- und Gehaltssumme (3,5 %). Erreicht wurde dies mit einer nahezu konstanten Zahl an Beschäftigten (Monatsdurchschnitt 60 327, - 0,2 %). Die geleisteten Arbeitsstunden lagen um 0,7 % niedriger als im Vorjahr. Während zu Ende des zweiten und dritten Quartals positive Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum den Auftragsbestand kennzeichneten, errechnet sich zum Jahresende 1994 ein negativer Wert (- 8,2 %). Von dem Gesamtbestand in Höhe von knapp 3,1 Mrd. DM entfielen 72 % auf den Hochbau (- 11,2 %), der Rest auf den Tiefbau (+ 0,2 %).

Baupreise im früheren Bundesgebiet im Monatsdurchschnitt Februar, Mai, August, November 1991 = 100

Berichtsmerkmal	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1993	1994
Wohngebäude			
Bauleistungen insgesamt	112,4	4,4	2,1
Bauleistungen am Bauwerk (reine Baukosten)	112,8	4,5	2,1
Rohbauarbeiten	111,4	4,0	1,7
Ausbauarbeiten	114,9	5,4	2,7
Bürogebäude	112,4	4,4	2,1
Straßenbau	107,9	2,5	0,2

Baugewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Rheinland-Pfalz				
Bauhauptgewerbe				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	60 327	- 1,4	- 0,2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	78 823	- 2,8	- 0,7
Wohnungsbau	"	34 752	0,5	8,6
Gewerblicher Bau	"	20 437	- 3,0	- 4,8
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	23 634	- 6,4	- 8,7
Hochbau	"	4 212	- 4,8	- 14,9
Tiefbau	"	19 422	- 6,8	- 7,3
Straßenbau	"	10 476	- 4,3	- 7,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	3 045	1,4	3,5
Baugewerblicher Umsatz	"	9 843	- 2,4	3,9
Wohnungsbau	"	4 192	1,7	17,5
Gewerblicher Bau	"	2 673	1,6	- 9,1
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	2 978	- 10,2	0,5
Hochbau	"	713	- 7,3	4,4
Tiefbau	"	2 265	- 11,0	- 0,7
Straßenbau	"	1 258	- 8,5	- 0,3
Auftragseingang ¹⁾	"	6 732	- 1,3	11,1
Hochbau	"	4 398	2,0	13,8
Tiefbau	"	2 334	- 6,5	6,3
Auftragsbestand ¹⁾ (31.12.)	"	3 057	- 5,4	- 8,2
Hochbau	"	2 186	1,2	- 11,2
Tiefbau	"	871	- 20,2	0,2
Ausbaugewerbe¹⁾				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	9 596	- 0,5	- 0,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 728	- 7,2	- 0,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	436	- 2,9	1,6
Gesamtumsatz	"	1 363	- 7,9	3,4
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	"	144	- 13,0	13,4
Heizungs- und Lüftungsbau	"	591	- 4,7	7,3
Elektroinstallation	"	305	- 9,0	0,3
Glasergerber	"	34	- 8,8	9,7
Maler- und Lackierergewerbe	"	140	- 13,3	- 6,7
Fliesen- und Plattenlegerei	"	67	- 12,5	- 4,3
Früheres Bundesgebiet				
Bauhauptgewerbe				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	1 088	0,4	0,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	1 360	- 3,4	2,3
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	183 189	- 1,8	6,1
Ausbaugewerbe¹⁾				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	256	3,6	2,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	336	1,6	1,5
Gesamtumsatz	Mill. DM	39 626	- 0,6	4,8
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bauhauptgewerbe				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	431	11,6	15,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	590	10,6	18,5
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	62 599	27,1	33,8
Ausbaugewerbe¹⁾				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	108	22,8	24,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	149	23,4	24,2
Gesamtumsatz	Mill. DM	13 381	37,2	33,7

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Wohnungsbau treibt das Baugewerbe an

Eine entscheidende Stütze für das Bauhauptgewerbe war im zurückliegenden Jahr der Wohnungsbau. Bedingt durch die seit Jahren stark gestiegene Zahl der Baugenehmigungen konnte diese Sparte deutliche Zuwächse erzielen; die Auftragseingänge lagen um 14,1 % höher als im Jahre 1993. Die in den Jahren 1992 (25 294) und 1993 (30 277) genehmigten Neubauwohnungen bewirkten eine Steigerung der geleisteten Arbeitsstunden um 8,6 % und des Umsatzes von sogar 17,5 %. Mit eingeflossen in diese Quoten sind auch ein Teil der 1994 genehmigten 38 152 neu geplanten Wohnungen.

Der Wirtschaftsbau weist weiterhin Zuwachsraten auf. Im abgelaufenen Jahr erreichten die Ordereingänge ein deutliches Plus von 21,1 %. Damit partizipiert auch das Baugewerbe von dem positiven Verlauf der Gesamtkonjunktur.

Der Tiefbau insgesamt erzielte wieder eine positive Veränderungsrate der Auftragseingänge (+ 6,3 %). Dieses Resultat ist mitgeprägt vom Verhalten der öffentlichen Haushalte, die traditionell als starke Nachfrager von Tief- und Straßenbauarbeiten auftreten. Durch die allgemeinen Sparzwänge von Bund, Land und Gemeinden konnte 1994 kein günstigeres Ergebnis erreicht werden.

Uneinheitlicher Verlauf im Ausbaugewerbe

Trotz der günstigen Entwicklung im Wohnungsbau konnten nicht alle Wirtschaftszweige der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten des Ausbaugewerbes positive Veränderungsdaten verbuchen. Bei nahezu konstanter Beschäftigungszahl (9 596, - 0,1 %) sanken die geleisteten Arbeitsstunden um knapp 1 %, während die Lohn- und Gehaltssumme um 1,6 % höher lag als im Vorjahr. Bei einem Anstieg der Preise für Ausbauarbeiten um 2,7 % erreichten die Umsätze mit + 3,4 % einen kaum höheren Wert. Beachtlich vermochten die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure ihre Umsätze zu steigern (+ 13,4 %). Auch die Glaser sowie Heizungs- und Lüftungsbauer (9,7 bzw. 7,3 %) konnten wieder positive Umsatzzahlen schreiben. Abermals negative Veränderungsdaten mußten Maler und Fliesenleger hinnehmen (- 6,7 bzw. - 4,3 %).

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau (einschl. Handwerk) im Oktober 1994

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Arbeiter				
Bruttostundenverdienst	DM	24,20	3,7	2,8
Bruttowochenverdienst	"	988	4,0	2,2
Bezahlte Wochenarbeitsstunden	Anzahl	40,8	0,2	- 0,7
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	DM	5 436	3,8	2,0

Ausfuhr

Berichtsmerkmal	1994 ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahreszeitraum in %	
		1993	1994
Rheinland-Pfalz in Mill. DM			
Insgesamt	35 680	- 15,4	19
Europa	26 431	- 17,1	19
Europäische Union	19 134	- 21,9	24
Frankreich	5 500	- 17,3	35
Belgien-Luxemburg	2 600	- 23,6	14
Niederlande	2 200	- 24,0	11
Italien	2 870	- 28,7	31
Vereinigtes Königreich	3 500	- 14,6	28
Irland	150	- 20,7	20
Dänemark	604	- 19,6	25
Griechenland	260	- 29,1	- 1
Portugal	250	- 30,6	8,5
Spanien	1 200	- 29,9	22
Schweden	652	- 20,6	20
Finnland	270	- 9,6	6,5
Österreich	1 671	- 11,0	4
Schweiz	1 866	- 12,1	5,5
Rußland	413	208,9	- 10
Polen	377	6,5	1
Afrika	930	- 26,6	20
Ägypten	105	- 20,0	15
Nigeria	120	- 31,2	4,5
Republik Südafrika	345	- 14,1	36
Amerika	3 625	- 4,2	21
USA	2 508	- 3,6	23
Kanada	212	- 21,2	10
Mexiko	193	3,5	24
Brasilien	268	13,3	22
Argentinien	102	- 11,0	25
Asien	4 238	- 11,5	14
Japan	853	- 12,3	29
VR China	331	14,9	18
Südkorea	381	16,7	24
Taiwan	320	7,0	9,5
Israel	188	- 16,7	7,5
Ernährungswirtschaft	2 308	- 13,6	12
Milch (Butter, Käse)	144	- 38,4	- 3
Tabakerzeugnisse	673	- 6,6	37
Wein	706	- 24,3	25
Gewerbliche Wirtschaft	33 228	- 15,5	19
Chemische Halbwaren ²⁾	707	- 6,1	31
Chem. Vorerzeugnisse ³⁾	4 965	- 9,2	19
Kunststoffe	3 843	- 14,9	20
Maschinen	4 510	- 7,3	20
Chemische Erzeugnisse	4 713	- 3,2	15
Kraftfahrzeuge	5 178	- 40,5	33
Bundesgebiet⁴⁾ (Januar - Oktober) in Mrd. DM			
Insgesamt	553	- 12,3	12,2
Europäische Union	269	- 22,8	13,0
EFTA	85	- 9,9	10,4
USA und Kanada	48	5,3	17,0
Mittel- und osteurop. Länder	38	13,6	11,8
Staatshandelsländer in Asien	9	66,4	12,5

1) Für Rheinland-Pfalz geschätzte Werte. - 2) z. B. Düngemittel. - 3) z. B. Farben, Lacke. - 4) Gebietsstand 3. 10. 1990.

Beträchtliche Expansion im Außenhandel

Nach einer Hochrechnung der Monatsdaten von Januar bis Oktober stiegen die rheinland-pfälzischen Exporte im Jahresverlauf 1994 um knapp 19 % auf ca. 35,7 Mrd. DM. Die Importe expandierten 1994 um 9 % auf annähernd 25,7 Mrd. DM. Ihren entsprechenden Vorjahresstand übertrafen die grenzüberschreitenden Warenströme damit in beiden Richtungen beträchtlich.

Nach der Novellierung der Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 1993, die aufgrund der Einführung des EU-Binnenmarktes und der hieraus resultierenden Aufhebung der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen notwendig wurde, kam es vor allem im Handel zwischen EU-Mitgliedstaaten zu Untererfassungen. Bei der Interpretation der Außenhandelszahlen insgesamt und insbesondere im Intrahandel sind die Änderungen des statistischen Erhebungssystems zu berücksichtigen. Sowohl im rheinland-pfälzischen Export als auch im Import entfielen jeweils 53 % des gesamten Warenwertes 1994 auf den innergemeinschaftlichen Handel.

Im Bundesgebiet haben sich von Januar bis Oktober 1994 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum die Exporterlöse um 12 % erhöht, wobei die positiven Einflüsse in erster Linie aus den Nachfragebedingungen innerhalb der Europäischen Union resultieren. Bundesdeutsche Importe konnten von Januar bis Oktober 1994 insgesamt um 8,4 % ausgeweitet werden. Einfuhren aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (+ 24 %) sowie aus der EFTA-Gruppe (+ 11 %) stiegen überdurchschnittlich an.

Trotz anziehender Rohstoffnotierungen an den Weltmärkten entwickelten sich die Einfuhrpreise im früheren Bundesgebiet verhalten, wobei bis dahin eine deutliche Festigung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar stabilisierend wirkte. Bei den Ausfuhrpreisen trat bis Oktober eine leichte Beschleunigung der Aufwärtsentwicklung ein. Hierin dürfte die anziehende Exportkonjunktur zum Ausdruck kommen, die teilweise wieder etwas größere Preiserhöhungsspielräume eröffnet.

Exporte nach Frankreich, Großbritannien und Italien wachsen nachhaltig

Eine Differenzierung nach Abnehmerländern zeigt, daß Frankreich mit Abstand der bedeutendste Abnehmer rheinland-pfälzischer Exportgüter bleibt und im EU-Raum auch die höchste Zuwachsrate ausweist (5,5 Mrd. DM; + 35 %). In der Ausfuhr-Rangliste folgen Großbritannien (3,5 Mrd. DM; + 28 %) und Italien (2,9 Mrd. DM; + 31 %). Im Handel mit europäischen Drittländern stiegen vor allem die Warenlieferungen nach Schweden (652 Mill. DM; + 20 %). Von den europäischen Drittländern bezog die Schweiz (1,9 Mrd. DM; + 5,5 %) mehr rheinland-pfälzische Waren als Österreich (1,7 Mrd. DM; + 4 %). In Übersee behielten die USA (2,5 Mrd. DM; + 23 %) und Japan (853 Mill. DM; + 29 %) ihre große Bedeutung.

Bei einem Warenwert von 2,3 Mrd. DM wurden diesmal 12 % mehr ernährungswirtschaftliche Produkte exportiert als 1993. Die Ausfuhr von Wein (706 Mill. DM;

Einfuhr

Berichtsmerkmal	1994 ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahreszeitraum in %	
		1993	1994
Rheinland-Pfalz in Mill. DM			
Insgesamt	25 730	- 13,0	9
Europa	18 800	- 15,7	14
Europäische Union	14 060	- 21,1	15
Frankreich	4 040	- 11,8	27
Belgien-Luxemburg	2 420	- 40,9	18
Niederlande	2 050	- 23,6	5
Italien	2 310	- 11,7	15
Vereinigtes Königreich	1 190	- 13,7	6
Irland	165	- 10,7	28
Dänemark	420	- 25,8	2,5
Griechenland	35	- 15,9	- 43
Portugal	290	11,0	5,5
Spanien	1 140	- 19,0	14
Schweden	477	- 2,0	1,5
Finnland	161	- 11,2	- 9
Österreich	1 135	15,1	- 3,5
Schweiz	1 560	12,2	26
Rußland	198	78,7	225
Polen	227	- 0,5	29
Afrika	1 155	- 12,7	- 1
Algerien	190	7,9	- 29
Nigeria	610	- 18,5	- 9
Republik Südafrika	46	- 13,4	- 8
Amerika	2 675	- 9,0	10
USA	1 780	- 1,4	- 3,5
Kanada	225	- 16,6	17
Brasilien	355	- 30,4	44
Argentinien	95	- 32,7	57
Asien	3 040	- 2,3	- 12
Japan	1 000	- 8,6	- 24
VR China	565	17,0	- 3,5
Südkorea	220	4,4	8
Taiwan	175	- 16,0	- 7,5
Israel	85	- 2,7	10
Ernährungswirtschaft	2 515	- 12,7	12
Gemüse	170	- 13,3	20
Ölfrüchte zur Ernährung	370	- 16,8	46
Wein	425	- 14,3	11
Gewerbliche Wirtschaft	23 175	- 13,1	8,5
Erdöl, roh	1 000	- 22,0	4,5
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	850	- 25,1	- 4
Chemische Halbwaren ²⁾	515	- 3,8	6
Chem. Vorerzeugnisse ³⁾	2 020	- 9,5	21
Kunststoffe	870	- 34,0	17
Maschinen	2 705	- 8,6	7
Kraftfahrzeuge	3 355	- 13,5	18
Bundesgebiet⁴⁾ (Januar - Oktober) in Mrd. DM			
Insgesamt	488	- 15,3	8,4
Europäische Union	225	- 24,5	8,2
EFTA	71	- 8,0	10,9
USA und Kanada	40	- 6,7	11,1
Mittel- und osteurop. Länder	36	- 2,1	24,1
Staatshandelsländer in Asien	13	16,3	8,3

1) Für Rheinland-Pfalz geschätzte Werte. - 2) z. B. Düngemittel. - 3) z. B. Farben, Lacke. - 4) Gebietsstand 3. 10. 1990.

**Einzelhandel
1986 = 100**

Berichtsmerkmal	1994 ^p	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1993	1994 ^p
Rheinland-Pfalz			
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)	98,1	-0,6	-1,0
Umsatz insgesamt	125,8	-2,0	1,3
Eh. m. Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	124,2	0,5	1,9
Eh. m. Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	106,6	0,3	-0,8
Eh. m. Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische und Haushaltsgroßgeräte)	174,5	5,0	0,7
Eh. m. elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	126,7	4,8	1,5
Eh. m. Papieren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	131,1	-1,6	4,0
Eh. m. pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln	113,2	-11,7	4,4
Apotheken	107,1	-14,1	3,9
Drogerien	175,0	9,2	8,4
Tankstellen (Absatz in eigenem Namen)	125,3	-3,6	4,6
Eh. m. Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	151,8	-8,8	1,6
Eh. m. sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	122,9	0,1	-0,1
Eh. m. Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel	138,5	-1,5	2,0
Früheres Bundesgebiet			
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)	105,4	-1,2	-0,9
Umsatz	133,8	-2,4	-0,5
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁾			
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)	64,2	-9,3	2,5
Umsatz	115,1	2,4	8,2

1) 1991 = 100. - p: vorläufige Ergebnisse.

+ 25 %) entwickelte sich wieder sehr positiv. In der gewerblichen Wirtschaft konnte 1994 ein Exportwert von 33,2 Mrd. DM erzielt werden. Das waren 19 % mehr als 1993. Entgegen der stark rückläufigen Geschäftstätigkeit im Jahre 1993 erholten sich 1994 die Exporte von chemischen Vorerzeugnissen und Halbwerten nachhaltig. Ein deutliches Plus war ebenfalls bei Kraftfahrzeugen, Maschinen, Kunststoffen und chemischen Enderzeugnissen zu registrieren.

Einfuhren aus der EU stiegen überproportional

Im EU-Raum, der insgesamt Waren im Wert von 14 Mrd. DM (+ 15 % gegenüber 1993) lieferte, expandierten die Einfuhrwerte im Handel mit Frankreich (4 Mrd. DM; + 27 %), Belgien-Luxemburg

(2,4 Mrd. DM; + 18 %), Irland (165 Mill. DM; + 28 %), Italien (2,3 Mrd. DM; + 15 %), Großbritannien (1,2 Mrd. DM; + 6 %) und Spanien (1,1 Mrd. DM; + 14 %) auffallend stark. Nur die Importe aus Griechenland (- 43 %) waren rückläufig.

Höhere Importwerte wurden auch im Handel mit Rußland, der Schweiz und mit Polen erzielt, während finnische und österreichische Lieferungen zurückgingen. Die Geschäftsbeziehungen zu wichtigen überseeischen Partnern wie Japan (- 24 %), Taiwan (- 7,5 %) oder Nigeria (- 9 %) wiesen 1994 wertmäßige Einbußen aus. Die USA konnten ihr Vorjahresergebnis nicht ganz behaupten und lieferten uns Waren für ca. 1,8 Mrd. DM (- 3,5 %).

Die Importe von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft wurden 1994 um 12 % auf 2,5 Mrd. DM ausgeweitet. Insbesondere der Wert importierter Ölf Früchte zur Ernährung (+ 46 %) erhöhte sich kräftig. Weinimporte (+ 11 %) lagen wertmäßig bei 425 Mill. DM. Für 23,2 Mrd. DM wurden Produkte der gewerblichen Wirtschaft eingeführt, die im Wert damit um 8,5 % zulegten. Vorrangig soll hier auf die stark expandierenden Einfuhren bei chemischen Vorerzeugnissen (+ 21 %) und Kunststoffen (+ 17 %) hingewiesen werden. Die Importwerte von Kraftfahrzeugen (+ 18 %), rohem Erdöl (+ 4,5 %) und Maschinen (+ 7 %) legten ebenfalls zu.

Einzelhandelsumsätze steigen bei weiter rückläufiger Beschäftigung

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel hat sich die Geschäftslage 1994 nach einem schlechteren Vorjahr wieder verbessert. Die monatlich repräsentativ erhobenen Einzelhandelsumsätze, die als wichtigster kurzfristig verfügbarer Indikator für den privaten Verbrauch gelten, stiegen 1994 um 1,3 % (Index 125,8; 1986 = 100). Die Zahl der Beschäftigten sank weiter um 1 % (Index 98,1). Bei der überwiegend positiven Umsatzentwicklung wirkte auch 1994 die relativ geringe Erhöhung der Einzelhandelspreise um 1,2 % stabilisierend. Indes nahm der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet um 3 % (Index 123,5; 1985 = 100) zu.

Mit einem Umsatzplus von 4,6 % verzeichnete der Verkauf an Tankstellen mit Absatz im eigenen Namen die günstigste Branchenentwicklung. Im Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln und Reinigungsmitteln (+ 4,4 %) erzielten Drogerien (+ 8,4 %) deutlichere Umsatzzuwächse als Apotheken (+ 3,9 %). Gemessen am Index (1986 = 100) konnten vor allem Drogerien (Index 175,0), der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (174,5) sowie der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen (151,8) im mehrjährigen Vergleich die günstigste Umsatzentwicklung behaupten.

1994 sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten insgesamt um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr, was im besonderen durch die negative Beschäftigungssituation im Ein-

zelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (- 5,7 %), mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushalts- und Musikgeräten (- 5,5 %), mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen (- 4,1 %) sowie mit Textilien (- 3,3 %) zu begründen ist. Für Vollzeitbeschäftigte ist der Arbeitsmarkt am günstigsten im Einzelhandel mit Möbeln.

In vielen Wirtschaftszweigen des Einzelhandels wurde auch 1994 auf flexiblere Formen der Arbeitszeitgestaltung durch Teilzeitbeschäftigte gesetzt. 1,7 % mehr Teilzeitkräfte im Landesdurchschnitt beruhen in erster Linie auf der überdurchschnittlich günstigen Entwicklung im Einzelhandel mit Textilien (+ 6,2 %), mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (+ 4,4 %) sowie im Handel mit Einrichtungsgegenständen (+ 3,7 %). Im mehrjährigen Vergleich konnten sich Formen der Teilzeitbeschäftigung vor allem in Drogerien, an Tankstellen, im Einzelhandel mit Schuhen, Damenoberbekleidung sowie im Nahrungsmittelbereich etablieren.

Großhandel verbesserte Vorjahresergebnis

Die rheinland-pfälzischen Großhandelsunternehmen konnten 1994 bei leicht rückläufiger Beschäftigtenzahl (- 0,9 %) um 2,3 % höhere Umsätze erwirtschaften. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten blieb stabil.

1994 wurde im Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen (+ 22 %) nominal wesentlich mehr umgesetzt als im Vorjahr. Im Handel mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf (+ 9,6 %), festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen (+ 8,0 %), Fahrzeugen, Maschinen und technischem Bedarf (+ 7,2 %) sowie im Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 5,9 %) wurde ein guter Geschäftsverlauf registriert. Starke Umsatzeinbußen mußten im Zwischenhandel mit Erzen, Stahl und NE-Metallen (- 33 %), textilen Rohstoffen, Halbwaren und Häuten (- 23 %) sowie mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (- 14 %) hingenommen werden.

Im gesamten Bereich des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren war 1994 ein leichter Anstieg der

Einzelhandelspreise und Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾ im früheren Bundesgebiet 1985 = 100

Berichtsmerkmal	1993	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994
Einzelhandelspreise	112,1	113,4	2,1	1,2
Preisindex für die Lebenshaltung	119,9	123,5	4,2	3,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	114,4	116,3	2,1	1,7
Bekleidung und Schuhe	116,4	118,0	2,7	1,4
Wohnungsmieten	131,1	137,1	5,9	4,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,0	91,2	1,3	0,2

1) Alle privaten Haushalte.

Bruttomonatsverdienste im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Oktober 1994

Berichtsmerkmal	1993	1994	Veränderung zum Vorjahr	
			1993	1994
	DM		%	
Männliche Angestellte	4 846	5 003	4,2	3,2
Großhandel	4 808	5 004	3,4	4,1
Einzelhandel	3 914	4 084	2,8	4,3
Kreditinstitute	5 216	5 347	4,5	2,5
Versicherungsgewerbe	5 135	5 268	6,2	2,6
Männliche kfm. Angestellte	4 868	5 036	4,1	3,5
Großhandel	4 752	4 950	3,2	4,2
Einzelhandel	3 943	4 145	2,5	5,1
Kreditinstitute	5 232	5 359	4,5	2,4
Versicherungsgewerbe	5 138	5 271	6,2	2,6
Männliche techn. Angestellte	4 602	4 674	5,0	1,6
Großhandel	5 132	5 289	4,8	3,1
Einzelhandel	3 742	3 808	3,7	1,8
Kreditinstitute	3 984	4 233	2,5	6,3
Versicherungsgewerbe	(4 417)	(4 512)	4,0	2,2
Weibliche kfm. Angestellte	3 411	3 568	5,0	4,6
Großhandel	3 316	3 472	4,7	4,7
Einzelhandel	2 904	3 038	5,1	4,6
Kreditinstitute	3 838	3 949	4,6	2,9
Versicherungsgewerbe	4 227	4 299	6,9	1,7

() unter 10 Beschäftigte.

Beschäftigtenzahl (+ 0,2 %) zu verzeichnen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten dort um 1 %. Speziell im Großhandel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen und Kautschuk (+ 7,1 %) sowie mit textilen Rohstoffen, Halbwaren und Häuten (+ 6,9 %) konnte die Gesamtbeschäftigtenzahl deutlich ausgeweitet werden. Der Fertigwarengroßhandel reduzierte seine Beschäftigtenzahl im Schnitt um 1,4 %, wobei der Großhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (- 22 %) sowie mit Papier, Druckerzeugnissen und Waren verschiedener Art (- 5,3 %) relativ die meisten Stellen abbaute.

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes setzte der Großhandel in Deutschland im Jahre 1994 Waren im Wert von 1 002 Mrd. DM um. Das bedeutet ein Umsatzplus von nominal 2 % gegenüber dem im Jahr 1993 erzielten Umsatz.

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr weiter rückläufig, Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Die Zahl der Gästeübernachtungen lag 1994 mit 20,6 Mill. um 1,1 % unter dem Vorjahresstand. Besonders schlecht schneiden die Fremdenverkehrsgebiete Westerwald/Lahn/Taunus (- 3,6 %), Rheintal (- 3,1 %) und Hunsrück/Nahe/Glan (- 3 %) ab. Ein positiver Jahresverlauf wurde in Rheinhessen (+ 1,7 %) und im Gebiet Mosel/Saar (+ 0,8 %) registriert. Die Zahl der Gäste sank landesweit um 1,8 % auf knapp 5,9 Mill.

Die Umsatzrückgänge im Gastgewerbe (- 2 %) waren mit einem leichten Beschäftigtenabbau (- 0,4 %) verbunden, wovon allerdings vor allem Ganztagskräfte (- 2,8 %) betroffen sind. Es wurden 2,5 %

Gastgewerbe und Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	1994 ^p	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1993	1994 ^p
Rheinland-Pfalz				
Gastgewerbe				
Beschäftigte (Monatsd.)	1986=100	91,1	- 1,1	- 0,4
Umsatz insgesamt	"	113,4	- 0,2	- 2,0
Beherbergungsgewerbe	"	114,8	- 2,9	- 3,4
Hotels	"	116,2	- 2,3	- 4,1
Gaststättengewerbe	"	111,3	1,4	- 1,4
Speisewirtschaften	"	138,9	0,4	1,0
Bars, Tanzlokale u. ä.	"	78,6	- 6,4	0,2
Fremdenverkehr				
Gäste	1 000	5 865	- 5,3	- 1,8
Übernachtungen	"	20 604	- 5,0	- 1,1
Rheintal	"	2 078	- 6,1	- 3,1
Rheinhessen	"	947	- 9,1	1,7
Eifel / Ahr	"	4 636	- 4,9	- 0,2
Mosel / Saar	"	4 888	- 3,9	0,8
Hunsrück / Nahe / Glan	"	2 508	- 6,3	- 3,0
Westerwald / Lahn / Taunus	"	1 910	- 6,5	- 3,6
Pfalz	"	3 637	- 3,4	- 1,5
Früheres Bundesgebiet				
Beschäftigte (Monatsd.)	1986=100	97,6	0,6	- 1,2
Umsatz	"	124,0	0,8	- 0,8
Neue Länder und Berlin-Ost				
Beschäftigte (Monatsd.)	1991=100	99,9	- 5,3	- 2,0
Umsatz	"	143,2	0,6	1,4

p: Im Gastgewerbe vorläufige Ergebnisse.

mehr Teilzeitkräfte eingestellt. Die negative Umsatzentwicklung wurde entscheidend von Gasthöfen (- 5,3 %), Hotels (- 4,1 %) und Schankwirtschaften (- 4 %) geprägt. In Speisewirtschaften stieg der Umsatz 1994 um 1 % (Index: 152,3; 1986 = 100).

Kraftfahrzeugbestände steigen weiterhin; Wieder mehr Neuzulassungen

Vom 1. Juli 1993 bis zum 1. Juli 1994 erhöhte sich der rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugbestand um 2,2 % auf 2 455 000 Fahrzeuge, davon sind 2 067 000 Personenkraftwagen (+ 1,9 %). Die Zahl der Krafträder stieg im gleichen Zeitraum um 9,2 % auf 119 400. Am 1. Juli 1994 lag der LKW-Bestand bei 93 800 (+ 3,3 %).

In Rheinland-Pfalz wurden 1994 insgesamt 163 101 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind 1,8 % mehr als 1993. Die Zahl der PKW-Neuzulassungen (140 688) ist um 1,9 % höher als 1993. Bei Lastkraftwagen (7 779; + 4,8 %) und Zugmaschinen (1 772; + 6,7 %) waren die Zuwächse 1994 noch deutlicher, während die Neuzulassungen von Krafträdern (11 278; + 0,3 %) nur leicht stiegen.

In der Landwirtschaft hielten sich die Schäden durch extreme Witterungsbedingungen in Grenzen

Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft ist, legt man ihren Anteil an der Bruttowertschöpfung des Lan-

des von 1,6 % für das Jahr 1993 zugrunde, mittlerweile relativ gering. Ihre Stärke liegt vielmehr zunehmend in Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft, ohne die auch der in vielen Teilen des Landes angesiedelte Fremdenverkehr seine Grundlage verlieren würde. Die agrarpolitische Diskussion auf nationaler und supranationaler Ebene wurde 1994 weitgehend durch die Fortsetzung der Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik und Überlegungen zur Umsetzung des GATT-Abkommens bestimmt. Für Rheinland-Pfalz, das größte deutsche Weinbaugebiet, spielte dabei die in Angriff genommene Reform der EG-Weinmarktordnung eine besondere Rolle. Ein Zeitpunkt für deren Verabschiedung ist angesichts großer Meinungsunterschiede vor allem zwischen den nördlichen und südlichen Weinbauländern der Europäischen Union noch nicht absehbar.

Nicht zuletzt die weiter angespannte Einkommenssituation und gewisse Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige agrarpolitische Entwicklung führten dazu, daß zwischen Mai 1993 und Mai 1994 weitere gut 2 000 landwirtschaftliche Betriebe (- 4,2 %) ihre Produktion eingestellt haben. Pro Tag waren dies im Durchschnitt sechs Betriebe weniger. In den letzten 10 Jahren wurde jeder vierte Betrieb aufgegeben. Die im Rahmen des Strukturwandels freigesetzte Fläche ging größtenteils im Wege der Pacht in die Bewirtschaftung weiterbestehender Betriebe über, die damit größer wurden. Mittlerweile sind 59 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes gepachtet. Rheinland-Pfalz hat damit neben dem Saarland den höchsten Pachtanteil unter den alten Bundesländern. In den 3 870 Betrieben mit 50 und mehr ha, deren Zahl 1994 weiter zugenommen hat (+ 5,7 %), belief sich der Anteil des Pachtlandes sogar auf 69 %. Diese Betriebe bewirtschaften mittlerweile fast die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, vor 10 Jahren war es erst knapp ein Fünftel.

Die Ernteergebnisse bei den Feldfrüchten wurden zumindest teilweise durch die lang anhaltende Sommertrockenheit bestimmt. Die Getreideernte erreichte mit rund 1,28 Mill. t 1,7 % weniger als im Jahr zuvor und 12 % weniger als im langjährigen Mittel. Der Rückgang ist bei ähnlicher Flächenleistung auf eine infolge der Flächenstilllegungsmaßnahmen geringere Anbaufläche zurückzuführen. Unter der Trockenheit haben Sommergerste und Hafer deutlich stärker gelitten als Winterweizen und Wintergerste, die von der ausreichenden Winterfeuchtigkeit profitieren konnten. Die Qualität des Brotgetreides kann als gut bis sehr gut bezeichnet werden. Kräftig ausgedehnt wurden 1994 die Flächen für Ölsaaten wie Körner Sonnenblumen oder Winterraps. Letzterer, der rund zwei Drittel der Ölsaatenfläche einnahm, kam schlecht durch den Winter. Allein sein erhöhter Anbauumfang führte mit 51 100 t zu einer um 10 % größeren Ernte als 1993. Zuckerrüben lieferten bei kaum verändertem Flächenumfang mit 1,23 Mill. t eine um 2,7 % höhere Ernte als im Jahr zuvor. Die ursprünglichen Trockenschäden wurden durch die Niederschläge im Spätsommer weitgehend behoben. Mit 33 000 t blieb die Kartoffelernte bei leicht ausgedehnter Anbaufläche um knapp 4 % unter der von 1993. Insbesondere bei den mittelfrühen und späten Sorten führte die Sommertrockenheit zu teilweise deutlichen Beeinträchtigungen im Knollenwachstum.

Die Weinberge präsentierten sich nach einem hervorragenden Austrieb das ganze Jahr über in gutem Zustand. Einem guten Gescheinansatz folgte eine gegenüber 1993 zwar etwas spätere, aber zügige Blüte. Verrieselungsschäden traten daher kaum auf. Der Traubenansatz wurde deutlich besser beurteilt als im Vorjahr. Damit waren zunächst alle Voraussetzungen für einen ansprechenden Weinjahrgang gegeben. Die starken Regenfälle im September führten dann jedoch bei den früher reifenden Rebsorten zu deutlichen Mengen- und Qualitätsverlusten. Die spät reifenden Sorten und hier insbesondere der Riesling profitierten dagegen in besonderem Maße noch von der sonnenscheinreichen Oktoberwitterung. Die Erntemenge belief sich letztlich auf 6,90 Mill. hl und lag damit um jeweils knapp 4 % über der des Jahrgangs 1993 und der im langjährigen Mittel. Über die Hälfte des geernteten Mostes eignete sich zum Ausbau als Qualitätswein und noch 45 % als Qualitätswein mit Prädikat. Im Vorjahr lagen etwas über 60 % des Mostes im Prädikatsweinebereich.

Für die Ertragslage im Obstbau blieb 1994 die naßkalte Frühjahrswitterung nicht ganz ohne Folgen. So wirkte sich das anfänglich ungünstige Blütewetter insbesondere bei frühblühenden Steinobstarten wie Kirschen, Aprikosen, Pfirsichen, Mirabellen sowie Frühzweitschen und -pflaumen negativ auf den Fruchtansatz aus. Bei den Sauerkirschen, der nach Äpfeln zweitwichtigsten Obstart in Rheinland-Pfalz, blieben die Baumtrübe deutlich niedriger als im Vorjahr und im Sechsjahresdurchschnitt. Der Sauerkirschenmarkt stand außerdem angesichts der Importe aus den osteuropäischen Ländern erneut unter Preisdruck. Seit längerem nicht mehr kostendeckende Erlöse dürften den Sauerkirschenanbau, der bislang führend unter den Bundesländern ist, für die Zukunft mehr und mehr in Frage stellen. Auch die Süßkirschen brachten nicht den Vorjahresertrag, erreichten jedoch den mehrjährigen Durchschnitt. Nach dem starken Ertragsrückgang in 1993 fiel bei Äpfeln diesmal eine normale Ernte an. Der Gemüsebau, nahezu ausschließlich in der pfälzischen Rheinebene konzentriert, konnte mit einer erneuten Ausweitung der Anbauflächen auf über 9 400 ha seine Marktposition weiter festigen. Führende Gemüsearten sind insbesondere Möhren, Radieschen, Speisezwiebeln, Blumenkohl und Kopfsalat. Da ein Großteil der Anbaufläche beregnet werden kann, hinterließ die Sommertrockenheit keinerlei nennenswerte Ertragsminderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. dem langjährigen Durchschnitt. Angesichts der überwiegend naßkalten Maiwitterung blieb der Ertrag beim besonders begehrten Spargel jedoch deutlich unter den Vergleichsjahren.

Mit dem Anbau von Gartenbauerzeugnissen, zu denen neben Obst und Gemüse auch noch Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulkulturen gehören, befaßten sich Anfang 1994 gut 4 900 Betriebe. Ihre Zahl ging seit 1982 um 30 % zurück. Die verstärkte Nachfrage nach Gartenbauprodukten ließ gleichzeitig die gärtnerische Nutzfläche um gut ein Drittel anwachsen. Dabei hat die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 ha Nutzfläche kräftig zugenommen. Auf sie entfällt mittlerweile mehr als die Hälfte der gesamten gärtnerischen Nutzfläche gegenüber erst 23 % vor 12 Jahren.

Die tierische Erzeugung spielt mit einem Anteil von rund einem Drittel am gesamten Produktionswert der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz nicht die Rolle wie in anderen Bundesländern. Im Vergleich dazu erreichte sie auf Bundesebene immerhin gut 60 %. In der Viehhaltung hat 1994 die ungünstige Rentabilität bei der Schweine- und Schafhaltung zu einem weiteren Bestandsabbau geführt. Der Schweinebestand war im Dezember um gut 6 % kleiner als im Vorjahr. Die Zahl der Rinder blieb nahezu unverändert. Einer geringen Abnahme bei den Milchkühen (- 1,0 %) stand eine Zunahme in der auf die Fleischerzeugung ausgerichteten Ammen- und Mutterkuhhaltung (+ 5,8 %) gegenüber. Die Milcherzeugung nahm geringfügig zu, die Schlachtmengen bei Rindern und Schweinen waren deutlich rückläufig.

Nach einem stärkeren Rückgang im Vorjahr haben sich 1994 die Agrarpreise wieder günstiger entwickelt. So stieg der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Durchschnitt der alten Bundesländer gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % auf 86,4 (1985 = 100). Bei den pflanzlichen Produkten (90,9) überschritt er den Vorjahreswert sogar um 8,1 %, wobei insbesondere für Speisekartoffeln, Gemüse und Äpfel höhere Preise zu

Landwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994	Veränderung zum Vorjahr in %		
				1993	1994	
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt mit 50 ha und mehr LF	Anzahl	47 893	45 864	- 3,6	- 4,2	
		3 657	3 867	11,5	5,7	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	1000 ha	724,0	723,3	1,1	- 0,1	
	Ackerland	412,4	404,8	0,3	- 1,8	
	Rebfläche	67,3	66,9	- 0,5	- 0,5	
Erntemengen	1000 t	1 298,7	1 276,1	- 9,9	- 1,7	
		Raps	48,4	56,9	46,5	17,6
	Zuckerrüben	1 196,3	1 228,1	- 4,1	2,7	
	Kartoffeln	341,6	329,1	- 11,2	- 3,7	
	Weinmost	1000 hl	6 674,1	6 902,2	- 27,4	3,4
	Baumobst (Marktobstbau)	1000 t	77,5	80,9	- 30,9	4,5
	Äpfel	48,5	54,7	- 30,9	13,0	
Sauerkirschen	14,2	13,0	- 29,7	- 8,3		
Viehbestand (Dezember)	1000	491,0	490,8 ^p	- 1,3	- 0,0	
		Milchkühe	154,6	153,0 ^p	- 0,5	- 1,0
	Schweine	465,7	436,8 ^p	- 4,2	- 6,2	
Schlachtmenge	1000 t	165,7	154,6	- 3,3	- 6,7	
		Rinder	49,3	45,1	- 13,5	- 8,6
	Schweine	114,6	108,0	2,1	- 5,8	
Milcherzeugung	1000 t	776,9	778,4	- 0,5	0,2	
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte (Bundesdurchschnitt)	1985=100	84,7	86,4	- 7,8	2,0	
	pflanzliche Produkte	84,1	90,9	- 5,2	8,1	
	Getreide	69,1	62,7	- 12,4	- 9,3	
	Hackfrüchte	97,7	138,1	- 5,6	41,4	
	Speisekartoffeln	115,4	301,6	- 14,3	161,4	
	tierische Produkte	85,0	84,7	- 8,7	- 0,4	
Index der Einkaufspreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Bundesdurchschnitt)	1985=100	99,6	100,9	- 1,2	1,3	

1) Ohne Mehrwertsteuer.

verzeichnen waren. Bei den tierischen Erzeugnissen (84,7) sank der Preisindex geringfügig (- 0,4 %) unter das Vorjahresniveau. Der Index für die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel stieg 1994 im Bundesdurchschnitt um 1,3 % auf 100,9 (1985 = 100).

Die Ertragslage in den landwirtschaftlichen Betrieben hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1993/94 nach Auswertung von Buchführungsergebnissen aus identischen Haupterwerbsbetrieben durch die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz weiter verschlechtert. Der je Betrieb im Durchschnitt erzielte Gewinn sank um

5,1 % auf etwas mehr als 53 200 DM. Den größten Gewinnrückgang hatten die Marktfruchtbetriebe aufzuweisen (- 23 %). Am geringsten war der Rückgang bei den Futterbaubetrieben (- 1,0 %), die zugleich über den höchsten Gewinn (60 388 DM) verfügten. Bei den Weinbaubetrieben verringerte sich der Gewinn durchschnittlich um 10 %. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1994/95 zeichnet sich nach Ansicht der Landwirtschaftskammer aufgrund der günstigeren Preisentwicklung zumindest eine Stabilisierung der Gewinne ab.

Mitarbeiter der Fachabteilungen

System der Lohn- und Gehaltsstatistiken

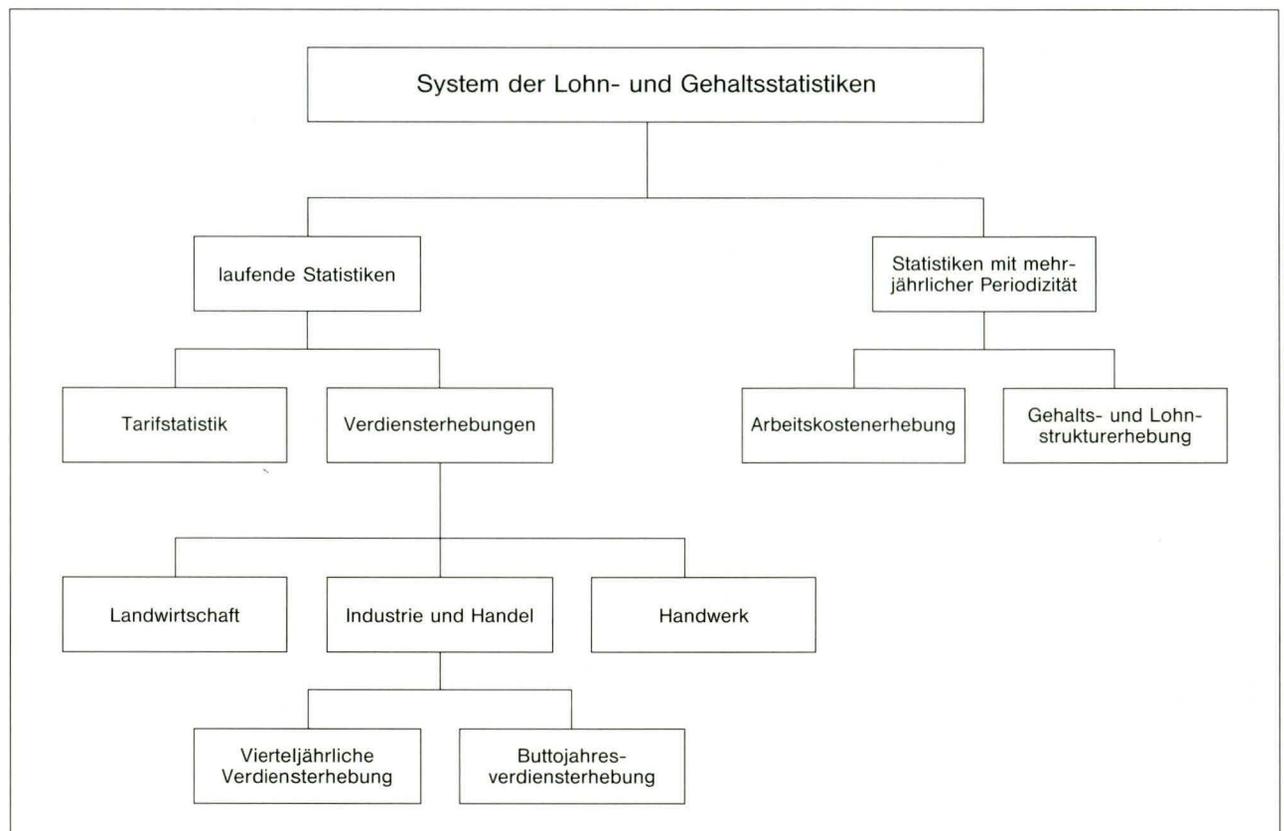
Vor Inkrafttreten des Lohnstatistikgesetzes vom 18. Mai 1956 existierten mehrere verschiedene Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage vierteljährliche Lohnsummenerhebungen sowie Sondererhebungen zur Lohnstruktur in der Industrie und im Baugewerbe erfolgten. Um die Lohnstatistik als Bundesstatistik zu etablieren, die bestehenden Rechtsunsicherheiten zu beseitigen und eine einheitliche Rechtsgrundlage zu schaffen, war eine gesetzliche Neuregelung notwendig. Das Gesetz über die Lohnstatistik¹⁾ hat im Verlauf von fast vier Jahrzehnten diese Zielsetzung erfüllt und nach eini-

gen Änderungen das bestehende System der Lohn- und Gehaltsstatistiken geschaffen.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften befaßt sich seit längerer Zeit mit der Konzeption eines einheitlichen und effizienten lohnstatistischen Berichtssystems für die Europäische Union. Das Ziel, die Struktur und Entwicklung der Verdienste und Arbeitskosten für den gesamten Bereich der Industrie und der Dienstleistungen für alle Mitgliedstaaten darstellen zu können, erfordert Veränderungen der bisherigen nationalen Erhebungen bis hin zur Einführung neuer Statistiken.

Im vorliegenden Beitrag wird das System der Lohn- und Gehaltsstatistiken beschrieben. Es werden Ge-

1) Gesetz über die Lohnstatistik in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 800 - 16 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. März 1994 (BGBl. I S. 384).



meinsamkeiten der einzelnen Erhebungen aufgezeigt und Unterschiede dargestellt. Abschließend wird ein Ausblick auf die zu erwartenden Veränderungen gegeben.

Lohnstatistiken werden als Repräsentativerhebungen durchgeführt

Das System der Lohn- und Gehaltsstatistiken ist dadurch gekennzeichnet, daß vierteljährliche, jährliche und mehrjährige Erhebungen der Verdienste in der Industrie bzw. im produzierenden Gewerbe, im Handel sowie bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe aufeinander abgestimmt sind. Zusätzlich erfolgen jährlich Verdiensterhebungen im Handwerk und in der Landwirtschaft.

Allen Lohnstatistiken gemeinsam ist, daß es sich um Repräsentativerhebungen handelt. Neben der Kostenersparnis und dem Zeitgewinn in der Ergebniserstellung, stand die möglichst geringe Belastung der Betriebe im Mittelpunkt der Überlegungen, diese Statistiken auf Stichprobenbasis durchzuführen. Aufgrund des bei der Auswahl der Berichtsbetriebe angewendeten Rotationsprinzips ist es möglich, bei den in den laufenden Verdiensterhebungen etwa alle 10 Jahre erfolgenden Berichtskreiswechseln sowie bei der Auswahl zu den Erhebungen mit mehrjähriger Periodizität, jeweils andere Betriebe in die Erhebungen einzubeziehen. Dadurch kann bei einem Auswahlsatz von etwa 15 % in Rheinland-Pfalz die Belastung gleichmäßiger innerhalb eines Wirtschaftszweiges verteilt werden.

Die Grenzen des Rotationsprinzips sind in den Bundesländern allerdings dann erreicht, wenn Betriebe in schwach besetzten Wirtschaftszweigen und/oder Beschäftigtengrößenklassen auszuwählen sind.

Im Lohnstatistikgesetz ist für jede Erhebung der gesetzlich zulässige Stichprobenumfang, entweder als Anzahl der zu befragenden Arbeitnehmer oder Betriebe bzw. Unternehmen, festgelegt. Damit auch für die Bundesländer die Möglichkeit besteht, Ergebnisse der Verdiensterhebung differenziert nachzuweisen, wird die Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs nach dem

2) Eine genaue Beschreibung des Verfahrens findet man bei: Krug, W., Nourney, M., Wirtschafts- und Sozialstatistik: Gewinnung von Daten, München 1982, S. 103 ff.

3) Der Exponent a wird in der Regel je nach Anforderung an die betreffende Statistik zwischen 0,1 und 0,3 gewählt.

$$\eta_h = \frac{K}{Y_h^a}, \text{ mit } h = 1, \dots, H$$

Dabei ist: η_h der Sollwert des relativen Standardfehlers für den Totalwert des Richtmerkmals in der h -ten Schicht

K ein Proportionalitätsfaktor

Y_h der Totalwert des Richtmerkmals in der h -ten Schicht

a der Exponent des Totalwertes

vgl. Krug, W., Nourney, M., a. a. O., S. 103 f.

4) Vgl. Kaukewitsch, P., Söll, H., Stichprobenverfahren und Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990, in: Wirtschaft und Statistik 5/1994, S. 372 ff.

5) Die exakten Abgrenzungen der Leistungsgruppen sowie weitere Definitionen und Erläuterungen werden vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in den Vorbemerkungen des Statistischen Berichts „Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel“ veröffentlicht.

„Prinzip der vergleichbaren Präzision für gegliederte Ergebnisse“ vorgenommen.²⁾

Dieses Verfahren wird in der amtlichen Statistik bereits seit vielen Jahren angewendet. Es beruht auf der Vorgabe einer Abstufung der relativen Standardfehler eines als Richtmerkmal ausgewählten Merkmals, in Abhängigkeit von den Totalwerten dieses Merkmals in den einzelnen Ergebnispositionen. Unter Zugrundelegung eines zwischen 0 und 0,5 wählbaren Exponenten³⁾ für die Abstufung der Ergebnispräzision können Länderergebnisse erzielt werden, bei denen die relativen Standardfehler des kleinsten Bundeslandes höchstens etwa doppelt so groß sind wie die des größten Bundeslandes.⁴⁾ Diese Anforderung an statistisch gesicherte, regional gegliederte Ergebnisse führt dazu, daß kleine Länder einen größeren und große Länder einen kleineren Auswahlsatz erhalten als bei einer proportionalen Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs.

Vierteljährliche Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Die vierteljährliche Verdiensterhebung in Industrie und Handel wird in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt. Ziel der Erhebung ist, in regelmäßigen, kurzen Zeitabständen ein aktuelles Bild über die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten zu geben. Erfragt werden die Bruttolöhne (je Stunde und Woche) und Wochenarbeitszeiten der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie sowie die Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Um die kurzfristige Bereitstellung der Ergebnisse zu gewährleisten, werden nicht die individuellen Daten der einzelnen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer erfragt, sondern es wird das vereinfachte Summenverfahren angewendet. Die zusammengefaßten Arbeitszeit- und Verdienstangaben der Arbeiter und Angestellten sind dabei lediglich nach Geschlecht, Beschäftigungsart und Leistungsgruppen aufzugliedern.

Unter der bezahlten Arbeitszeit versteht man die geleisteten Arbeitsstunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Der Bruttoverdienst umfaßt alle den Arbeitern bzw. Angestellten für den Erhebungszeitraum gezahlten regelmäßigen, laufenden Beträge. Leistungsgruppen sind Zusammenfassungen von Beschäftigten mit gleichen oder ähnlichen Tätigkeitsmerkmalen. Bei Arbeitern werden drei (Facharbeiter, angelernte Arbeiter, ungelernte Arbeiter), bei Angestellten vier Leistungsgruppen (gegliedert nach dem für die Tätigkeit notwendigen Kenntnisstand und dem damit verbundenen Handlungsspielraum) erfaßt.⁵⁾

Neben den absoluten Verdienstangaben veröffentlicht das Statistische Bundesamt Indizes der Bruttoverdienste. Zur Zeit werden diese Indizes für das frühere Bundesgebiet (Gebietsstand 2. 10. 1990) auf der Basis 1985 = 100 ermittelt. Die Indizes werden nach der Formel von Laspeyres berechnet, d. h. sie zeigen die Entwicklung der Bruttoverdienste vom Basis- zum Berichtsjahr unter der Annahme, daß im Berichtsjahr die gleiche Struktur der Arbeitnehmerschaft bestanden

hätte wie im Basisjahr. Dadurch lassen sich langfristige Indexreihen ab 1957 (für Arbeiter bereits ab 1950 und für die Jahre 1913/14 und 1925 bis 1944) aufstellen.

Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel

Seit 1971 ergänzt die Bruttojahresverdiensterhebung in den Bereichen Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe die vierteljährliche Verdiensterhebung. Die Erhebung dient der regelmäßigen Gewinnung aktueller Ergebnisse über die Höhe und Entwicklung der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste und erlangt als Grundlage wirtschafts-, konjunktur- und tarifpolitischer Entscheidungen wachsende Bedeutung.

Die ausgewählten Berichtsbetriebe der vierteljährlichen Verdiensterhebung werden zusätzlich jährlich einmal über die Höhe der Jahresverdienste der ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitnehmer befragt. Die Bruttojahreslohn- und -gehaltssummen der Arbeiter und Angestellten sind lediglich nach Geschlecht differenziert anzugeben. Aus Vereinfachungsgründen wird auf die Unterscheidung verschiedener Leistungsgruppen verzichtet.

Der Begriff des Bruttoverdienstes umfaßt neben den in der vierteljährlichen Erhebung erfragten regelmäßigen Verdienstbestandteilen auch die einmalig oder unregelmäßig gewährten Sonderzahlungen, wie insbesondere 13. Monatslohn bzw. -gehalt, Weihnachtsg Gratifikationen, Urlaubsgeld und Erfolgsprämien.

Verdiensterhebung im Handwerk

Die laufende Verdiensterhebung im Handwerk erfolgt seit 1994 nur noch jährlich für den Monat Mai. Zur Entlastung der Handwerksbetriebe und im Zusammenhang mit der auch von der Statistik verlangten Kosteneinsparungen wurde der von 1957 bis 1993 geltende halbjährliche Turnus mit den Berichtsmonaten Mai und November aufgegeben.

Um die Höhe und Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeiten und Bruttolöhne darstellen zu können, werden Handwerksbetriebe in neun ausgewählten Gewerbebranchen befragt. Die Angaben sind für vollzeitbeschäftigte männliche Arbeiter nach Arbeitergruppen (Vollgesellen, Junggesellen, übrige Arbeiter) unter Anwendung der Summenmethode zu machen. Auf die Einbeziehung von Arbeiterinnen wurde bisher verzichtet, da der Gesamtstichprobenumfang nicht ausreichend ist um bei den niedrigen Besetzungszahlen in den Gewerbebranchen statistisch gesicherte Ergebnisse nachzuweisen.

Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Jährlich für den Berichtsmonat September wird die laufende Verdiensterhebung in der Landwirtschaft durchgeführt. Die von den landwirtschaftlichen Betrieben erfragten, individuellen Angaben je familienfremden

Arbeiter werden zur Ermittlung der Verdienstsituation (Bruttostunden- bzw. -monatslöhne nach Qualifikationsgruppen und Geschlecht) und der bezahlten Arbeitszeit benötigt. Wegen des geringen Stichprobenumfangs und der vergleichsweise niedrigen Zahl der in der Landwirtschaft abhängig beschäftigten Vollzeitkräfte können keine Ergebnisse für Rheinland-Pfalz veröffentlicht werden.

Tarifstatistik

Auf Landesebene wird ein Tarifarchiv geführt, welches die aktuellen tariflichen Vereinbarungen der in die Verdiensterhebungen einbezogenen Wirtschaftszweige beinhaltet. Als Grundlage dienen in Rheinland-Pfalz die Mitteilungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie der Tarifparteien über Vergütungs-, Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge.

Die Führung des Tarifarchivs ist in zweifacher Hinsicht notwendig. Zum einen werden auf der Grundlage der Mitteilungen der statistischen Landesämter im Statistischen Bundesamt die Eingliederung der tariflichen Verdienstgruppen in die Systematik der Leistungsgruppen der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel sowie der Gehalts- und Lohnstrukturhebung vorgenommen und die Vereinbarungen der verschiedenen Tarifbezirke veröffentlicht. Zum anderen werden Indizes der Tariflöhne und -gehälter, die auf einer Auswahl der bedeutendsten Tarifverträge beruhen, berechnet. Diese Indizes beschreiben die Entwicklung der tariflichen Löhne und Gehälter und unterscheiden sich damit von den Indizes der tatsächlichen Löhne und Gehälter, die in der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel festgestellt werden, beruhen allerdings auf dem gleichen Konstruktionsprinzip (Formel von Laspeyres).

Gehalts- und Lohnstrukturhebung

Beginnend mit dem Berichtsjahr 1990 finden auf der Grundlage des Gesetzes über die Lohnstatistik in Deutschland im Abstand von fünf Jahren Gehalts- und Lohnstrukturhebungen für den Berichtsmonat Oktober und das Berichtsjahr statt. Für das Jahr 1995 gehört eine Erhebung über die Verdienststruktur für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum vereinbarten gemeinsamen statistischen Programm. Verdiensterhebungen wurden bereits mehrfach in Deutschland (zuletzt 1990) und auch auf Gemeinschaftsebene (zuletzt 1978) durchgeführt.

Die Datenerhebung erfolgt für die Bereiche produzierendes Gewerbe, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. Die örtliche Berichtseinheit ist der Betrieb. Neben dem tiefgegliederten Merkmalskatalog, der außer den Angaben zur Arbeitszeit und den Arbeitsverdiensten zusätzlich Fragen zur ausgeübten Tätigkeit sowie zu lohnbestimmenden und persönlichen Merkmalen enthält, unterscheidet sich die Konzeption der Gehalts- und Lohnstrukturhebung in zwei Punkten wesentlich von den übrigen lohnstatistischen Erhebungen.

Zum einen liegt ein zweistufiges Stichprobenauswahlverfahren vor. Nach der oben beschriebenen Auswahl der Berichtsbetriebe erfolgt innerhalb der Betriebe die Beschäftigtenauswahl als systematische Auswahl mit vorgegebenem Auswahlabstand und Zufallsstartzahl. Zum anderen sind für die so bestimmten Beschäftigten im Gegensatz zur sonst üblichen Summenmethode Individualangaben zu machen.

Durch dieses Vorgehen sind weitergehende Aussagen über Verdienstunterschiede möglich. Insbesondere lassen sich die Verdienste nach Verdienstklassen darstellen, Lage- und Streuungsparameter berechnen und Erkenntnisse über Faktoren gewinnen, die die Höhe der Verdienste beeinflussen.

Darüber hinaus dienen die Ergebnisse neben der Darstellung der Struktur und Zusammensetzung der Beschäftigten und deren Verdiensten auch als Grundlage zur Berechnung der tariflichen und effektiven Lohn- und Gehaltsindizes.

Arbeitskostenerhebung

Seit 1959 werden in den Mitgliedsländern der Europäischen Union Arbeitskostenerhebungen durchgeführt. Einbezogen werden das produzierende Gewerbe, der Handel, Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe sowie weitere Dienstleistungsbereiche. Die Ergebnisse informieren in vierjährlichem Turnus (zuletzt 1992) über die Höhe der Arbeitskosten, des Entgelts für geleistete Arbeit und der Personalnebenkosten je Beschäftigten. Von besonderem Interesse ist dabei neben der Gliederung nach Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage, Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (hierzu zählen u.a. die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung) und sonstigen Personalnebenkosten auch die Höhe der gesetzlich verursachten Personalnebenkosten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Tarifverhandlungen und der damit verbundenen Diskussion über die Höhe der Lohnkosten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland wird die Bedeutung der europäischen Arbeitskostenerhebung deutlich.

Als Befragungseinheit ist das Unternehmen festgelegt. Um eine regionale Zuordnung der Ergebnisse zu ermöglichen, wird im produzierenden Gewerbe der Betrieb als Berichtseinheit bestimmt.

Mehrbetriebsunternehmen müssen deshalb ihre Daten gesondert für die einzelnen Betriebe nach der Summenmethode liefern. Als Besonderheit sei hier noch erwähnt, daß nur in Deutschland im Bereich des produzierenden Gewerbes eine Differenzierung der Angaben und Ergebnisse nach Arbeitern und Angestellten vorgenommen wird. Auf eine Gliederung nach Geschlecht wird verzichtet; Teilzeitkräfte werden in Vollzeiteneinheiten umgerechnet.

6) Vgl. Gensmann, K., Umstellung der Statistiken im verarbeitenden Gewerbe, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 10/1994, S. 238 ff. und Gebauer, J., Ausgewählte Vorhaben der Wirtschaftsstatistik der Europäischen Union, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11/1994, S. 263 ff.

Ausblick

Bei der Mehrzahl der beschriebenen Lohnstatistiken werden die Ergebnisse nicht nur nach Arbeitern bzw. Angestellten und Geschlecht, sondern auch nach Wirtschaftszweigen und -bereichen nachgewiesen. Durch die Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1) und die damit verbundene Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik in Deutschland von der WZ 79 auf die WZ 93, wird von 1996 an die Ergebnisbereitstellung der Lohn- und Gehaltsstatistiken nicht mehr in der gewohnten Gliederung nach den Wirtschaftsbereichen (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, Investitionsgüterindustrie, Verbrauchsgüterindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Hoch- und Tiefbau mit Handwerk, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe), sondern nach Abschnitten, Unterabschnitten, Abteilungen und Gruppen der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige erfolgen.⁶⁾ Da die Wirtschaftszweigsystematiken nicht deckungsgleich sind, wird das Aufstellen langer Reihen der Verdienstentwicklung nur bedingt möglich sein.

Eine weitere absehbare Veränderung stellt die Ausweitung des Erhebungsbereichs im Dienstleistungssektor dar. Nachdem der Bereich des produzierenden Gewerbes in Deutschland nahezu lückenlos lohnstatistisch erfaßt wird, ergeben sich im Dienstleistungssektor aufgrund fehlender Auswahlgrundlagen erhebliche Defizite. Sowohl die Verordnung (EWG) Nr. 3949/92 des Rates vom 21. Dezember 1992 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor als auch der Verordnungsentwurf zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur und die Verteilung der Verdienste sehen noch viele Ausnahmepositionen für Deutschland vor (z. B. Gastgewerbe, öffentliche Verwaltung, Gesundheitswesen) und führen damit zu einem deutlich geringeren Erhebungsbereich als vorgesehen. Solche Ausnahmeregelungen werden zukünftig nicht mehr in dem Umfang möglich sein und damit in der Lohn- und Gehaltsstatistik erhebliche Probleme verursachen.

Für die Darstellung der Struktur der Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten sowie deren kurzfristige Beobachtung ergänzen sich Gehalts- und Lohnstrukturhebung und laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel, die zur Optimierung dieser Zielsetzung zukünftig ebenfalls überarbeitet werden muß. Um ein ähnliches Zusammenspiel einer mehrjährlich stattfindenden Erhebung (Arbeitskostenerhebung) und einer laufenden Erhebung auch für den Bereich der Arbeitskosten zu realisieren, plant das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften die Einführung des vierteljährlich festzustellenden Europäischen Arbeitskostenindex.

Ein solcher, in Europa noch unbekannter, Arbeitskostenindex oder Preisindex für die Arbeit soll nach dem Vorbild des in den USA berechneten „Employment Cost Index“ konzipiert werden. Der Index wird kurzfristig über die Entwicklung der Aufwendungen der Arbeitgeber für eine effektiv geleistete Arbeitsstunde informieren. Da der Arbeitskostenindex als Laspeyres-Index

berechnet werden soll, muß für ein Basisjahr ein in seiner Struktur konstant gehaltenes Arbeitsvolumen festgelegt werden. Diesem Wägungsschema werden ausgewählte Tätigkeiten und Beschäftigtenzahlen zugrunde liegen. Der Preis für die Arbeit läßt sich dann als Aufwendungen der Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde definieren.

Da bisher noch kein Verordnungsentwurf vorliegt, kann an dieser Stelle noch nicht über das endgültige

Konzept dieser vom Berichtsjahr 1996 an geplanten Erhebung berichtet werden. Absehbar ist derzeit, daß der aufwendig zu ermittelnde Arbeitskostenindex, für den in den Jahren 1993 und 1994 eine Testerhebung in einigen Bundesländern stattfand, als Repräsentativerhebung mit bundesweit voraussichtlich etwa 4 000 nach einem rollierenden System vierteljährlich zu befragenden Betrieben durchgeführt werden soll.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirschev

So wohnen Haushalte mit Kindern

Im Rahmen der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 wurden neben den Gebäude- und Wohnungsdaten auch Angaben zu den in den Wohnungen lebenden Haushalten und Personen erfragt. Haushalte sind Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften. Personen die alleine wohnen und wirtschaften, bilden einen eigenen Haushalt, und zwar auch dann, wenn sie mit anderen Personen gemeinsam in einer Wohnung leben. Zum Haushalt zählen auch aus beruflichen oder sonstigen Gründen am Erhebungstichtag abwesende Personen, wenn sie in der Wohnung des Haushalts wohnberechtigt sind.

In gut einem Viertel aller Haushalte leben Kinder

Für die weitere Darstellung der Zählungsergebnisse ist es erforderlich, den Begriff „Kinder“ eindeutig abzugrenzen. Von „Kindern“ wird innerhalb der 1%-Wohnungsstichprobe nur dann gesprochen, wenn es sich um ledige Personen handelt, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dementsprechend sind Studenten oder Schüler über 18 Jahren, die noch bei den Eltern leben, keine Kinder im Sinne der Wohnungsstichprobe.

Von den am 30. September 1993 insgesamt vorhandenen 1 566 300 Haushalten waren 400 700 (25,6 %) Haushalte mit Kindern, in 1 165 500 Haushalten (74,4 %) lebten am Zählungstichtag keine Kinder. In den meisten Haushalten mit Kindern lebte ein Kind (198 200 Haushalte), das entspricht einem prozentualen Anteil an allen Haushalten von fast 13 %. In 152 000 Haushalten befanden sich Ende September 1993 zwei Kinder (9,7 %), Haushalte mit drei Kindern (39 600) waren zu 2,5 % vertreten, während Haushalte mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren (10 900) relativ selten sind (0,7 %).

Im Regierungsbezirk Koblenz gab es Ende September 1993 hochgerechnet 568 600 Haushalte, das sind gut 36 % aller rheinland-pfälzischen Haushalte. Für den Bezirk Trier errechnet sich ein Ergebnis von 193 000 Haushalten (12,3 %), für Rheinhessen-Pfalz stellte sich der Wert auf 804 600 (51,4 %). Die prozentualen Anteile der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten sind für die Regierungsbezirke mit dem für Rheinland-Pfalz errechneten Wert (25,6 %) vergleichbar und weichen kaum davon ab. Im Bezirk Koblenz wurden Ende September 1993 148 500 (26,1 %) Haushalte mit Kindern gezählt, in Trier waren es 50 800 (26,3 %) und in Rheinhessen-Pfalz 201 500 (25 %).

Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte am 30. September 1993 nach Haushaltstypen

Berichtsmerkmal	Haushalte insgesamt ¹⁾		Hauptmieterhaushalte		Eigentümerhaushalte	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Haushalte insgesamt	1 545,7	100,0	729,8	100,0	815,9	100,0
Alleinlebende Elternteile mit Kindern ²⁾	32,1	2,1	25,3	3,5	(6,8)	(0,8)
darunter: weiblich mit Kindern ²⁾	29,6	1,9	24,2	3,3	(5,4)	(0,7)
Alleinlebende Frauen ohne Kinder	280,6	18,2	188,3	25,8	92,3	11,3
Alleinlebende Männer ohne Kinder	146,2	9,4	104,7	14,3	41,5	5,1
Ehepaare mit Kindern ²⁾	286,6	18,5	125,3	17,2	161,3	19,8
Ehepaare ohne Kinder	371,0	24,0	139,7	19,1	231,3	28,3
Sonstige Haushalte	429,3	27,8	146,6	20,1	282,7	34,7

1) Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Untermieterhaushalte. – 2) Kinder = ledige Personen unter 18 Jahren.

Familien mit Kindern häufiger im Wohneigentum

Die Differenzierung der Haushalte in Eigentümer- bzw. Hauptmieterhaushalte – die kaum vorhandenen Untermieterhaushalte mit Kindern bleiben unberücksichtigt – zeigt, dass Familien mit Kindern unter 18 Jahren häufiger im Wohneigentum der Eltern oder sonstiger Erziehungsberechtigter wohnen als in Mietwohnungen.

Von den 729 800 Hauptmieterhaushalten in Rheinland-Pfalz waren 551 400 Haushalte ohne Kinder (75,6 %), in 178 500 (24,4 %) Haushalten lebten ein oder mehrere Kinder. Dagegen ist die Zahl der in Wohneigentum lebenden Haushalte mit Kindern bezogen auf alle Eigentümerhaushalte (815 900) sowohl absolut (221 200) als auch prozentual (27 %) größer.

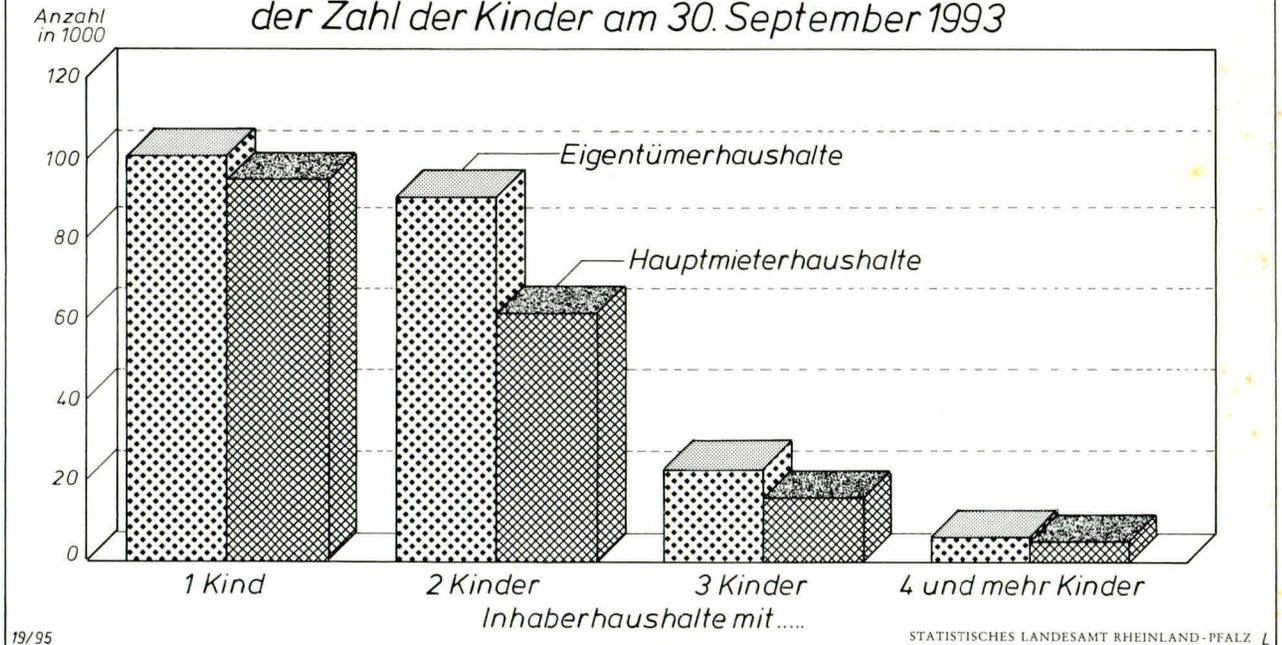
Die Unterteilung der Haushalte nach der Anzahl der darin lebenden Kinder verdeutlicht, daß Familien ab dem zweiten Kind wegen des höheren Wohnraumbedarfs verstärkt Wohneigentum mit einem größeren Raum- und Flächenangebot anstreben bzw. bereits realisiert haben. 90 100 Haushalten mit zwei Kindern in eigenen Wohnungen stehen 61 700 Hauptmieterhaushalte mit zwei Kindern gegenüber. Auch Familien mit drei Kindern verfügen häufiger (23 600 Haushalte) über Wohneigentum als vergleichbar kinderreiche Familien, die zur Miete wohnen (16 000). Weniger groß ist die Differenz zwischen Eigentümer- und Mieterhaushalten mit einem Kind. 101 900 Eigentümerhaushalten mit einem Kind stehen fast ebensoviele in Mietwohnungen (95 500) gegenüber. Bei den kinderreichen Haushalten mit 4 und mehr Kindern errechnen sich auf Lan-

Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte am 30. September 1993 nach Zahl der Kinder¹⁾

Berichtsmerkmal	Haushalte insgesamt ²⁾		Hauptmieterhaushalte ³⁾		Eigentümerhaushalte ³⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Rheinland-Pfalz						
Haushalte insgesamt	1 566,3	100,0	729,8	100,0	815,9	100,0
Haushalte ohne Kinder	1 165,5	74,4	551,4	75,6	594,7	73,0
Haushalte mit Kindern	400,7	25,6	178,5	24,4	221,2	27,0
davon Haushalte mit ...						
1 Kind	198,2	12,7	95,5	13,1	101,9	12,5
2 Kindern	152,0	9,7	61,7	8,5	90,1	11,0
3 Kindern	39,6	2,5	16,0	2,2	23,6	2,9
4 und mehr Kindern	10,9	0,7	(5,3)	(0,7)	(5,6)	(0,7)
Regierungsbezirk Koblenz						
Haushalte insgesamt	568,6	100,0	247,9	100,0	316,9	100,0
Haushalte ohne Kinder	420,2	73,9	187,9	75,8	228,8	72,2
Haushalte mit Kindern	148,5	26,1	59,9	24,2	88,1	27,8
davon Haushalte mit ...						
1 Kind	71,5	12,6	32,0	12,9	39,1	12,3
2 Kindern	57,3	10,1	21,1	8,5	36,1	11,4
3 Kindern	15,2	2,7	/	/	10,2	3,2
4 und mehr Kindern	/	/	/	/	/	/
Regierungsbezirk Trier						
Haushalte insgesamt	193,0	100,0	83,1	100,0	107,9	100,0
Haushalte ohne Kinder	142,2	73,7	62,1	74,7	78,4	72,7
Haushalte mit Kindern	50,8	26,3	21,0	25,3	29,5	27,3
davon Haushalte mit ...						
1 Kind	22,6	11,7	10,6	12,8	11,9	11,0
2 Kindern	21,6	11,2	(8,0)	(9,6)	13,5	12,5
3 Kindern	(5,3)	(2,7)	/	/	/	/
4 und mehr Kindern	/	/	/	/	/	/
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz						
Haushalte insgesamt	804,6	100,0	398,8	100,0	391,1	100,0
Haushalte ohne Kinder	603,1	75,0	301,3	75,6	287,6	73,5
Haushalte mit Kindern	201,5	25,0	97,5	24,4	103,6	26,5
davon Haushalte mit ...						
1 Kind	104,2	13,0	52,9	13,3	50,9	13,0
2 Kindern	73,2	9,1	32,6	8,2	40,5	10,4
3 Kindern	19,1	2,4	(9,3)	(2,3)	(9,9)	(2,5)
4 und mehr Kindern	(5,0)	(0,6)	/	/	/	/

1) Kinder = ledige Personen unter 18 Jahren. – 2) Einschließlich Haushalte in Wohnheimen, einschließlich Untermieterhaushalte. – 3) Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Untermieterhaushalte.

Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte nach der Zahl der Kinder am 30. September 1993



desebene für Eigentümerhaushalte (5 600) und Hauptmieterhaushalte (5 300) nahezu identische Werte. Die Ergebnisse zeigen, daß Familien mit Kindern – unabhängig von der jeweiligen Kinderzahl – häufiger Wohneigentum als Mietwohnungen bewohnen. Diese Aussage gilt bei einer regionalen Betrachtungsweise für die drei rheinland-pfälzischen Regierungsbezirke ebenso. Eine Ausnahme ist im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz zu beobachten. Hier gab es 2 000 Hauptmieterhaushalte mehr (52 900) als Eigentümerhaushalte (50 900), in denen eine ledige Person unter 18 Jahren lebte.

Mehr Wohnqualität in Eigentümerwohnungen

Bereits zum Zeitpunkt der letzten Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Mai 1987 hatten sich für Miet- und Eigentümerwohnungen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der durchschnittlich verfügbaren Wohnfläche errechnet.

Je Mietwohnung standen im Mai 1987 rund 73 m² – das waren 33,7 m² je Person – Wohnfläche zur Verfügung, Eigentümerwohnungen waren im Durchschnitt fast 116 m² groß, womit fast 40 m² je Person genutzt werden konnten. Die Stichprobenergebnisse vom September 1993 weisen je Wohnung exakt die gleiche Flächen-differenz zwischen Eigentümer- und Mietwohnungen nach (43 m²). Für Mietwohnungen errechnet sich im September 1993 eine Durchschnittsgröße von knapp 74 m², die Eigentümerwohnungen waren gegenüber 1987 ebenfalls im Schnitt um einen Quadratmeter größer (117 m²).

Von den Ende September 1993 ermittelten 221 200 Eigentümerhaushalten mit Kindern lebten 189 700 (85,8 %) in Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen. Wei-

tere 28 000 Haushalte bewohnte Wohnungen mit 4 Räumen (12,7 %). Eine hinsichtlich der Raumzahl derart gute Wohnsituation – 98,5 % aller Eigentümerwohnungen haben mindestens 4 Räume – treffen Hauptmieterhaushalte mit Kindern in Mietwohnungen (178 500) vergleichsweise seltener an. In Vierraumwohnungen lebten 76 400 Hauptmieterhaushalte (42,8 %), über Fünfraum- oder gar noch größere Wohnungen konnten fast ebensoviele (74 600) Haushalte verfügen (41,8). Hingegen mußten sich 23 800 Haushalte mit Kindern (13,3 %) auf ein geringeres Raumangebot von nur drei Räumen beschränken, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch Küchen zu den Räumen (Räume müssen mindestens 6 m² Wohnfläche aufweisen) gerechnet werden.

Wohnungsgröße korrespondiert mit Kinderzahl

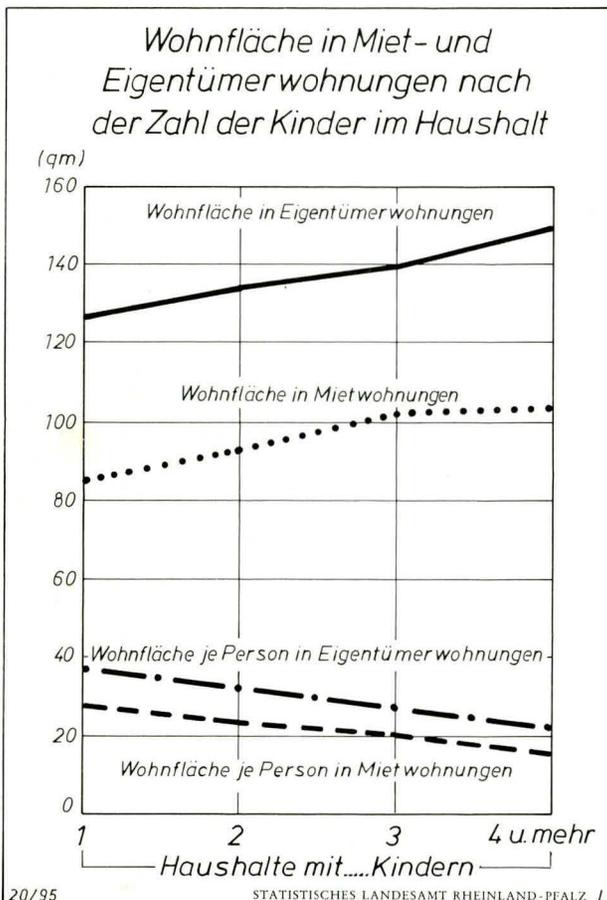
Neben der Raumzahl ist die verfügbare Wohnfläche einer der wichtigsten Indikatoren zur Beurteilung der Wohnqualität von Miet- und Eigentümerwohnungen. Unter Berücksichtigung aller Inhaberhaushalte in Wohnungen (1 541 500) errechnet sich auf Landesebene für kinderlose Haushalte (1 142 000) eine durchschnittliche Fläche je Wohnung von 91 m². Da Familien bzw. Haushalte mit Kindern mehr Wohnraum benötigen, ergeben sich für diese Haushaltstypen durchweg höhere Werte. Haushalte mit einem Kind leben im Schnitt auf einer Fläche von 106 m², bei zwei Kindern sind es 117 m², bei drei Kindern 124 m². Kinderreichen Haushalten mit vier und mehr Kindern stehen durchschnittlich gut 127 m² an Fläche zur Verfügung. Noch besser stellt sich die Wohnsituation von Eigentümerhaushalten dar, die beim Bau oder Kauf der eigenen Wohnung den Wohnraumbedarf ihrer Kinder bereits in die Planungen miteinbeziehen konnten. So nutzen Familien mit einem Kind je Wohnung gut 126 m², das sind 37 m² je Person. Mit steigender Kinderzahl nimmt

die Fläche je Eigentümerwohnung weiter zu. Haushalte mit zwei Kindern können im Mittel fast 134 m² an Fläche nutzen (32 m² je Person), bei drei Kindern sind es 139 m² (27 m²), bei vier und mehr ledigen Personen unter 18 Jahren stehen fast 150 m² je Wohneinheit (22,5 m²) für Wohnzwecke zur Verfügung.

Auf die Gesamtfläche der Wohnungen bezogen müssen Hauptmieterhaushalte deutliche Abstriche hinsichtlich der Wohnungsgröße und des damit verbundenen Wohnkomforts machen. So entfallen auf Haushalte mit einem Kind in Mietverhältnissen bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von etwas über 84 m² rund 28 m² pro Kopf. Das sind im Schnitt neun Quadratmeter weniger an Fläche als in Eigentümerwohnungen. Für Mieterhaushalte mit zwei Kindern errechnen sich Mittelwerte von gut 92 m² (23 m² je Person), bei drei Kindern sind es 102 m² (20 m²) je Person und bei Haushalten mit vier und mehr Kindern rund 104 m² (15,6 m²) je Person.

Kinderzimmer fast gleich groß

Der hinsichtlich der Gesamtgröße der Eigentümer- bzw. Mietwohnungen bestehende Wohnraumvorteil der Kinder in Eigentümerhaushalten ist bezogen auf die eigens für Kinder reservierte Wohnfläche in Kinderzimmern weit weniger gravierend. Ende September 1993 befanden sich in 227 600 Eigentümerwohnungen 381 700 Kinderzimmer (1,7 Zimmer je Wohnung) mit einer Gesamtwohnfläche von insgesamt fast 5,7 Mill. m². Die Kinderzimmer sind im Schnitt 14,8 m² groß. In den von Kindern mitbewohnten 169 200 Mietwohnungen



Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte in Wohneinheiten am 30. September 1993 nach der Zahl der selbstbewohnten Räume

Berichtsmerkmal	Haushalte	
	1 000	%
Hauptmieterhaushalte mit Kindern		
in Wohneinheiten mit . . .		
selbstbewohnten Räumen	178,5	100,0
1 und 2 Räumen	/	/
3 Räumen	23,8	13,3
4 Räumen	76,4	42,8
5 und mehr Räumen	74,6	41,8
Eigentümerhaushalte mit Kindern		
in Wohneinheiten mit . . .		
selbstbewohnten Räumen	221,2	100,0
1 und 2 Räumen	/	/
3 Räumen	/	/
4 Räumen	28,0	12,7
5 und mehr Räumen	189,7	85,8
Hauptmieterhaushalte ohne Kinder		
in Wohneinheiten mit . . .		
selbstbewohnten Räumen	551,4	100,0
1 und 2 Räumen	84,1	15,3
3 Räumen	194,9	35,3
4 Räumen	182,1	33,0
5 und mehr Räumen	90,3	16,4
Eigentümerhaushalte ohne Kinder		
in Wohneinheiten mit . . .		
selbstbewohnten Räumen	594,7	100,0
1 und 2 Räume	(8,5)	(1,4)
3 Räumen	58,3	9,8
4 Räumen	135,1	22,7
5 und mehr Räumen	392,9	66,1
Haupt- und Eigentümerhaushalte insgesamt¹⁾	1 545,8 ²⁾	-

1) Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Untermieterhaushalte. – 2) Rundungsdifferenz bedingt durch Hochrechnung.

bezahlte sich die Anzahl der Kinderzimmer auf 224 900, das sind 1,3 Zimmer je Wohnung. Der eigens für Kinder vorgesehene Wohnraum in bewohnten Mietwohnungen betrug rund 3,1 Mill. m², woraus sich eine durchschnittliche Kinderzimmerfläche von 13,7 m² errechnet. Im Vergleich zur durchschnittlichen Kinderzimmerfläche in Eigentümerwohnungen beträgt der Unterschied rund 1 m². Die Differenz zeigt, daß Kinder in Mietwohnungen trotz der insgesamt geringeren Wohnungsgrößen – bezogen auf ihre eigenen Räumlichkeiten – fast die gleichen Bewegungsmöglichkeiten haben wie Kinder in Eigentümerwohnungen.

Insgesamt stellt sich die Wohnsituation der Kinder in Rheinland-Pfalz sehr einheitlich dar. Aus der Gesamtwohnfläche aller vorhandenen Kinderzimmer (8,7 Mill. m²) errechnet sich je Raum eine Fläche von 14,4 m². Die gleichen Mittelwerte errechnen sich für den Regierungsbezirk Koblenz und Rheinhessen-Pfalz. Nur im Bezirk Trier, mit allerdings deutlich weniger bewohnten Wohnungen mit Kinderzimmern (49 700) als in Koblenz (147 600) und Rheinhessen-Pfalz (199 500), stand den Kinder etwas mehr an Wohnfläche (14,6 m²) zur Verfügung.

Bewohnte Eigentümer- und Mietwohnungen mit Kinderzimmern in Gebäuden¹⁾ am 30. September 1993

Berichtsmerkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk		
			Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz
Bewohnte Wohnungen insgesamt	1 000	396,8	147,6	49,7	199,5
Zahl der Kinderzimmer	1 000	606,6	233,8	79,8	292,9
Fläche je Kinderzimmer	m ²	14,4	14,4	14,6	14,4
Eigentümerwohnungen	1 000	227,6	89,8	29,8	108,0
Zahl der Kinderzimmer	1 000	381,7	155,5	52,0	174,2
Fläche je Kinderzimmer	m ²	14,8	14,7	14,9	14,9
Mietwohnungen	1 000	169,2	57,8	19,9	91,6
Zahl der Kinderzimmer	1 000	224,9	78,3	27,9	118,7
Fläche je Kinderzimmer	m ²	13,7	13,8	14,0	13,6

1) Ohne Wohnheimgebäude.

Wohnung teurer, Quadratmeter billiger

Der höhere Wohnraumbedarf der Haushalte mit Kindern führt zu einer höheren absoluten Mietbelastung. Ende September 1993 hatten Haushalte ohne Kinder in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 585 DM an Miete zu entrichten. Die Mietzahlungen von Haushalten mit einem Kind lagen im Schnitt um gut 100 DM darüber (689 DM). Weitere 100 DM mehr (791 DM) haben Haushalte mit zwei Kindern monatlich aufzubringen, während Mieterhaushalte, in denen drei Kinder leben, im Mittel 795 DM zu zahlen hatten. Obwohl die Mietwohnungen von Haushalten ohne Kinder in der Regel kleiner sind, errechnen sich für diesen Haushaltstyp im Vergleich höhere Quadratmetermieten. So stellt sich der

Betrag je Quadratmeter für Wohnungen kinderloser Haushalte auf 8,76 DM, während Haushalte mit einem Kind 8,40 DM, mit zwei Kindern 8,72 und mit drei Kindern 8,23 DM teilweise erheblich weniger an Miete je Quadratmeter aufzuwenden haben. Die höchsten absoluten Durchschnitts- und Quadratmetermieten wurden im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz registriert. Hier hatten Mieter ohne Kinder 604 DM je Wohnung und 9,42 DM je Quadratmeter zu zahlen, Beträge, die annähernd (9,06 bzw. 9,37 DM) auch von Familien mit einem bzw. zwei Kindern bei insgesamt höheren Wohnungsmieten (699 bzw. 830 DM) zu entrichten waren. Lediglich die noch größeren Wohnungen von Haushalten mit drei Kindern waren je Quadratmeter kostengünstiger (8,54 DM).

Haushalte mit Kindern als Inhaber von Wohnungen in Gebäuden am 30. September 1993 nach Wohnverhältnis und Fläche

Berichtsmerkmal	Inhaberhaushalte insgesamt	davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²					Fläche je	
		unter 60	60 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr	Wohnung	Person ¹⁾
		1 000					m ²	
Haushalte mit ...								
1 Kind	197,3	13,2	36,8	43,6	37,5	66,2	106,0	32,9
2 Kindern	151,8	/	19,8	28,7	26,8	72,0	117,0	28,6
3 Kindern	39,5	/	/	(6,7)	(7,9)	20,6	124,1	24,3
4 und mehr Kindern	10,9	/	/	/	/	(5,8)	127,2	19,2
Haushalte ohne Kinder	1 142,0	222,4	264,6	238,8	155,8	260,4	91,1	47,2
Eigentümerhaushalte mit ...								
1 Kind	101,9	/	(5,2)	16,5	24,3	55,1	126,3	37,0
2 Kindern	90,1	/	/	(9,0)	16,0	61,4	133,8	32,1
3 Kindern	23,6	/	/	/	/	16,8	139,1	27,1
4 und mehr Kindern	(5,6)	/	/	/	/	/	149,6	22,5
Eigentümerhaushalte ohne Kinder	594,5	26,8	85,1	130,3	117,1	235,2	111,4	49,6
Hauptmieterhaushalte mit ...								
1 Kind	95,4	12,4	31,6	27,1	13,2	11,1	84,4	27,9
2 Kindern	61,7	/	16,4	19,7	10,8	10,6	92,4	23,2
3 Kindern	16,0	/	/	(5,2)	/	/	101,9	20,1
4 und mehr Kindern	(5,3)	/	/	/	/	/	103,6	15,6
Hauptmieterhaushalte ohne Kinder	547,5	195,7	179,5	108,6	38,7	25,2	69,0	43,4

1) Bezogen auf alle in der Wohnung lebenden Personen.

Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohnungen nach monatlicher Miete, Quadratmetermiete und Mietbelastung am 30. September 1993

Verwaltungsbezirk	Haushalte			Ehepaare		
	mit			ohne Kinder	mit Kindern	ohne Kinder
	1 Kind	2 Kindern	3 Kindern			
Miete je Wohnung in DM						
Rheinland-Pfalz	689	791	795	585	760	645
Regierungsbezirk Koblenz	688	754	/	570	746	622
Regierungsbezirk Trier	(643)	(728)	/	535	711	613
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	699	830	(755)	604	779	666
Miete je Quadratmeter in DM						
Rheinland-Pfalz	8,40	8,72	8,23	8,76	8,56	8,43
Regierungsbezirk Koblenz	7,91	8,05	/	8,05	8,03	7,82
Regierungsbezirk Trier	(7,12)	(7,84)	/	7,87	7,27	7,57
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	9,06	9,37	(8,54)	9,42	9,24	9,04
Durchschnittliche Mietbelastung je Haushalt in %						
Rheinland-Pfalz	21	23	24	21	21	18
Regierungsbezirk Koblenz	20	22	/	19	21	17
Regierungsbezirk Trier	(19)	(19)	/	22	20	18
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz	21	24	(22)	22	22	19

Alleinerziehende mit Kindern häufiger in Mietwohnungen

Von insgesamt 1 545 700 Inhaberhaushalten (ohne Haushalte in Wohnheimen und ohne Untermieterhaushalte) waren nur 32 100 (2 %) Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen mit Kindern. In über 92 Prozent dieses Haushaltstyps war der alleinlebende Elternteil weiblich (29 600). Zur Miete wohnten 25 300 Haushalte mit einem Elternteil und Kindern (3,5 % der Hauptmieterhaushalte), in Wohneigentum gab es dagegen nur knapp 7 000 Haushalte dieses Typs (1 % der Eigentümerhaushalte). Aber nicht nur die alleinstehenden Frauen und Männer mit Kindern leben häufiger zur Miete als in Wohneigentum. Dies gilt generell für alleinstehende Personen. So bewohnten von 280 600 Haushalten alleinstehender Frauen 188 300 eine gemietete Wohnung (67 %), bei den Männern (146 200 Haushalte) waren es 104 700 bzw. knapp 72 Prozent. Für Haushalte mit Ehepaaren stellt sich die Wohnsituation umgekehrt dar. Diese leben vorwiegend in Wohneigentum, unabhängig davon, ob Kinder zum Haushalt gehören. So nutzen von 286 600 Haushalten mit Ehepaaren und Kindern 161 300 eigene Wohnungen bzw. Wohngebäude (56 %). Ehepaare ohne Kinder (371 000) leben zu 62 Prozent (231 300) in Eigentümerwohnungen.

Erwerb von Wohneigentum angestrebt

Ende September 1993 beabsichtigten 48 000 Haushalte mit Kindern den Erwerb von Wohneigentum. Rund 39 000 (81 %) dieser Haushalte lebten zum Zeitpunkt der Befragung noch in Mietwohnungen, 9 000 bewohnten bereits Eigentümerwohnungen. Von den zur Miete wohnenden Haushalten mit Kindern planen 15 500 den Bau oder Kauf eines neuen Hauses, 9 500 wollen ein bereits errichtetes Haus erwerben. Die restlichen Haushalte (14 000) beabsichtigen den Kauf der jetzigen Mietwohnung, einer Eigentumswohnung oder hatten sich noch nicht für die künftige Wohnungsform entschieden. In den meisten am Erwerb von Wohneigentum interessierten Haushalten lebten am Zählungstichtag ein (20 600) oder zwei Kinder (13 900). Daneben streben weitere rund 5 000 Haushalte mit drei und mehr Kindern in der näheren Zukunft den Erwerb von Wohneigentum an. Innerhalb aller Hauptmieterhaushalte ist der Eigentumswunsch bei Familien mit Kindern erwartungsgemäß stärker ausgeprägt. Sie gaben zu 22 % an, zukünftig im Wohneigentum wohnen zu wollen, während von 551 200 Mieterhaushalten ohne Kinder nur 48 800 (8 %) dieses Ziel anstreben.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

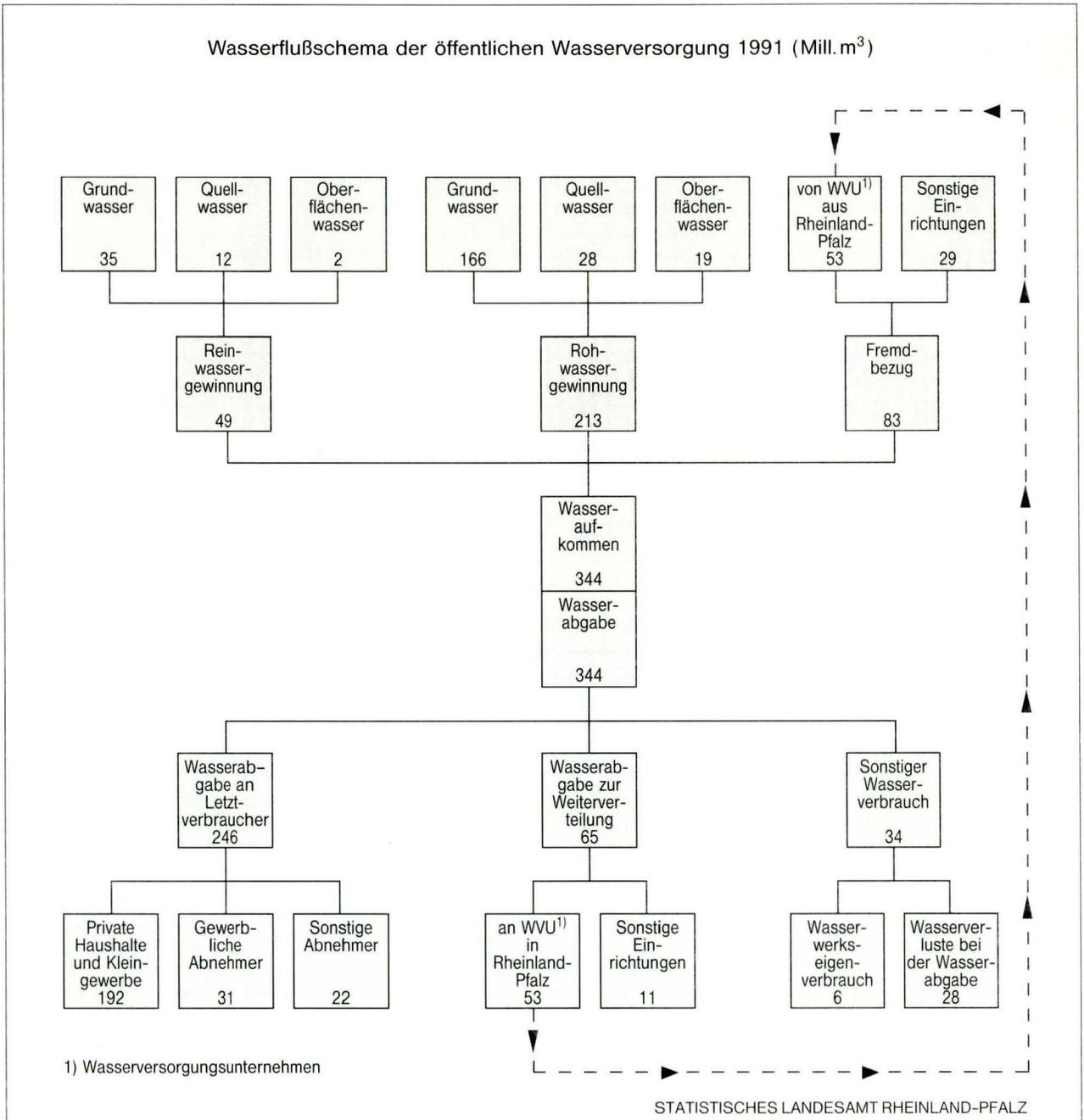
Öffentliche Wasserversorgung 1991

Im Rahmen der Umweltstatistiken werden in vierjährlichem Turnus Erhebungen über die öffentliche Wasserversorgung durchgeführt. Auskunftspflichtig zu dieser Statistik sind die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen. Gegenstand der Befragung ist die Gewinnung,

der Bezug, die Abgabe sowie die Beschaffenheit des Wassers.

Nach dem Landeswassergesetz haben die kreisfreien Städte, die verbandsfreien Gemeinden und die

Wasserflußschema der öffentlichen Wasserversorgung 1991 (Mill. m³)



Verbandsgemeinden als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung die öffentliche Wasserversorgung sicherzustellen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe können sie die Wasserversorgung ganz oder teilweise auf private Dritte übertragen. Aufgrund besonderer Vorschriften in der Gemeinde- bzw. Landkreisordnung können auch einzelne Ortsgemeinden und Landkreise Träger der öffentlichen Wasserversorgung sein. Darüber hinaus zählen zu den in die Statistik einbezogenen Versorgungsunternehmen die zur Durchführung der Wasserversorgung gebildeten Zweckverbände, die Gebietskörperschaften, denen die Aufgabe der Wasserversorgung durch eine Zweckvereinbarung übertragen wurde, sowie andere Träger (z. B. Wasserleitungsvereine, Wasserbeschaffungsverbände, Wassergenossenschaften), soweit und solange diese eine ordnungsgemäße Wasserversorgung zu angemessenen Bedingungen für die Abnehmer gewährleisten.

Konzentration schreitet fort

Mit jeweils 79 Unternehmen in den Jahren 1987 und 1991 verzeichnete jedes dritte rheinland-pfälzische Versorgungsunternehmen ein Wasseraufkommen von über 1 Mill. m³. Deren Anteil an der insgesamt gewonnenen Wassermenge hat sich in diesem Zeitraum geringfügig von 78,8 auf 79,7 % erhöht. Der Vergleichswert für das Jahr 1983 liegt bei 77,6 %. Bemerkenswert ist, daß acht der insgesamt 248 erfaßten Versorgungsunternehmen, davon vier mit einem Wasseraufkommen von über 1 Mill. m³, lediglich Wasser gewinnen oder von Dritten beziehen, dieses jedoch nicht unmittelbar selbst an Letztverbraucher, sondern an andere Wasserversorger zur Weiterleitung abgeben. Dem stehen 29 Versorger – davon vier mit einem Wasseraufkommen von über 1 Mill. m³ – gegenüber, die über keine eigenen Gewinnungsanlagen verfügen und daher eine reine Verteiler-

Wasseraufkommen der öffentlichen Versorgungsunternehmen 1991 nach Größenklassen des Wasseraufkommens

Wasseraufkommen von ... m ³	Wasser- versorgungs- unter- nehmen	Wasseraufkommen					
		insgesamt	Eigengewinnung		Fremdbezug		
			zusammen	Gewinnungs- anlagen	zusammen	von WVU ¹⁾ aus Rhein- land-Pfalz	von sonstigen Einrichtungen
		Anzahl	1 000 m ³		Anzahl	1 000 m ³	
unter 30 000	21	237	172	17	65	60	5
30 000 - 50 000	5	189	112	6	77	77	-
50 000 - 100 000	12	866	687	17	179	176	3
100 000 - 200 000	9	1 294	1 070	15	224	224	-
200 000 - 300 000	13	3 200	2 473	32	727	723	4
300 000 - 500 000	34	13 758	8 837	183	4 921	4 891	30
500 000 - 1 Mill.	75	54 852	39 831	545	15 021	13 637	1 384
1 Mill. - 3 Mill.	51	82 061	63 300	427	18 761	18 407	354
3 Mill. - 5 Mill.	12	49 711	45 386	101	4 325	4 274	51
5 Mill. - 10 Mill.	12	77 908	60 610	142	17 298	3 103	14 195
10 Mill. und mehr	4	59 954	38 939	29	21 015	7 901	13 114
I n s g e s a m t	248	344 030	261 417	1 514	82 613	53 473	29 140

1) Wasserversorgungsunternehmen.

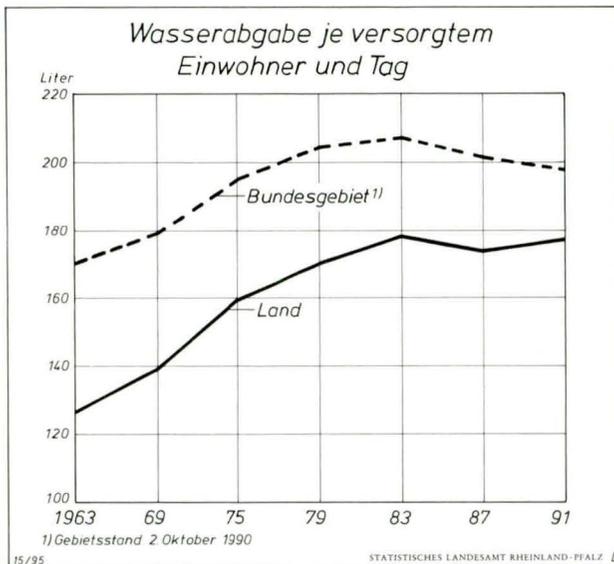
funktion wahrnehmen. Bei der Ergebnisinterpretation ist zu beachten, daß die Wasserabgabe an bzw. der Wasserbezug von rheinland-pfälzischen Versorgungsunternehmen, der zwischen 1987 und 1991 um über 30 % auf 53,5 Mill. m³ gestiegen ist, im gesamten Wasseraufkommen doppelt enthalten ist. Die Verteilungsnetze der einzelnen Unternehmen sind nicht zuletzt zur Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser untereinander stark verflochten. Lediglich 45 % der Versorgungsunternehmen decken ihren gesamten Bedarf vollständig aus eigener Gewinnung.

Neben der Eigengewinnung, auf die 1991 mit 76 % des Wasseraufkommens rund zwei Prozentpunkte weniger entfielen als im Jahre 1987, und dem Wasserbezug von anderen rheinland-pfälzischen Versorgern sichern die Versorgungsunternehmen ihren Bedarf

durch den Bezug von Wasser von Industriebetrieben, aus anderen Bundesländern oder dem Ausland. Die auf diese Beschaffungswege entfallenden Mengen werden unter der Position Fremdbezug von sonstigen Einrichtungen zusammengefaßt. Relativ unbedeutend ist hierbei mit 330 000 m³, dies entspricht einem Anteil von weniger als 1 % am Wasseraufkommen, die Wasserübernahme aus dem Ausland bzw. von Industriebetrieben. Als Fremdbezug aus anderen Bundesländern werden mit 28,8 Mill. m³ knapp 8,4 % des Wasseraufkommens ausgewiesen. Hieraus läßt sich jedoch nicht direkt auf eine Abhängigkeit der rheinland-pfälzischen Versorgungsunternehmen von Wasserzuleitungen von Versorgern mit Sitz in anderen Bundesländern schließen. Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß aus methodischen Gründen zur Vermeidung bundesweiter Doppelzählungen bei Versorgungsunternehmen mit ortsbezogenen Erhebungsmerkmalen (Gewinnungsanlagen

Wasserabgabe der öffentlichen Versorgungsunternehmen 1991 nach Größenklassen des Wasseraufkommens

Wasseraufkommen von ... m ³	Insgesamt	An Letztverbraucher				Zur Weiter- verteilung	Wasserwerks- eigen- verbrauch/ Wasserverluste
		zusammen	Haushalte und Kleingewerbe	gewerbliche Unternehmen	sonstige Abnehmer		
unter 30 000	237	218	194	5	19	10	9
30 000 - 50 000	189	167	149	5	13	-	22
50 000 - 100 000	866	824	721	5	98	-	42
100 000 - 200 000	1 294	1 123	954	141	28	-	171
200 000 - 300 000	3 200	2 596	2 212	286	98	406	198
300 000 - 500 000	13 758	11 512	10 092	631	789	561	1 685
500 000 - 1 Mill.	54 852	47 138	38 916	5 030	3 192	1 337	6 377
1 Mill. - 3 Mill.	82 061	64 509	50 757	8 589	5 163	7 120	10 432
3 Mill. - 5 Mill.	49 711	33 799	28 149	2 935	2 715	11 773	4 139
5 Mill. - 10 Mill.	77 908	37 926	28 254	4 211	5 461	33 141	6 841
10 Mill. und mehr	59 954	45 708	32 024	9 098	4 586	10 211	4 035
I n s g e s a m t	344 030	245 520	192 422	30 936	22 162	64 559	33 951



und Letztverbrauchergemeinden) in mehreren Bundesländern zwischen den beteiligten statistischen Landesämtern ein Datenaustausch vorgenommen wird. Hierdurch wird sichergestellt, daß die ortsbezogenen Merkmale auch bei den die Ländergrenzen überschreitenden Gewinnungs- bzw. Versorgungsgebieten regional richtig zugeordnet werden können. Um gleichzeitig jedoch das auf eine bilanzielle Darstellung des Wasserbezugs und der Wasserabgabe gerichtete Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren beibehalten zu können, wird die Wassergewinnung rheinland-pfälzischer Unternehmen aus Gewinnungsanlagen außerhalb von Rheinland-Pfalz als Fremdbezug von anderen Bundesländern ausgewiesen. Die Versorgung von Letztverbrauchern in anderen Bundesländern durch rheinland-pfälzische Versorgungsunternehmen wird entsprechend als Abgabe an andere Bundesländer dargestellt. Das gleiche Verfahren gilt natürlich auch für den umgekehrten Fall, daß ein Versorgungsunternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland in Rheinland-Pfalz Gewinnungsanlagen betreibt bzw. Letztverbraucher versorgt. Die ortsbezogenen Merkmale werden zu einem eigenen Versorgungsunternehmen zusammen-

gefaßt, wobei die Wasserabgabe an Letztverbraucher als Bezug aus anderen Bundesländern sowie die Gewinnung als Abgabe an andere Bundesländer ausgewiesen wird.

Läßt man die von rheinland-pfälzischen Unternehmen in anderen Bundesländern gewonnen Wassermengen, die insbesondere für die Stadtwerke Mainz und Worms eine große Bedeutung besitzen und lediglich aus den genannten methodischen Gründen als Fremdbezug ausgewiesen werden, unberücksichtigt, bleiben nur noch zwei Fälle, in denen sich Versorgungsgebiete nordrhein-westfälischer Unternehmen auf rheinland-pfälzische Gemeinden bzw. Gemeindeteile erstrecken sowie der direkte Bezug von knapp 5,4 Mill. m³ der im Kreis Altenkirchen ansässigen Versorger aus Nordrhein-Westfalen.

Gewinnungsanlagen immer leistungsfähiger

Die Eigengewinnung der Versorgungsunternehmen konzentriert sich auf immer weniger, dafür aber leistungsstärkere Anlagen. Mehrere Brunnen, Quellen bzw. Entnahmestellen aus Oberflächengewässern, die aus einem zusammenhängenden Vorkommen Wasser mit gleicher Beschaffenheit gewinnen, wurden zu einer Gewinnungsanlage zusammengefaßt. Während sich zwischen 1987 und 1991 die Zahl der von den öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen unterhaltenen Gewinnungsanlagen von 1661 um 8,9 % auf 1514 reduzierte, nahm im gleichen Zeitraum die gewonnene Wassermenge um 5,9 % auf 261,4 Mill. m³ zu. Hieraus errechnet sich eine Steigerung der durchschnittlichen Wassergewinnung je Anlage um 16,2 % auf 172 700 m³. Ursächlich für diese Entwicklung ist die von 800 auf 627 zurückgegangene Zahl kleinerer Anlagen mit einer Wassergewinnung von weniger als 30 000 m³.

Am deutlichsten reduzierte sich die Zahl der Gewinnungsanlagen im Rhein-Hunsrück-Kreis, und zwar von 77 auf 45 Anlagen. Die Menge des gewonnenen Wassers ging gleichzeitig um 12,7 % auf 3,1 Mill. m³ zurück.

Wasserabgabe der öffentlichen Versorgungsunternehmen 1957 bis 1991

Jahr	Bevölkerung mit Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung	Ins-gesamt	An Letztverbraucher					Sonstige Abnehmer	Zur Weiter- verteilung ¹⁾	Wasser- werkseigen- verbrauch/ Wasser- verluste
			zu- sammen	je versorgtem Einwohner und Tag	Haushalte und Kleingewerbe		gewerb- liche Unter- nehmen			
					zu- sammen	je versorg- tem Einwoh- ner und Tag				
	1 000	Mill. m ³	Liter	Mill. m ³	Liter	Mill. m ³				
1957	3 383,4	153,1	133,3	108,0				10,2	9,7	
1963	3 452,9	205,3	158,8	126,0				18,4	28,0	
1969	3 637,1	234,1	181,6	136,8				22,1	30,4	
1975	3 665,6	278,0	213,7	159,7				25,5	38,8	
1979	3 622,4	301,7	224,4	169,7	176,0	133,1	28,2	20,2	37,5	39,8
1983	3 624,5	317,6	235,1	177,7	188,8	142,7	26,6	19,7	47,4	35,2
1987	3 622,1	316,4	228,8	173,1	185,4	140,3	27,3	16,1	52,0	35,6
1991	3 813,0	344,0	245,5	176,4	192,4	138,3	30,9	22,2	64,6	34,0

1) Einschließlich Abgabe an andere Bundesländer.

Wassergewinnung der öffentlichen Versorgungsunternehmen 1991 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wassergewinnungsanlagen				Wassergewinnung			
	ins-gesamt	Grund-wasser	Quell-wasser	Oberflächen-wasser ¹⁾	ins-gesamt	Grund-wasser	Quell-wasser	Oberflächen-wasser ¹⁾
	Anzahl				1 000 m ³			
Kreisfreie Stadt Koblenz	6	4	1	1	5 373	334	174	4 865
Landkreise								
Ahrweiler	65	43	19	3	9 099	5 978	1 568	1 553
Altenkirchen (Ww.)	25	16	9	-	1 882	1 389	493	-
Bad Kreuznach	98	82	15	1	13 063	11 693	1 337	33
Birkenfeld	70	23	46	1	7 310	606	2 719	3 985
Cochem-Zell	39	15	21	3	2 510	1 047	686	777
Mayen-Koblenz	47	28	18	1	18 490	16 953	899	638
Neuwied	79	30	46	3	10 896	8 372	1 618	906
Rhein-Hunsrück-Kreis	45	38	7	-	3 114	2 858	256	-
Rhein-Lahn-Kreis	180	105	70	5	7 490	5 148	1 756	586
Westerwaldkreis	168	97	71	-	10 825	7 077	3 748	-
RB Koblenz	822	481	323	18	90 052	61 455	15 254	13 343
Kreisfreie Stadt Trier	8	5	2	1	2 192	1 429	188	575
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	71	31	38	2	9 652	6 715	2 894	43
Bitburg-Prüm	86	23	63	-	10 752	7 828	2 924	-
Daun	78	34	43	1	8 978	6 522	2 338	118
Trier-Saarburg	61	29	29	3	15 527	7 286	2 438	5 803
RB Trier	304	122	175	7	47 101	29 780	10 782	6 539
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1	1	-	-	3 969	3 969	-	-
Kaiserslautern	8	7	1	-	9 223	7 429	1 794	-
Landau i. d. Pfalz	5	3	2	-	780	690	90	-
Ludwigshafen a. Rhein	2	2	-	-	15 040	15 040	-	-
Mainz	7	7	-	-	1 395	1 395	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	7	2	5	-	5 093	4 899	194	-
Pirmasens	2	1	1	-	660	226	434	-
Speyer	2	2	-	-	3 858	3 858	-	-
Worms	-	-	-	-	-	-	-	-
Zweibrücken	3	3	-	-	2 586	2 586	-	-
Landkreise								
Alzey-Worms	22	17	5	-	13 694	13 508	186	-
Bad Dürkheim	54	28	26	-	7 886	6 047	1 839	-
Donnersbergkreis	14	12	2	-	2 695	2 618	77	-
Germersheim	13	13	-	-	7 701	7 701	-	-
Kaiserslautern	51	37	14	-	9 008	7 699	1 309	-
Kusel	8	5	3	-	3 634	3 573	61	-
Südliche Weinstraße	65	24	38	3	8 763	2 955	5 405	403
Ludwigshafen	14	14	-	-	7 607	7 607	-	-
Mainz-Bingen	38	16	20	2	11 838	10 423	952	463
Pirmasens	72	33	39	-	8 834	7 000	1 834	-
RB Rheinhessen-Pfalz	388	227	156	5	124 264	109 223	14 175	866
Rheinland-Pfalz	1 514	830	654	30	261 417	200 458	40 211	20 748
Kreisfreie Städte	51	37	12	2	50 169	41 855	2 874	5 440
Landkreise	1 463	793	642	28	211 248	158 603	37 337	15 308

1) Uferfiltrat, See- und Talsperrenwasser, Flußwasser und angereichertes Grundwasser.

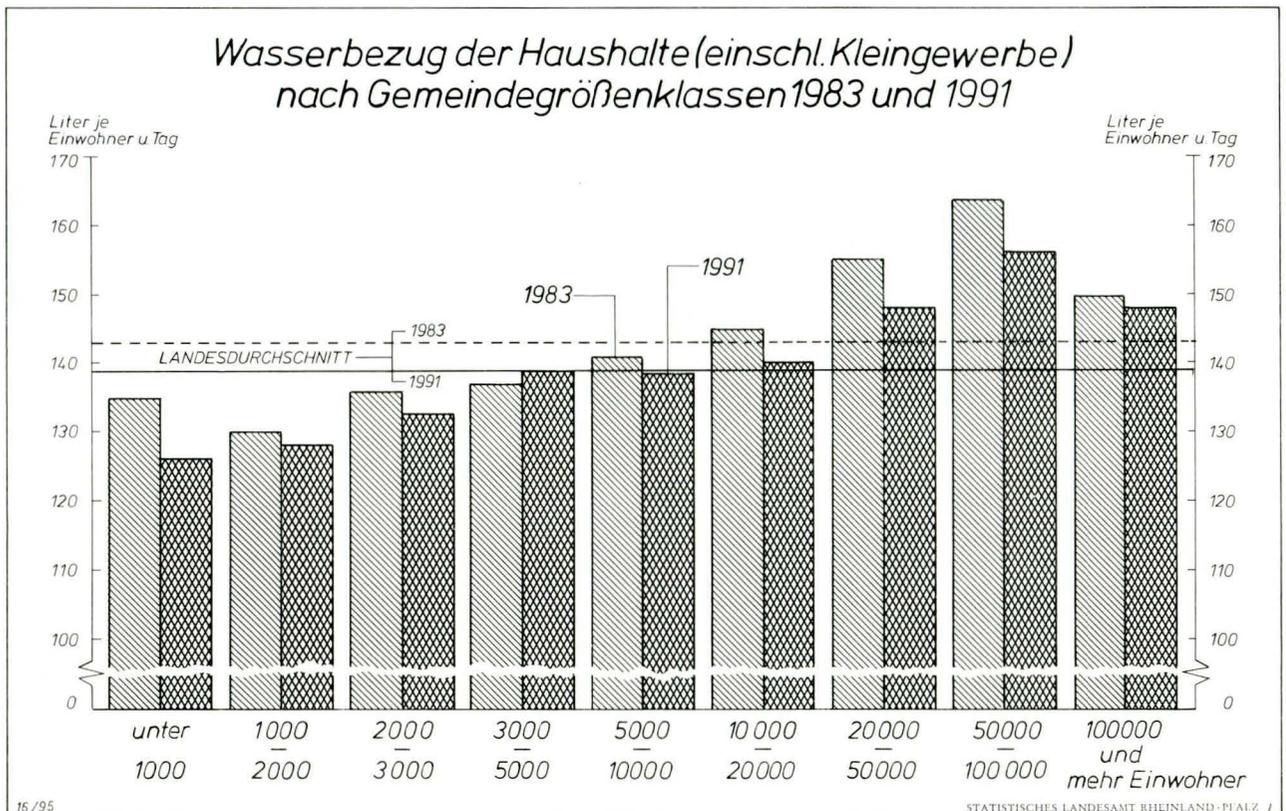
Damit erreichte der Rhein - Hunsrück - Kreis mit 51,5 % nach dem Kreis Altenkirchen (30,7 %) den geringsten Deckungsgrad aller Landkreise, berechnet als Anteil des im Landkreis gewonnenen Wassers an dem Wasserbezug der Letztverbraucher. Deutlich zurückgegangen ist die Zahl der Gewinnungsanlagen auch im Landkreis Ahrweiler und im Westerwaldkreis (jeweils um 23) sowie im Landkreis Bitburg - Prüm (um 22). In diesen Gebieten führte jedoch die Ausweitung bestehender sowie die Erschließung neuer Gewinnungsmöglichkeiten zu einem Anstieg des gewonnenen Wassers. Die Steigerungsraten betragen im Landkreis Bitburg - Prüm 34,7 %, im Westerwaldkreis 5,9 % und im Kreis Ahrweiler 5,6 %. Obwohl trotz dieser Veränderungen in den drei genannten Landkreisen die durchschnittlich gewonnene Wassermenge je Gewinnungsanlage auch weiterhin unter dem Landesmittel liegt, errechnet sich für diese Kreisgebiete ein Deckungsgrad von über 100 %.

Demographische Entwicklung bestimmt Trinkwasserbedarf

Die Steigerungsrate der an rheinland - pfälzische Letztverbraucher abgegebenen Wassermenge lag zwischen 1957 und 1969 bei 2,6 % im Jahresdurchschnitt. Für die 70er Jahre errechnet sich nur noch ein durchschnittlicher Anstieg von 2,1 %. Nach einem weiteren leichten Anstieg zu Beginn der 80er Jahre konnte für den Zeitraum zwischen 1983 und 1987 erstmals ein Rückgang der Wasserabgabe, und zwar um 0,6 % im Jahresdurchschnitt festgestellt werden. Auf der Basis der Vergleichszahlen des Jahres 1991 errechnet sich für die folgende Vierjahresperiode wieder ein Anstieg

der Wasserabgabe, und zwar um 1,8 % im Jahresdurchschnitt. Unabhängig davon, daß der Wasserbezug der Letztverbraucher im jeweiligen Berichtsjahr nicht nur das Ergebnis langfristiger Entwicklungen, sondern auch von klimatischen Besonderheiten ist, was die Interpretation der Daten erschwert, lassen sich doch einige grundsätzliche Aussagen über Entwicklungstendenzen des Trinkwasserbedarfs treffen.

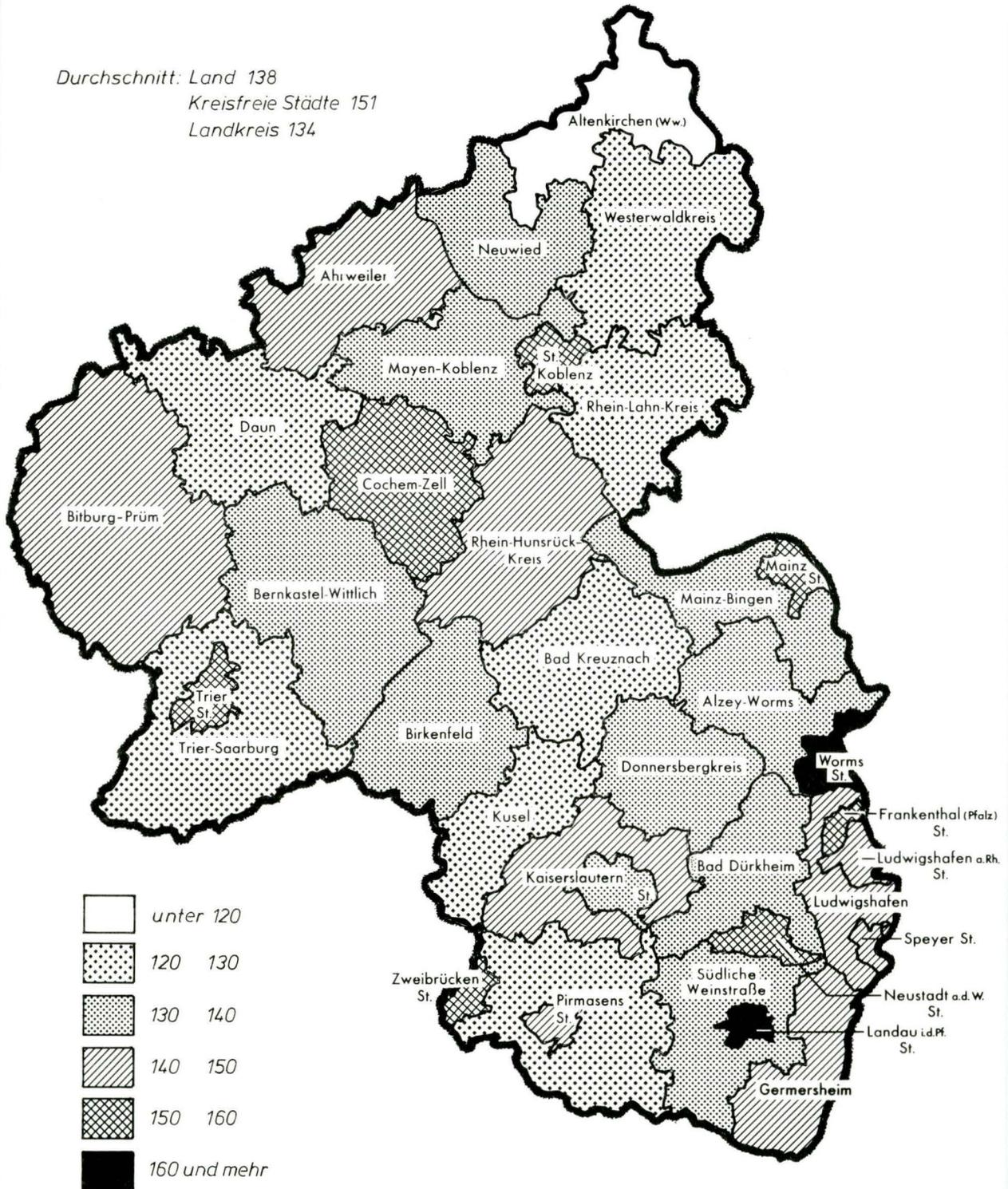
Bis zum Beginn der 70er Jahre ging die steigende Wasserabgabe an Letztverbraucher mit einer stetig wachsenden Zahl der versorgten Einwohner einher. Für die wachsende Zahl der versorgten Einwohner spielten demographische Entwicklungen eine weitaus größere Rolle als die Zunahme des Anschlußgrades der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung, der bereits im Jahre 1963 bei rund 99 % gelegen hatte. Da der in den 70er Jahren mit etwa gleichen Raten weiter ansteigende Wasserbedarf von rückläufigen Bevölkerungszahlen begleitet wurde, errechnet sich für den Pro-Kopf-Verbrauch mit 2,2 % sogar eine noch höhere jährliche Steigerungsrate als für die Periode von 1957 bis 1969 mit 2,0 %. Erst im Laufe der 80er Jahre, vermutlich sowohl als Folge der ansteigenden Wasserpreise als auch des wachsenden Umweltbewußtseins und des damit verbundenen Einsatzes wassersparender Techniken sowie des erreichten Sättigungsgrades bei der Ausstattung der Wohnungen und Haushalte mit Bädern, Duschen und Waschmaschinen, hat eine Konsolidierung des Trinkwasserverbrauchs bezogen auf die Zahl der versorgten Einwohner eingesetzt. Die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate des Pro-Kopf-Verbrauchs lag bei 1,2 % für die Periode von 1979 bis 1983, bei - 0,7 % (1983 bis 1987) und bei 0,5 % für den Zeitraum von 1987 bis 1991. Dies bedeu-



Wasserbezug der Haushalte (einschl. Kleingewerbe) 1991 in den Verwaltungsbezirken

(Liter je Einwohner und Tag)

Durchschnitt: Land 138
Kreisfreie Städte 151
Landkreis 134



Wasserbezug der Letztverbraucher 1991 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ge- meinden	Bevölkerung			Wasserbezug der Letztverbraucher				
		ins- gesamt	mit Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung		ins- gesamt	Haushalte und Kleingewerbe		ge- werbliche Unter- nehmen	sonstige Abnehmer
						ins- gesamt	je versorgtem Einwohner		
		Anzahl		%	1 000 m ³		l/Tag	1 000 m ³	
Kreisfreie Stadt Koblenz	1	109 046	109 046	100,0	7 654	6 269	157,5	122	1 263
Landkreise									
Ahrweiler	74	118 344	118 058	99,8	6 747	6 186	143,6	135	426
Altenkirchen (Ww.)	119	128 655	127 202	98,9	6 124	5 258	113,2	604	262
Bad Kreuznach	119	150 934	150 669	99,8	9 941	6 986	127,0	1 733	1 222
Birkenfeld	96	87 927	87 584	99,6	5 475	4 182	130,8	482	811
Cochem-Zell	91	63 045	62 936	99,8	3 980	3 606	157,0	245	129
Mayen-Koblenz	85	196 474	196 319	99,9	12 144	9 677	135,0	1 560	907
Neuwied	62	166 388	165 427	99,4	9 436	8 177	135,4	842	417
Rhein-Hunsrück-Kreis	133	96 177	96 173	100,0	6 043	5 022	143,1	450	571
Rhein-Lahn-Kreis	137	122 851	122 045	99,3	6 885	5 433	122,0	627	825
Westerwaldkreis	191	182 754	182 670	100,0	9 867	8 344	125,1	1 146	377
RB Koblenz	1 108	1 422 595	1 418 129	99,7	84 296	69 140	133,6	7 946	7 210
Kreisfreie Stadt Trier	1	98 752	98 752	100,0	7 692	5 670	157,3	1 270	752
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	108	109 339	108 897	99,6	8 056	5 441	136,9	1 100	1 515
Bitburg-Prüm	237	92 253	92 096	99,8	7 326	5 025	149,5	503	1 798
Daun	109	59 824	59 610	99,6	4 962	2 793	128,4	1 401	768
Trier-Saarburg	103	128 887	128 541	99,7	7 229	5 933	126,5	578	718
RB Trier	558	489 055	487 896	99,8	35 265	24 862	139,6	4 852	5 551
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1	47 087	47 087	100,0	3 217	2 633	153,2	441	143
Kaiserslautern	1	100 541	100 541	100,0	7 200	4 784	130,4	1 420	996
Landau i. d. Pfalz	1	37 985	37 985	100,0	2 904	2 289	165,1	335	280
Ludwigshafen a. Rhein	1	165 368	165 268	99,9	14 868	8 489	140,7	5 519	860
Mainz	1	182 867	182 867	100,0	14 140	10 515	157,5	2 123	1 502
Neustadt a. d. Weinstr.	1	52 687	52 681	100,0	3 503	2 910	151,3	58	535
Pirmasens	1	47 801	47 801	100,0	3 206	2 540	145,6	351	315
Speyer	1	47 456	47 164	99,4	3 197	2 428	141,0	414	355
Worms	1	77 429	77 399	100,0	6 692	4 773	169,0	1 125	794
Zweibrücken	1	34 645	34 645	100,0	2 255	1 907	150,8	225	123
Landkreise									
Alzey-Worms	69	107 672	107 516	99,9	5 505	5 203	132,6	272	30
Bad Dürkheim	48	126 313	126 105	99,8	8 445	6 393	138,9	1 598	454
Donnersbergkreis	81	71 377	70 747	99,1	4 000	3 464	134,1	262	274
Germersheim	31	112 059	111 818	99,8	7 259	5 823	142,7	1 014	422
Kaiserslautern	50	102 701	102 254	99,6	6 346	5 251	140,7	475	620
Kusel	98	77 732	77 673	99,9	4 070	3 450	121,7	314	306
Südliche Weinstraße	75	102 525	102 525	100,0	5 916	4 992	133,4	556	368
Ludwigshafen	25	137 426	137 338	99,9	7 819	7 343	146,5	400	76
Mainz-Bingen	66	175 529	175 273	99,9	10 275	8 715	136,2	1 005	555
Pirmasens	84	102 385	102 277	99,9	5 142	4 518	121,0	231	393
RB Rheinhessen-Pfalz	637	1 909 585	1 906 964	99,9	125 959	98 420	141,4	18 138	9 401
Rheinland-Pfalz	2 303	3 821 235	3 812 989	99,8	245 520	192 422	138,3	30 936	22 162
Kreisfreie Städte	12	1 001 664	1 001 236	100,0	76 528	55 207	151,1	13 403	7 918
Landkreise	2 291	2 819 571	2 811 753	99,7	168 992	137 215	133,7	17 533	14 244

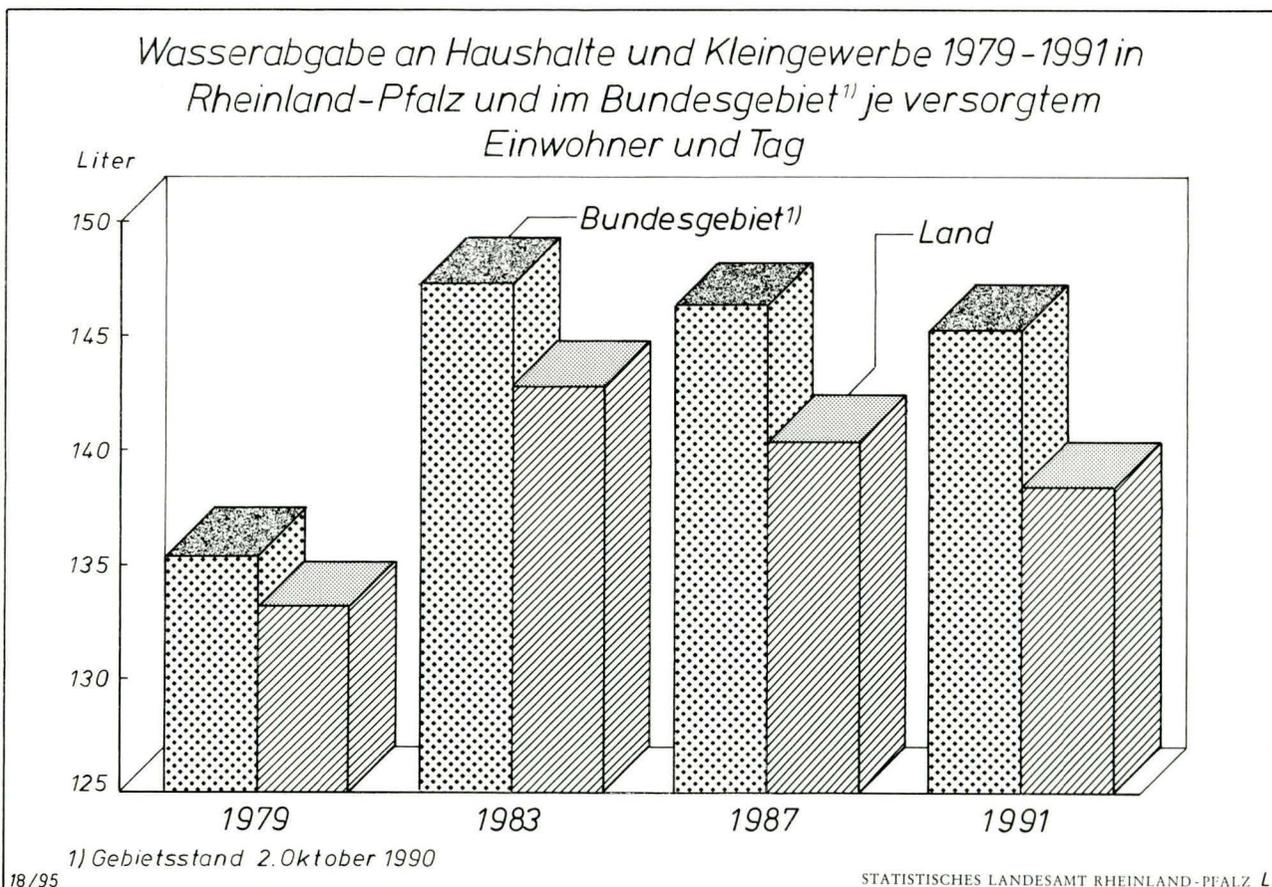
tet, daß die Zunahme des Trinkwasserbedarfs zwischen 1983 und 1991 um 4,4 % von einer um 5,2 % wachsenden Einwohnerzahl überkompensiert wurde.

Ab dem Berichtsjahr 1979 liegen für die Wasserabgabe der öffentlichen Versorgungsunternehmen differenzierte Angaben nach drei Letztverbrauchergruppen vor. Es wird unterschieden zwischen dem Wasserbezug der privaten Haushalte (einschl. Kleingewerbe), der gewerblichen Unternehmen und der sonstigen Abnehmer. Zur Gruppe der sonstigen Abnehmer zählen insbesondere die Bundeswehr, ausländische Stationierungstreitkräfte, Krankenhäuser sowie die Abgabe für öffentliche Zwecke. Hierunter ist die Lieferung an Schulen, Schwimmbäder, städtische Verwaltungsgebäude u.ä. Einrichtungen zu verstehen. Diese Differenzierung der Wasserabgabe ist für die Auskunftspflichtigen zum Teil mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Oftmals erfolgte die geforderte Untergliederung erst nach ausdrücklicher Rückfrage verbunden mit dem Hinweis, auf die sich bei einer Beibehaltung des zusammengefaßten Ausweises unter der Position „Abgabe an Private Haushalte und Kleingewerbe“ ergebenden unplausiblen Pro-Kopf-Verbrauchswerte. Daß das Erhebungsziel einer nach Abnehmergruppen differenzierten Darstellung des Wasserverbrauchs in den vergangenen Erhebungen immer besser erreicht wurde, zeigt allein die Tatsache, daß die Meldungen der Versorgungsunternehmen für das Jahr 1991 in 698 Gemeinden – gegenüber 506 Gemeinden im Jahre 1979 – eine Wasserabgabe an gewerbliche Unternehmen sowie in 994 Gemeinden – gegenüber 708 Gemeinden im Jahre 1979 – eine Wasserabgabe an mindestens einen

der Gruppe der sonstigen Abnehmer zuzurechnenden Verbraucher ausweist. Von dem insgesamt im Jahre 1991 an Letztverbraucher abgegebenen Wasser entfielen mit 192,4 Mill. m³ über 78 % auf die Gruppe der privaten Haushalte und kleingewerblichen Betriebe. 12,6 % wurden von gewerblichen Unternehmen und 9 % von sonstigen Abnehmern nachgefragt.

Pro-Kopf-Verbrauch 138 Liter täglich

Aus der Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe errechnet sich für das Jahr 1991 ein Pro-Kopf-Verbrauch von 138,3 Liter am Tag. Dies entspricht einem Rückgang um 2,0 Liter gegenüber 1987 und 4,4 Liter gegenüber 1983. Um feststellen zu können, ob der seit 1983 zu beobachtende Rückgang der einwohnerbezogenen Verbrauchswerte tatsächlich auf eine Abnahme des Trinkwasserbedarfs zurückzuführen ist oder die Folge einer exakteren Differenzierung der Wasserabgabe nach Verbrauchergruppen ist, muß die Entwicklung des Trinkwasserverbrauchs in Abhängigkeit von Änderungen der Meldeweise der Versorgungsunternehmen untersucht werden. Hierzu werden vier verschiedene Gemeindegruppen unterschieden. Die erste Gruppe umfaßt alle Gemeinden, die sowohl 1983 als auch 1991 eine Wasserabgabe an gewerbliche Unternehmen oder sonstige Abnehmer ausweisen. Sie umfaßt 705 Gemeinden und repräsentiert, da alle großen Städte zu dieser Gruppe gehören, über 70 % des gesamten Wasserbezugs von Haushalten und kleingewerblichen Betrieben. Mit einem Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs von 142,6 auf 140,6 Liter je Tag fällt



die Abnahme des Wasserverbrauchs in diesen Gebieten nur etwa halb so hoch aus wie für das gesamte Land. Für knapp 840 überwiegend kleinere Gemeinden (Repräsentationsgrad 15 %) wurde für die Jahre 1983 und 1991 ausschließlich eine Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe gemeldet. Für diese Gemeinden, bei denen im Gegensatz zur erstgenannten Gruppe auch eine geänderte Zuordnung einzelner Verbraucher zur jeweiligen Abnehmergruppe keine Auswirkung haben kann, ergibt sich ein Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs seit 1983 von 135,3 um 2,9 auf 132,4 Liter je Tag.

Ein erwartungsgemäß anderes Bild zeigt sich bei der Betrachtung der Gemeinden, die 1991 eine Wasserabgabe an gewerbliche Unternehmen oder sonstige Abnehmer ausweisen und in denen 1983 noch die gesamte Wasserabgabe den privaten Haushalten (einschl. Kleingewerbe) zugerechnet wurde. In diesen rund 530 Gemeinden (Repräsentationsgrad 10,6 %) schlägt sich die zwischenzeitlich erfolgte differenzierte Darstellung der Wasserabgabe in einer Abnahme des Pro-Kopf-Verbrauchs von 163,0 auf 133,4 Liter am Tag nieder. Für 230 Gemeinden (Repräsentationsgrad 3,7 %), die 1991 ausschließlich eine Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe ausweisen, wurde 1983 noch ein Wasserbezug von gewerblichen Unternehmen

oder sonstigen Abnehmern gemeldet. Hierbei handelt es sich mit Ausnahme einiger Gemeinden, bei denen in den letzten Jahren ausländische Stationierungsstreitkräfte bzw. Einheiten der Bundeswehr als Nachfrager weggefallen sind, überwiegend um Gebiete, bei denen zwischenzeitlich kein gesonderter Ausweis der Wasserabgabe an kleinere landwirtschaftliche Betriebe mehr erfolgt. Ursache hierfür ist in den seltensten Fällen die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe oder der Wegfall differenzierter Meßvorrichtungen, sondern die geänderte Zuordnung von Abnehmern, bei denen eine Unterscheidung zwischen privatem und landwirtschaftlichem Verbrauch nicht möglich ist. Dies erklärt auch die sich errechnende Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauchs von dem mit 117,1 Liter je Tag sehr niedrigen Ausgangswert des Jahres 1983 auf nunmehr 134,0 Liter.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs um 3,1 % zwischen 1983 und 1991 zwar durch die differenzierte Meldeweise der Auskunftspflichtigen etwas überzeichnet ist, jedoch deutlich über der sich für die alten Bundesländer aus vorläufigen Ergebnissen errechnenden Abnahme von 1,4 % liegt.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hermann-Josef Welz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 852	3 904	3 922	3 926	3 928
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	1 207	2 145	722 ^P	1 401 ^P	1 182 ^P	2 192 ^P	726 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	3,7	6,4	2,2 ^P	4,2 ^P	3,7 ^P	6,6 ^P	2,2 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 152	3 295	2 812 ^P	3 387 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	9,8	9,9	8,4 ^P	10,1 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 731	4 024	3 773 ^P	3 583 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	11,6	12,1	11,3 ^P	10,7 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	24	25	15 ^P	17 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	7,0	7,1	4,6 ^P	4,9 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	- 579	- 729	- 961 ^P	- 196 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	- 1,8	- 2,2	- 2,9 ^P	- 0,6 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	11 043	11 679	9 937
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	7 559	7 738	6 998
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	3 484	3 941	2 939
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	13 840	16 804	12 911
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	126 450	133 747	145 485	124 622	125 976	132 936	145 406
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	70 905	76 761	84 994	69 448	70 850	76 425	86 007
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	.	7 093	.	.	.	6 949	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	.	47 756	.	.	.	44 503	.
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	8,0	8,5	9,2	7,8	7,9	8,4	9,2
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	13 572	14 127	16 576	15 528	14 371	15 591	18 908
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	.	665	.	.	.	644	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	.	3 238	.	.	.	3 699	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	34 649	34 919	31 671	6 483	7 239	5 714	8 700
Männer	Anzahl	9 875	28 635	28 981	29 599	25 907	4 493	5 024	4 229	6 899
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 269	13 805	15 287	14 751	13 751	13 901	14 274	14 367	13 104
* Rinder	t	4 755	4 111	4 669	4 417	3 910	4 013	4 421	4 383	3 673
* Kälber	t	33	29	35	49	20	27	33	49	20
* Schweine	t	9 354	9 550	10 456	10 132	9 730	9 765	9 697	9 805	9 340
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 784	61 723	55 133	58 269	60 283	60 935	56 293	59 257	61 531
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 579	2 579	2 525	2 470	2 472	2 472	...
* Beschäftigte	1000	385	357	348	346	343	334	333	331	...
* Arbeiter ⁸⁾	1000	258	235	228	226	222	219	219	217	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	33 985	30 320	30 380	28 106	26 119	28 942	29 760	27 565	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	2 013	2 056	1 547	1 577	1 997	2 116	...
* Löhne	Mill. DM	997	932	1 105	1 070	833	883	1 101	1 083	...
* Gehälter	Mill. DM	788	774	908	986	714	694	895	1 033	...
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 367	8 645	7 726	9 331	9 184	9 422	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 823	3 091	2 777	3 528	3 455	3 610	...
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	33,7	35,8	35,9	37,8	37,6	38,3	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	271	260	.	298	.	.	270	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	807	697	.	643	.	.	853	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	126	105	.	115	.	.	125	.
davon									
* leichtes Heizöl	1 000t	50	47	.	50	.	.	43	.
* schweres Heizöl	1 000t	76	58	.	65	.	.	83	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 108	1 072	1 092	1 176	1 184	1 155
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	286	290	282	260	275	290
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)									
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	112	117	99	123	139	137
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	114	103	108	122	122	115
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	114	94	85	140	132	111
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	119	109	114	125	125	122
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	96	130	72	115	157	170
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	93	214	72	140	259	321
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	72	64	48	83	83	70
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	120	104	111	121	125	112
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	44	36	52	32	37	33
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	173	173	158	184	194	159
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	466	462	475	471	493	528
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	3 785	3 577	3 563	3 340	3 263	3 406
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 918	1 699	1 683	1 583	1 628	1 600
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	2 306	2 311	2 324	2 197	2 101	2 306
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	656	627	628	556	554	668
Handwerk⁷⁾									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	.	84	.	.	.	82
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	.	205	.	.	.	201
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	59 709	59 172	57 638	61 495	60 116	59 546
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 268	28 157	27 757	28 617	28 244	27 899
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 399	15 996	15 136	16 996	16 365	16 172
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	6 310	4 980	5 202	6 994	6 894	5 570
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	4 267	3 443	3 739	4 849	4 875	3 926
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 593	2 047	2 244	3 137	3 151	2 529
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	21	32	34	37	24	24
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 653	1 364	1 461	1 675	1 700	1 373
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	2 043	1 537	1 463	2 145	2 019	1 644
Hochbau	1 000	433	413	415	324	316	363	366	288
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 628	1 213	1 147	1 782	1 653	1 356
Straßenbau	1 000	981	939	876	636	590	978	915	745
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	360	237	204	252	374	263
* Löhne	Mill. DM	194	194	286	182	158	200	297	204
* Gehälter	Mill. DM	48	51	74	55	45	52	78	59
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	877	926	605	923	992	1 047

1) 1t Steinkohleneinheit (1t SKE) = 1t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	946	1 026	994	1 029	1 029	1 173	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	517	570	583	539	539	679	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	207	204	208	242	243	202	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	222	252	203	248	247	292	...
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 160	1 326	1 227	1 369	1 309	1 441	1 385	1 605	...
* Wohnfläche	1000 m ²	203	235	224	249	237	256	251	289	...
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	10 391	11 505	10 878	11 838	11 566	13 328	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	509	563	531	611	592	661	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	3	5	1	2	1	2	...
Unternehmen	Anzahl	128	128	103	136	100	152	134	286	...
Private Haushalte	Anzahl	816	925	840	885	893	875	894	885	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	164	152	158	163	189	155	...
* Umbauter Raum	1000 m ³	987	800	622	890	644	750	901	858	...
* Nutzfläche	1000 m ²	154	125	114	122	115	124	132	183	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	167	150	214	212	205	277	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	32	24	27	20	37	21	...
Unternehmen	Anzahl	138	120	126	124	125	135	143	129	...
Private Haushalte	Anzahl	8	7	6	4	6	8	9	5	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	2 737	3 157	3 064	3 162	3 168	3 625	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 499	2 572	2 670	2 430	3 175
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 286	1 364	1 260	1 320	1 742
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	190	186	179	175	254
Dänemark	Mill. DM	50	40	44	45	44	53
Frankreich	Mill. DM	418	346	360	373	382	501
Griechenland	Mill. DM	31	22	18	20	17	19
Großbritannien	Mill. DM	270	231	255	205	239	347
Irland	Mill. DM	12	10	10	8	10	12
Italien	Mill. DM	257	183	211	166	200	254
Niederlande	Mill. DM	217	165	180	168	157	171
Spanien	Mill. DM	114	80	85	83	79	111
Portugal	Mill. DM	26	18	15	14	17	20
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	177	211	196	211
Japan	Mill. DM	63	55	49	73	67	79
Entwicklungsländer	Mill. DM	394	339	353	404	295	374
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104	138	137	183	130	157
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 967	1 990	1 898	1 620	2 143
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	1 016	998	902	810	1 172
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	171	156	127	102	204
Dänemark	Mill. DM	46	34	32	33	29	21
Frankreich	Mill. DM	300	265	259	260	207	398
Griechenland	Mill. DM	7	6	3	1	3	3
Großbritannien	Mill. DM	108	94	86	70	81	72
Irland	Mill. DM	12	11	11	11	4	23
Italien	Mill. DM	190	168	177	174	148	188
Niederlande	Mill. DM	213	163	153	123	144	154
Spanien	Mill. DM	103	83	86	88	71	86
Portugal	Mill. DM	21	23	35	14	20	22
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	163	180	143	194
Japan	Mill. DM	120	109	110	126	80	79
Entwicklungsländer	Mill. DM	286	251	250	230	243	233
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	64	72	74	47	116

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	99,5	100,1	97,1	98,6	98,6	99,0	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	133,4	155,9	108,3	127,6	130,3	160,6	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,4	108,8	106,8	109,5	109,9	109,0	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	128,3	128,2	100,0	134,8	136,1	131,9	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	88,8	87,4	82,4	92,9	91,5	88,2	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	92,2	91,4	84,6	99,2	99,5	94,5	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	102,8	105,9	92,7	134,2	106,1	110,4	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	101,7	96,4	78,3	152,1	100,1	99,9	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	102,5	111,6	92,7	121,1	108,9	116,8	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	525	498	389	286	238	779	384	287	...
* Ausländer	1000	115	106	64	51	46	127	66	55	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 828	1 736	1 272	1 037	865	2 586	1 273	1 054	...
* Ausländer	1000	378	344	194	167	142	386	177	172	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 428	1 317	1 348	1 097	1 200	1 517	1 519	1 392	...
* Güterversand	1000 t	956	890	885	726	882	1 062	1 133	915	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	11 055	10 348	12 687	12 318	11 728	11 096	12 223
Krafträder	Anzahl	803	936	174	130	319	323	221	201	268
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	10 126	9 368	11 614	11 101	10 669	10 049	11 170
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	559	583	545	659	613	609	592
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	85	138	99	143	123	135	117
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 302	1 552	1 275	1 565	1 403	1 323 ^P	1 240 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 479	9 715	8 052	8 369	8 080	8 095 ^P	7 621 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	1 821	2 161	1 766	2 198	1 946	1 829 ^P	1 688 ^P
* Getötete	Anzahl	39	40	40	50	28	28	44	38 ^P	23 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	26	29	24	15	33	23 ^P	16 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	2	2	-	4	4	3 ^P	1 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	3	-	2	4	2 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	6	8	14	4	5	3	9 ^P	4 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	467	510	424	537	496	436 ^P	407 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	349	361	295	323	307
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	31	23	32	74	49
Radfahrer	Anzahl	58	56	21	26	23	52	46
Fußgänger	Anzahl	57	57	48	85	63	55	66
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	75	87	87	67	68	97	94
Angemeldete Forderungen	1000 DM	57 183	49 827	48 268	125 084	47 490	36 313	51 658	79 999	54 411
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	3	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	· 112 376	·	·	·	119 477	·	
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	· 110 428	·	·	·	117 459	·	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	· 20 046	·	·	·	20 750	·	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	· 19 205	·	·	·	19 956	·	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	· 841	·	·	·	794	·	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	· 10 247	·	·	·	9 450	·	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	· 8 745	·	·	·	8 431	·	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	· 1 502	·	·	·	1 019	·	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	· 80 135	·	·	·	87 259	·	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	· 71 424	·	·	·	78 424	·	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	· 8 711	·	·	·	8 835	·	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	· 104 081	·	·	·	106 975	·	
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	· 18 567	·	·	·	19 211	·	
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	· 42 122	·	·	·	40 248	·	
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	· 43 392	·	·	·	47 516	·	
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	3 646	4 306	3 250	2 407	3 380	5 159	2 991
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	1 391	2 379	1 113	759	1 482	2 419	1 314
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	1 341	1 397	1 033	811	1 360	1 444	1 224
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	181	187	557	–	–6	–6	557	–	–6
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	–23	577	–117	–119	–86	528	–167
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	21	23	81	75	38	73	165
* Zinsabschlag	Mill. DM	–	32	74	21	150	16	84	16	126
* Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	–	15	54	–	–	–	66	–	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	–22	360	–34	–24	26	358	–35
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. DM	22	1	–26	–	–	–	42	–	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	2 255	1 927	2 136	1 648	1 959	2 740	1 678
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	938	707	780	711	745	616	688
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 317	1 219	1 356	937	1 214	2 124	990
* Zölle	Mill. DM	11	215	231	249	206	215	151	295	185
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	454	1 222	14	427	441	1 080	12
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	0	0	472	1	0	0	60	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	443	1 207	8	418	426	1 072	4
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	5	10	0	5	3	4	3
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	150	90	84	88	154	101	83
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	70	2	2	9	63	9	2
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	52	50	44	57	52	53	70
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	3	4	15	3	7	7	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchsteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	.	662	
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	7	
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	.	107	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	.	459	
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	.	75	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	2 478	3 492	1 919	1 909	2 371	3 905	1 649
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	592	1 040	545	390	655	1 061	658
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 432	1 214	1 359	1 069	1 276	1 741	975
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	1 089	1 473	869	727	1 040	1 515	1 009
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	582	1 038	476	323	607	1 054	566
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	358	315	308	271	278	315	354
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	.	1 545	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	.	369	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	.	974	
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	120,9	121,1	122,2	124,0	124,2	124,4	125,0
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,3	114,5	114,8	116,6	116,4	116,6	117,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	105,7	110,5	111,2	.	.	.	113,6	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	.	.	23,94	24,60
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	.	.	24,85	25,46
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	.	.	26,37	27,03
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	.	.	23,67	24,43
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	.	.	21,02	21,52
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	.	.	18,10	18,65
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	.	.	17,64	18,04
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	.	.	37,6	39,4
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	.	.	37,7	39,7
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	.	.	37,0	37,6
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	.	.	5 676	5 792
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	.	.	5 156	5 243
männlich	DM	5 860	6 036	.	.	6 121	6 200
weiblich	DM	3 905	4 067	.	.	4 110	4 190
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	.	.	6 087	6 234
männlich	DM	6 045	6 203	.	.	6 226	6 375
weiblich	DM	4 429	4 613	.	.	4 614	4 736
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	.	.	4 125	4 257
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	.	.	4 109	4 243
männlich	DM	4 591	4 839	.	.	4 866	5 036
weiblich	DM	3 198	3 346	.	.	3 477	3 568

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 699	65 720	65 740
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ³⁾	36 772 ^{p3)}	36 468 ^{p3)}	23 716 ^{p3)}	39 566 ^{p3)}	53 284 ^{p3)}	30 303 ^{p3)}	23 318 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ³⁾	66 246 ^{p3)}	64 607 ^{p3)}	61 553 ^{p3)}	62 729 ^{p3)}	65 388 ^{p3)}	61 758 ^{p3)}	61 196 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ³⁾	74 240 ^{p3)}	69 822 ^{p3)}	77 277 ^{p3)}	82 423 ^{p3)}	67 995 ^{p3)}	73 300 ^{p3)}	71 774 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 361 ³⁾	- 7 994 ^{p3)}	- 5 215 ^{p3)}	- 15 724 ^{p3)}	- 19 694 ^{p3)}	- 2 607 ^{p3)}	- 11 542 ^{p3)}	- 10 578 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 359	2 408	2 514	2 452	2 446	2 450	2 545
Männer	1 000	983	1 277	1 315	1 351	1 442	1 377	1 374	1 380	1 460
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	8,5	8,7	9,1	8,8	8,8	8,8	9,2
Offene Stellen	1 000	324	243	201	189	183	241	230	216	212
Kurzarbeiter	1 000	283	767	660	636	556	148	153	150	117
Männer	1 000	213	615	525	511	452	110	113	114	91
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 674	6 635	6 578	6 365	6 386	6 312	6 268
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	573	569	519	557	540	551	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	155 447	157 221	161 951	171 522	159 680	168 695	170 528
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	41 585	42 662	44 949	48 466	45 202	48 501	49 491
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)										
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	119	111	116	115	110	122	118	123	117
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	113	110	116	113	101 ^f	123	122	122	109
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	113	114	116 ^f	124	115	123	125
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	120	113	121	120	105 ^f	123	117	121	107
	1985 = 100	128	126	138	137	127 ^f	134	138 ^f	144	124
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	33 298	36 061	37 092	30 555	33 697	34 767	...
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 764	2 641	2 723	2 894	3 055	2 454	2 627
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 100	1 091	1 075	1 085	1 110	1 104	1 090
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	127	110	84	130	123	123	94
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	16 500	16 849	23 929	17 155	17 071	18 416	20 841
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	15 481	11 408	14 096	15 700	15 900	13 165	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	12 276	10 629	10 938	12 449	12 403	10 044	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 909	3 315	3 624	3 114	3 431	3 709	3 889	3 288	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 979	2 631	2 597	2 833	2 848	2 622	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	47 743	41 917	47 559	47 711	51 207	44 563	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7	134,8 ^f	144,3 ^f	168,2 ^f	133,6	134,8 ^f	140,8 ^f	169,0 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8	135,0	114,3 ^f	120,6	137,1	134,6 ^f	114,1 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993			1994				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	54 762	54 113	56 852	56 372	60 451
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	26 626	26 239	24 297	27 877	30 464
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	3 695	3 526	3 338	3 855	4 230
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	6 368	6 642	5 770	6 675	7 675
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	4 276	4 121	3 977	4 425	4 857
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	4 158	4 015	3 554	4 391	4 714
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	3 926	3 977	3 959	4 490	4 715
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	46 261	46 227	49 024	50 944	53 448
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	20 570	20 660	23 032	23 625	26 158
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 307	2 193	2 554	3 098	3 431
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	5 168	4 627	5 425	6 028	5 977
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 649	2 779	3 216	3 165	3 389
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	3 737	3 863	3 961	4 078	4 816
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 741	3 978	4 425	3 751	4 748
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 667	3 696	3 758	3 957	3 986	4 023 ^f	4 065 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 844	2 858	2 920	3 083	3 104	3 126 ^f	3 143 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	824	837	838	874	882	897 ^f	922 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^f	2 357	2 400	2 511	2 516	2 532	2 547 ^f	2 591 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	805	814	859	898	902	907 ^f	940 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	38 025	39 573	80 411	55 841	39 858	39 136	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	19 253	19 887	59 610	38 197	19 703	18 414	...
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	19 617	19 533	37 767	20 239	20 314	20 233	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	- 836	- 1 139	11 827	9 297	- 1 587	- 1 964	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	17 887	19 380	19 742	17 643	18 917	20 384	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	14 638	16 131	16 338	14 332	15 910	17 016	...
Zölle	Mill. DM	645	603	665	613	685	581	585	545	...
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	7 742	7 998	15 168	8 297	8 653	8 552	...
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	513	666	494	547	497	703	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	7 172	7 252	14 535	7 587	8 058	7 469	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	97,6	98,1	98,9	100,2	100,1	100,4	101,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	81,8	84,0	86,0	86,1	87,1	87,1	87,6 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,2	101,2	101,1	102,0	102,2	102,6	102,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	105,5	110,1	.	110,8	.	.	.	113,1	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	105,7	110,5	.	111,2	.	.	.	113,6	.
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	105,1	107,7	.	107,4	.	.	.	108,2	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	120,6	120,9	121,1	123,9	124,0	124,2	124,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,0	114,3	114,5	116,6	116,6	116,4	116,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	117,1	117,4	117,4	118,2	118,3	118,6	118,6
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	133,0	133,3	133,7	138,2	138,7	139,1	139,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	91,3	91,3	91,2	91,0	91,2	91,0	90,9
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	118,8	119,0	119,1	120,6	120,7	121,1	121,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	123,4	123,6	123,7	127,2	127,3	127,4	127,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	122,4	122,6	122,2	125,9	125,7	125,9	126,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	116,7	117,0	117,1	118,3	118,6	118,9	119,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	136,6	138,0	138,8	143,7	143,9	144,3	145,2

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Preisindex für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet im Februar 1995		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Februar 1994 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	118,1	2,3
Bekleidung, Schuhe	118,7	0,9
Wohnungsmieten	140,8	4,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,8	-0,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	121,6	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	128,3	1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,4	1,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119,7	1,6
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	147,9	4,2
Gesamtlebenshaltung	125,5	2,4
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,7	2,2
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	126,5	2,3
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfangern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,4	2,6

Knapp 1,6 Mill. angemeldete Fernsehgeräte

Am 31. Dezember 1994 waren in Rheinland-Pfalz knapp 1,6 Mill. Fernseher und mehr als 1,8 Mill. Radios als Erstgeräte angemeldet. Die Mehrzahl dieser Geräte (1,54 Mill. Fernseher und 1,59 Mill. Radios) gehörten privaten Haushalten. Damit besitzen derzeit 89 % der rheinland-pfälzischen Haushalte ein oder mehrere angemeldete Fernsehgeräte. Bei den Radios sind es gut 91 %.

Rund 111 000 Fernseh- und 139 000 Radiogeräte waren von den Gebühren befreit. gr

Handels- und Gaststättenzählung 1993 Unternehmensergebnisse liegen für Landkreise und kreisfreie Städte vor

Für den Einzelhandel und das Gastgewerbe liegen erste regionale Unternehmensergebnisse aus der Handels- und Gaststättenzählung 1993 vor. Der jetzt veröffentlichte statistische Bericht ermöglicht für die Landkreise und kreisfreien Städte auch einen Vergleich mit der letzten Zählung im Jahre 1985.

Bei diesen Unternehmensergebnissen sind zunächst die rheinland-pfälzischen Unternehmen mit ihren Zweigniederlassungen erfaßt, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel oder Gastgewerbe hatten. Nicht berücksichtigt sind die in Rheinland-Pfalz liegenden Arbeitsstätten von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern. Eine Analyse der regionalen Verteilung und Entwicklung des Handels und Gastgewerbes ist deshalb mit den hier vorgelegten Unternehmensdaten nur eingeschränkt möglich und macht den derzeit stattfindenden Austausch mit den Arbeitsstättendaten der anderen Bundesländer erforderlich. Erfahrungsgemäß sind die rheinland-pfälzischen Umsatzangaben nach diesem Länderaustausch nach oben zu korrigieren. kl

Übernachtungszahlen 1994 im Land leicht rückläufig Rheinhausen im Aufwind

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe wurden im Jahre 1994 von 5,9 Mill. Gästen besucht. Das sind 1,8 % weniger als im Vorjahr. Die Besucher blieben im Durchschnitt 3,5 Tage am Ort und sorgten so für ein Übernachtungsaufkommen von 20,6 Mill. Tagen. Das ist ein leichter Rückgang von 1,1 % gegenüber 1993.

Die sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete zeigten unterschiedliche Entwicklungen. Rheinhausen, das – gemessen an den Übernachtungszahlen – kleinste Fremdenverkehrsgebiet, wies sowohl bei den Gästen (+ 3,9 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 1,7 %) Zuwachsraten auf. Ebenso war ein leichtes Übernachtungsplus (0,8 %) an Mosel und Saar zu beobachten. Allerdings wies dieses Gebiet gleichzeitig den höchsten Gästerückgang (- 4,5 %) aller Fremdenverkehrsgebiete aus.

Im Gebiet Westerwald / Lahn / Taunus mußte die Tourismusbranche einen Rückgang von 3,6 % bei den Übernachtungen verzeichnen. Im Rheintal (- 3,1 %), in der Region Hunsrück / Nahe / Glan (- 3 %), in der Pfalz (- 1,5 %) und in der Region Eifel / Ahr (- 0,2 %) klagten die Zimmervermieter ebenfalls über rückläufige Übernachtungszahlen. el

kurz + aktuell

Weniger ausländische Gäste und Übernachtungen

In den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben wurden 1994 gut 1,2 Mill. Besucher aus dem Ausland begrüßt. Das sind 4,4 % weniger als vor Jahresfrist. Sie blieben im Durchschnitt 3,3 Tage, womit die Zahl der Übernachtungen fast 4 Mill. (- 3,8 %) erreicht.

Jede fünfte Fremdenübernachtung in Rheinland-Pfalz war durch einen Ausländer zu verbuchen. Mit fast 2 Mill. Übernachtungen stellen unsere Nachbarn aus den Niederlanden das größte Kontingent. Dies sind allerdings 4,4 % weniger als 1993. An zweiter Stelle folgen die Belgier, für die gegenüber dem Vorjahr ein fast unverändertes Aufkommen (- 0,4 %) von etwas mehr als einer halben Million Übernachtungen zu verzeichnen war. Für die Besucher von den Britischen Inseln wurden etwas weniger als eine halbe Million Übernachtungen (- 3,6 %) registriert.

Mehr als 85 000 Übernachtungen entfielen auf Reisende aus den östlichen Ländern. Hier dominierten die Polen, für die fast 32 000 Übernachtungen (- 0,6 %) ermittelt wurden. el

Weinerzeugung leicht angestiegen

1994 wurden in Rheinland-Pfalz gut 7,1 Mill. hl Wein und Traubenmost erzeugt. Dies ergab die Auswertung der Weinerzeugungsmeldung zum 15. Dezember 1994. Die gegenüber 1993 leicht angestiegene Erntemenge führte auch zu einer höheren Weinproduktion (+ 3 %). Etwas über 80 % des Weines entstammten Weinbaubetrieben und Winzergenossenschaften, der Rest entfiel auf Handels- und Verarbeitungsbetriebe.

6,2 Mill. hl Weißwein und -most standen 0,9 Mill. hl Rotwein und -most gegenüber. Unter den weißen Gewächsen waren 65 % zum Ausbau als Qualitätswein und 28 % als Qualitätswein mit Prädikat bestimmt. Im Vergleich zu 1993 (46 %) lag der Prädikatsweinanteil deutlich niedriger. Beim Rotwein entfielen 92 % auf Qualitätswein und 7 % (1993: 9 %) auf Qualitätswein mit Prädikat. pt

Sparsamerer Umgang mit Trinkwasser

In der Zeit von 1983 bis 1991 hat sich in Rheinland-Pfalz der aus dem öffentlichen Netz zu deckende Trinkwasserbedarf um 4,4 % erhöht. Da im gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl mit 5,2 % noch stärker gestiegen ist, errechnet sich ein Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs um 0,7 %. Damit setzte sich der Trend zu einem

sparsameren Umgang mit Trinkwasser fort. Noch bis Mitte der 70er Jahre wuchs der Pro-Kopf-Verbrauch um über 2 % im Jahresdurchschnitt. Erst in der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre ging die jährliche Zuwachsrate auf 1,2 % zurück.

Im Jahre 1991 gaben die rheinland-pfälzischen Einrichtungen der öffentlichen Wasserversorgung fast 250 Mill. m³ Wasser an Letztverbraucher ab. 78 % der Nachfrage entfielen auf private Haushalte und kleingewerbliche Betriebe. Dies entspricht einem täglichen Wasserverbrauch von 138 l je Einwohner. Mit knapp 31 Mill. m³ beanspruchten die gewerblichen Unternehmen 13 % des Trinkwassers. Die verbleibenden 22 Mill. m³ wurden von Einrichtungen der Bundeswehr, ausländischen Stationierungstreitkräften, Krankenhäusern, Schulen, Schwimmbädern, anderen öffentlichen Einrichtungen oder landwirtschaftlichen Betrieben nachgefragt. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 77.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Februar		Veränderung
	1994	1995	
	Mill. DM		%
Landessteuern	246,0	247,5	0,6
Vermögensteuer	61,4	67,6	10,1
Erbschaftsteuer	13,7	17,0	24,4
Kraftfahrzeugsteuer	116,7	121,1	3,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	24,5	27,9	14,0
Feuerschutzsteuer	4,6	0,7	- 83,9
Biersteuer	25,1	13,2	- 47,6
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 134,5	1 234,9	8,9
Lohnsteuer	1 041,7	1 142,1	9,6
Veranlagte Einkommensteuer	- 60,3	- 103,6	.
Kapitalertragsteuer	43,4	86,5	99,3
Zinsabschlag	107,0	94,0	- 12,1
Körperschaftsteuer	2,7	15,9	481,3
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	663,9	670,0	0,9
Umsatzsteuer	593,8	528,1	- 11,1
Einfuhrumsatzsteuer	70,1	141,9	102,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	1,3	6,3	397,6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	1,1	4,3	278,8
Insgesamt	2 046,8	2 163,1	5,7

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.